



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

## 2. Bayerisches Breitbandforum:

# Gebündelte Infos für Kommunen

Mehr als 400 Teilnehmer bei GZ-Fachveranstaltung in Wolfratshausen

Die Anbindung an ein schnelles Internet ist für Kommunen längst zu einem entscheidenden Standort- und Wettbewerbsfaktor geworden. Den kommunalen Entscheidern fällt hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Mit dem 2. Bayerischen Breitbandforum in der Loissachhalle Wolfratshausen schuf die Bayerische GemeindeZeitung erneut eine Plattform, über die wertvolle Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden.

Insgesamt folgten rund 400 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung. Das Forum konnte zudem knapp zwei Dutzend Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller für sich gewinnen. Für 2015 ist eine Fortsetzung der Veranstaltung geplant.

### Hochkarätige Referenten

Hochkarätige Referenten (Andreas Weber/Rehau AG + Co, Roland Werb/Corwese GmbH, Matthias Stock/Thüga Metering/Service GmbH, Romain Lemoine/OP-TERNUS GmbH/EXFO, Birgit Jakob/LfA Förderbank Bayern, Peter Reisinger/M-net Telekommunikations GmbH, Udo Habers/Telekom Deutschland GmbH, Dr. Annette Schumacher/Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH, Enrico Hesse (ampluss AG) gemeinsam mit Tom Meiler/Bayerischer Rundfunk, René Meyer/inexio KGaA, Stefan Graf/Bayerischer Gemeindetag, Oliver Schrempel/Bayerisches Breitbandzentrum Amberg sowie Dr. Christian von Boetticher/Wirtschaftsrat Recht Bremer & Heller) boten den Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

Mit Anmerkungen zum umfangreichen Förderprogramm des Freistaats (Laufzeit bis 2018) wartete Oliver Schrempel, Leiter des Bayerischen Breitbandzentrums Amberg, auf. Nach seinen

Worten unterstützt Bayern seine Kommunen mit bis zu 1,5 Milliarden Euro beim Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Mit Fördersätzen von 60 Prozent bis 80 Prozent - in Härtefällen bis 90 Prozent - und Förderhöchstbeträgen von bis zu 950.000 Euro pro Kommune, die sich bei interkommunaler Zusammenarbeit um 50.000 Euro erhöhen, will der Freistaat die Digitalisierung vor-

### Kulturpreis Bayern:

# Geschichtenerzähler und weltberühmter Knabenchor

Fürstenfeldbruck. Zum mittlerweile zehnten Mal verlieh die Bayernwerk AG gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst den Kulturpreis Bayern

Mit einer Weltpremiere begann die Preisverleihung zum Kulturpreis Bayern im Fürstenfeldbrucker Veranstaltungsforum. Unter der Regie von Domkapellmeister Roland Büchner überraschten die Regensburger Domspatzen die rund 300 Gäste mit ihrem ersten Flashmob. Als Kellner verkleidet mischten sich die älteren Domspatzen unter das Publikum. Ein inszenierter, lautstarker Streit zwischen Büchner und einem der Domspatzen zog die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich. Der Dialog führte in ein Musikstück über, das nach und nach von immer mehr Domspatzen vorgetragen wurde, bis sich der gesamte Knabenchor unter das Publikum mischte.

### Bereicherung

Das war der Auftakt zur Auszeichnung von Künstlern, Kulturschaffenden sowie den besten Absolventen und Doktoranden bayerischer Hochschulen. Kunst- und Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle sagte: „Die Preisträger, die heute ausgezeichnet werden, haben durch besondere Leistungen das künstlerische und wissenschaftliche Leben in Bayern bereichert. Gerade die große Bandbreite der Preisträger von Nachwuchswissenschaftlern bis hin zu fest etablierten Künstlern zeigt die große Vitalität der Gegenwartskultur und des Gei-



Trotz Lokführerstreik und geschlossener Schneedecke waren mehr als 400 Gäste zum Breitbandforum der Bayerischen GemeindeZeitung in die Stadt an der Loissach gekommen. □

antreiben und Bayern zur Leitregion des digitalen Aufbruchs machen. Flankiert wird das Förderprogramm durch das Beratungsangebot der Breitbandmanager an den 51 Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung.

### Unterstützung

Wie Schrempel berichtete, unterstützt das Bayerische Breitbandzentrum Kommunen über den gesamten Verlauf des Förderverfahrens. Gegenstand des bayerischen Programms ist die ausgewiesene Wirtschaftlichkeitslücke des Anbieters.

Derzeit sind 1.294 Kommunen im Förderverfahren (Stand: 04.11.14). Mit Änderungen der Breitbandrichtlinie vom 09.07. wurde das Verfahren vereinfacht, die Bearbeitungsschritte reduziert, der Förderumfang vergrößert und die Flexibilität erhöht. „Damit kann von den Städten und Gemeinden die Planung und Realisierung der Breitbandbereitstellung – auch interkommunal – auf die jeweiligen Rahmenbedingungen und Entwicklungsziele ausgerichtet werden.“

Eine Zwischenbilanz zur neuen Förderrichtlinie aus kommunal- (Fortsetzung auf Seite 4)

## Preisverleihung der Bayerischen Landesstiftung:

# Engagierter Einsatz für das Gemeinwohl

„Die Bayerische Landesstiftung ist eine wichtige Säule der Förderung von kulturellem und sozialem Engagement in Bayern. Erstmals findet die Preisverleihung außerhalb der Landeshauptstadt statt – ein Novum. Das Heimatministerium ist hierfür der ideale Ort“, stellte Finanzminister Dr. Markus Söder bei der Verleihung der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2014 der Bayerischen Landesstiftung in Nürnberg fest. Das Fördervolumen 2014 liegt bei rund 22 Millionen Euro. Söder händigte die Preise in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer aus.

Die Preisträger zeichnet nach den Worten von Söder eine wichtige Gemeinsamkeit aus: Engagierter Einsatz für das Gemeinwohl. Er dankte allen Preisträgern für deren vorbildliches und unermüdetes Wirken zum Wohl der Allgemeinheit. Hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet werden seit 1980 und Leistungen im Bereich des Umweltschutzes seit 1985 von der Landesstiftung ausgezeichnet. Die Preise sind je Sparte mit 30.000 Euro dotiert.

### „Büffel statt Bagger“

Mit dem Kulturpreis wurden Waltraud Meier, Kammer Sängerin, Dr. h.c. Sissy Thammer, Intendantin des Festival junger Künstler Bayreuth sowie Prof. Rudi Tröger, Maler und Hochschullehrer, ausgezeichnet. Sozialpreise gingen an die KulturTafel Bamberg, mitSprache e.V. München und das Projekt Kassandra e.V., Beratungsstelle für Prostituierte, Nürnberg. Mit dem Umweltpreis wurden die Abwasserreinigungsanlage Rödental, Landkreis Coburg, Büffel statt Bagger – Bund Naturschutz, Kreisgruppe Mühlendorf und die Lebensgemeinschaft Münzinghof, Landkreis Nürnberger Land geehrt.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – so lautet das Motto der KulturTafel Bamberg. Menschen mit niedrigen Einkünften soll die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Stadt ermöglicht werden. Kulturveranstalter und Privatpersonen stellen dafür nicht verkaufte oder nicht genutzte Eintrittskarten zur Verfügung. Die KulturTafel leitet diese an Interessierte weiter. Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund übernehmen die Vermittlung der Karten an Menschen aus dem jewei-

ligen Herkunftsland. Das Projekt verbessert konkret die Situation der bedürftigen Menschen, stärkt die Solidarität innerhalb des Ortes und bringt auf unkonventionelle Art und Weise Menschen und Dienste zusammen.

mitSprache e.V. unterstützt jugendliche Migrantinnen und Migranten in München in ihrer Integration. Dabei werden für die Jugendlichen Paten gesucht, die sich einmal pro Woche mit ihnen treffen. Ziel dieser Treffen ist es, dass die Jugendlichen die deutsche Sprache lernen und einen Ansprechpartner außerhalb der Familie haben. mitSprache e.V. organisiert einmal jährlich ein Tanztheaterprojekt in Kooperation mit der Schauburg/ Theater der Jugend. Das Projekt wird mit renommierten Choreographinnen (Fortsetzung auf Seite 4)



Es gibt Querulanten, die nichts Besseres zu tun haben, als anderen - oft bevorzugt Behörden - Kraft, Zeit und Potenziale zu rauben. Vorge-schoben wird ein angeblich berechtigtes Bürgerinteresse. Dabei geht es Psychopathen nur darum, spaßeshalber den Verwaltungsapparat lahm-zulegen. Diese Gefahr gilt es zu erkennen. Ihr muss wirk-sam begegnet werden. S. 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische Gemeindezeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
ConSozial 2014: Mission Sozialwirtschaft	2
Bayerischer Bezirkstag: Finanzierung im Blickpunkt	2
<b>GZ-Kolumne Gabriele Bauer:</b>	
<b>Kliniken in Not</b>	<b>3</b>
Bayerischer Musikschultag: Wechselnde Rahmenbedingungen	3
Digitale Verwaltung: Söder schließt E-Government-Pakt	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
<b>Kommunale Energiepolitik</b>	<b>5-12</b>
<b>Brand- und Katastrophenschutz</b>	<b>13</b>
<b>Weiterbildung</b>	<b>14</b>
Aus den bayerischen Kommunen	15-20

Bayerischer Bezirkstag:

## Finanzierung im Blickpunkt

**Im Rahmen seiner Hauptausschuss-Sitzung in Hof hat der Bayerische Bezirkstag die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele, die Einführung eines modernen Teilhaberechts fortzuentwickeln und die Kommunen zugleich im Umfang von 5 Milliarden Euro zu entlasten, nochmals ausdrücklich begrüßt und deren Umsetzung eingefordert.**

Wie Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, deutlich machte, „lassen sich die Herausforderungen bei der Eingliederungshilfe nicht durch das Verschieben von Geldmitteln lösen“. Daher wurde an die politischen Entscheidungsträger im Bund und in den Ländern appelliert, die Ziele eines modernen und zukunftsweisenden Teilhaberechts und einer finanziellen Entlastung bei der Eingliederungshilfe weiterhin gemeinsam zu verfolgen. Spätestens ab 2018 erwarten sich die Bezirke hier eine deutliche Entlastung vom Bund.

Mit Blick auf die Finanzierung der Kosten für unbegleitete Jugendliche fasste der Hauptausschuss folgende Resolution: „Bedingt durch die aktuelle weltweite Lage steigt die Zahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen, die ohne Begleitung in die Bundesrepublik einreisen, dramatisch an. Während die Kosten, die den Jugendämtern für die Unterbringung und Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen entstehen, in fast allen Bundesländern vom Land getragen werden, hat der Freistaat Bayern diese Aufgabe auf die Bezirke übertragen.“

### Kostenübernahme

Weiter heißt es: „Die Bezirke sehen darin keine kommunale, sondern eine staatliche Aufgabe. Die Finanzierung der Aufnahme und Versorgung minderjähriger Flüchtlinge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die der Staat aufkommen muss. Der Bayerische Bezirkstag fordert deshalb den Freistaat Bayern auf, diese Kosten zu übernehmen.“

Was den Gesetzesentwurf zum Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz anbelangt, so ist dieser aus Sicht der Bezirke als Aufgabenträger von großer Bedeutung. Mit der nun vorgesehenen Trennung der Regelungsbereiche Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Strafgesetzbuch und der Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen einschließlich der Unterbringungen werde endlich

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eugen Hain  
95358 Guttenberg  
am 20.11.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Maria Mittl  
86703 Rögling  
am 25.11.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kern  
85649 Brunnthal  
am 25.11.

Bürgermeister Alois Wildfeuer  
94261 Kirchdorf i. Wald  
am 27.11.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Ernst Schicketanz  
92665 Altenstadt a. d. Waldnaab  
am 22.11.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

einer von den bayerischen Bezirken immer wieder erhobenen Forderung Rechnung getragen.

### Sicherheit und Transparenz

Mederer: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass den Maßregelvollzugseinrichtungen verbindliche Vorschriften an die Hand gegeben werden, die somit ein Mehr an Sicherheit und Transparenz für Patienten, Mitarbeiter

und Einrichtungsträger schaffen.“. Jedoch fehle bislang vollständig eine Regelung zu den forensischen Ambulanzen und deren Finanzierung.

### Gutes Angebot

Der Bezirkstagspräsident verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass bereits jetzt ein gut ausgebautes Angebot an forensisch-psychiatrischen Ambulanzen an den Maßregelvollzugseinrichtungen für Betroffene zur Verfügung steht, deren Unterbringung im Maßregelvollzug zur Bewährung ausgesetzt ist. „Diese forensischen Ambulanzen haben sich bewährt. Sie dürfen daher nicht von künftigen Haushaltsentwicklungen abhängig sein. Zur Rechtssicherheit bedarf es deshalb dringend auch hier einer Regelung, die den Auftrag, die Anbindung, Aufgabenträger, Finanzierung und Standards für diese Ambulanzen eindeutig festlegt“, unterstrich Mederer. **DK**

## Bayern auf dem richtigem Weg

Wirtschaftsministerin Aigner sieht Politik durch Gutachten bestätigt

**Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat für ihren politischen Kurs in Bayern Unterstützung durch die Wirtschaftsweisen bekommen. In ihrem mehr als 400 Seiten umfassenden Jahrgutachten fordern die fünf Sachverständigen vor allem mehr wirtschaftspolitische Impulse und Vertrauen in Marktprozesse.**

Aigner verweist vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Eintrübung auf die bayerische Linie in der Wirtschaftspolitik, die z.B. gezielte Impulse für Gründer und Investoren sowie die Digitalisierung in allen Landesteilen setze. Damit schaffe man Rahmenbedingungen, mit denen die Unternehmen für die fortschreitende Globalisierung und den demografischen Wandel gerüstet seien.

### Steuerliche Anreize

Zur langfristigen Sicherung von Wachstum, Arbeitsplätzen und Wohlstand müssten Anreize für Investitionen am Standort Deutschland geschaffen werden. Dafür wolle Bayern mit Hilfe des Bundes möglichst schnell steuerliche Anreize für „Wagniskapital“ und

energetische Gebäudesanierung schaffen. Flexible Arbeitsmarktinstrumente seien unter Berücksichtigung der Missbrauchsmöglichkeiten beizubehalten, so die Ministerin.

### Große Bedeutung von Innovationen

Darüber hinaus verwies Aigner auf die große Bedeutung von Innovationen für die Stärke einer Volkswirtschaft. Hierfür seien Mut, Anstrengung und auch etwas Glück erforderlich. Gute Ideen und deren Umsetzung seien der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und die künftigen Herausforderungen. In Bayern sei die Innovationsbereitschaft sehr hoch. Dafür wolle sie sich auch weiterhin einsetzen, betonte die Wirtschaftsministerin. **rm**

## Kommunalgipfel in der Staatskanzlei

Arbeitsgruppen: Barrierefreiheit, Ganztagsgarantie und kommunaler Finanzausgleich

„Wir haben ein intensives und ergebnisorientiertes Gespräch geführt“, erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer nach dem Treffen mit den Vertretern der vier kommunalen Spitzenverbände in der Staatskanzlei Anfang November. Abgesehen davon, dass Seehofer die vor einem Jahr in seiner Regierungserklärung angekündigte Barrierefreiheit bis 2023 für ganz Bayern nicht in vollem Umfang, sondern nur noch im staatlichen Verantwortungsbereich garantiert, wurden keine wesentlichen Entscheidungen auf dem Kommunalgipfel getroffen. Die Präsidenten der Spitzenverbände zeigten sich unisono mit dem Gespräch zufrieden, zumal sie in Kenntnis der öffentlichen Haushalte nicht mit zu hohen Erwartungen nach München gekommen waren.

Der Ministerpräsident betonte auf dem Treffen erneut die Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat im Rahmen der Möglichkeiten. Die Barrierefreiheit beziehe sich lediglich auf die staatlichen Gebäude, nicht jedoch auf kommunale Einrichtungen von den Schulen bis hin zu einzelnen Bushaltestellen. Barrierefreiheit sei kein Thema der Konnektivität, d.h. der Staat ersetze den Kommunen nicht die durch seine Entscheidung entstandenen Kosten. Im Staatshaushalt 2015/2016 belaufen sich die zusätzlichen Mittel für die Barrierefreiheit auf ca. 50 Millionen Euro.

Die Kommunen könnten dieses Ziel bis 2023 eigenverantwortlich

nicht erreichen, erklärte Landkreispäsident Christian Bernreiter. Städtetagschef Ulrich Maly leitete von der von Seehofer zur Barrierefreiheit ursprünglich benutzten Formel ein „Maßnahmenpaket“ ab. Damit könne man übertriebene Erwartungen auf ein Normalmaß zurückstufen.

### Internet und Straßen

Bis ins Frühjahr 2015 solle darüber eine Arbeitsgruppe von Staatsregierung und Kommunen beraten. Für den Gemeindetag erklärte Vorsitzender Uwe Brandl, Barrierefreiheit bis 2023 betreffe lediglich das Internet und sämtliche Straßen. Bei allen öffentlichen

ConSozial 2014 in Nürnberg:

## Mission Sozialwirtschaft

„Mission Sozialwirtschaft – produktiv und menschlich“ lautete das Motto der diesjährigen ConSozial, der größten Fachmesse mit Kongress für die Sozialwirtschaft im deutschsprachigen Raum. Trotz massiver streikbedingter Behinderungen im Bahnverkehr kamen über 5.000 Besucher ins Messezentrum Nürnberg, die die Wahl hatten zwischen weit mehr als 60 Kongressbeiträgen.

Neu und punktgenau waren die Tandem-Vorträge, bei denen Vertreter sozialer Organisationen und gewerblicher Unternehmen von gemeinsam realisierten Projekten berichteten und vor allem anschließend für Fragen zur Verfügung standen. Ob es nun um Werkstätten ging, die Bewohner von Pflegeheimen mit Menüs versorgen, um digitale Medien die bei der Zusammenarbeit mit Eltern Erleichterung und Zeiterparnis bringen oder aber um Lösungsvorschläge für effiziente Revisionen in Non-Profit-Organisationen: Die Besucher konnten konkrete Anregungen sowohl aus Vorträgen wie auch von der Messe mitnehmen.

Der Mix von insgesamt 227 ideellen und gewerblichen Ausstellern war es, der großes Interesse auf sich zog. Die Stände waren gefragt und sehr gut frequentiert. Gesucht war auch die Job-Info-Börse. Hier bekamen Nachwuchs-, Fach- und Führungskräfte maßgeschneiderte Kontakte für die berufliche Zukunft.

Anlässlich der Eröffnung der ConSozial benannte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller die gute Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber als eine zentrale Herausforderung. „In Bayern als dem südlichsten Bundesland kommen besonders viele unbegleitete Minderjährige an. Allein für 2014 rechnen wir mit mindestens 3.000 Neuanmeldungen, letztes Jahr waren es noch 574. Die richtige Unterstützung und Begleitung dieser jungen Menschen ist mir ein besonderes Anliegen. Viele von ihnen sind hochmotiviert, daher müssen wir ihnen die Möglichkeit geben, unsere Sprache zu lernen, zur Schule zu gehen und einen Beruf zu erlernen“, erklärte die Ministerin. Die Unterbringung und Versorgung leisten die Jugendämter der Kommunen. Der Freistaat unterstützt sie dabei.

Müller zufolge „haben wir damit begonnen, die Minderjähri-

gen auf alle Kommunen in Bayern zu verteilen. Denn bei dieser Aufgabe müssen alle solidarisch mithelfen und nicht nur die Kommunen an den Hauptzugangsrouen. So haben wir aus München zuletzt rund 200 Minderjährige in ganz Bayern verteilen können und die Landeshauptstadt massiv entlastet. Zudem stocken wir die Zuschüsse für die Verwaltungskosten der Kommunen von 800.000 auf 8,5 Millionen Euro in den nächsten Jahren auf.“

### Betreuung

Aber auch der Bund müsse tätig werden. Er müsse die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die unbegleiteten Minderjährigen über alle Bundesländer verteilt werden können, urteilte die Ministerin. Bayern habe hierfür eine Initiative zur Verteilung dieser Minderjährigen und zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung in den Bundesrat eingebracht. „Die Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher müssen alle Bundesländer und auch der Bund ihren Beitrag leisten“, unterstrich Müller.

Nürnbergers Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly meinte hierzu: „Viele Flüchtlinge werden uns sehr lange oder ganz erhalten bleiben.“ Jedem müsse klar sein, dass „dies viel Zeit erfordert, sauteuer ist, aber: jeden Cent wert.“

Erstmals fand auf der ConSozial ein Management-Symposium für Führungskräfte sozialer Einrichtungen statt. Es stand unter dem Motto „Unternehmen Inklusion: Verantwortliche im Dialog.“ In seinem Eröffnungsvortrag wies OB Maly darauf hin, dass nicht erst seit der Ratifizierung der UN-Konvention sich die Städte ihrer Rolle für ein inklusives Gemeinwesen bewusst sind. Dabei gehe es nicht nur um ihre Zuständigkeiten im Rahmen der Sozialgesetzbücher oder um Finanzierungsfragen, sondern darum, wie es gelingen kann, Menschen mit Handicaps Teilhabe zu ermöglichen. Neu sei, dass nicht mehr von Integration, sondern von Inklusion gesprochen werde. Das bedeute, dass sich nicht der betroffene Mensch, sondern die Institutionen darauf einstellen müssen, Teilhabe in den verschiedenen Lebensbereichen zu gewährleisten.

Im Rahmen des Symposiums „Konversion: Nachhaltig umsetzen“ wurden unterschiedliche Lösungsansätze für den ländlichen und urbanen Raum zur Diskussion gestellt. Der Blick über den Tellerrand hin zu Konversionsprozessen in anderen gesellschaftlichen Bereichen schaffte darüber hinaus einen interdisziplinären Erkenntnisgewinn. Ein weiteres Symposium mit dem Titel „Sozialraum: Leistungssysteme und Geschäftsmodelle gestalten“ wurden Instrumente und Vereinbarungen vorgestellt und diskutiert, die sozialraum- und personenzentrierte Leistungen miteinander verknüpfen. Neben Beispielen und Ansätzen aus Deutschland spielten die niederländischen Erfahrungen mit dem Nachbarschaftsstärkungsgesetz eine Rolle.

Ein voller Erfolg war auch der zum dritten Mal veranstaltete KITA-Kongress der ConSozial. Den Schwerpunkt bildete hierbei die Sicherstellung einer qualitativ

hochwertigen frühkindlichen Bildung. „Eine gute Qualität in Kindertageseinrichtungen ist uns ein Anliegen. Daher erhöht der Freistaat ab 2015 die Betriebskostenerhöhung. Mit zusätzlichen bis zu 63 Millionen Euro jährlich sowie einem entsprechenden kommunalen Anteil verbessern wir die finanzielle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen“, stellte hierzu Staatsministerin Müller fest.

Verena Bentele, zwölffache paralympische Goldmedaillengewinnerin, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und Stadträtin, kritisierte in ihrem Plenumsbeitrag „Inklusion – Gesellschaft gestalten“ vor allem die überbordende Bürokratie. Wie Bentele ausführte, gibt es für sie in den nächsten Jahren viel zu tun. Wichtiges Thema werde das Bundes-teilhabegesetz sein, „das bis 2016 für jeden Teilhaber in jedem Bereich möglich macht“.

Zum dritten Mal zeigte die Landeshauptstadt München ihre vielfältigen Einsatzgebiete für Erzieher und pädagogisches Fachpersonal. Am Messestand wurden die mannigfaltigen Einsatzmöglichkeiten in den über 400 Münchner Kindertageseinrichtungen und die verschiedenen Berufe dargestellt. Der Fokus lag auch auf dem Mehrwert, den die unterschiedlichen Professionen, die in den Kindertageseinrichtungen wirken, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern und das Kollegium mit sich bringen. Kollegen schilderten auch ihre Erfahrungen in diesem doch weiblich dominierten Beruf.

### Erfahrung einbringen

Erfahrung einbringen, Menschen einbinden: „Neue Wege in der Psychiatrie mit EX-IN“ lautete der Titel des Fachforums des Bayerischen Bezirkstags auf der ConSozial 2014. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung dieses Jahr vom Bezirk Oberbayern.

Der Bezirk Oberbayern erprobt als einer der ersten Sozialhilfeträger bundesweit seit 2012 den Einsatz von EX-IN-Genesungsbegleitern, unter anderem in Sozialpsychiatrischen Diensten sowie am kbo-Isar-Amper-Klinikum München-Ost auf einer Akutstation.

Genesungsbegleiter haben selbst eine meist chronische psychische Erkrankung. Die Psychiatrie-Erfahrenen absolvieren zunächst eine praktische Ausbildung zum EX-IN-Experten. Dank ihres eigenen Erfahrungsschatzes können sie danach nicht nur zur Genesung von Menschen in akuten seelischen Krisen beitragen. Sie unterstützen zudem medizinische und therapeutische Profis, die Empfindungen von Menschen mit seelischen Erkrankungen besser zu verstehen. Weil Genesungsbegleiter selbst die Chance zur sanften Rückkehr ins Arbeitsleben erhalten, gilt EX-IN auch als Instrument der Inklusion.

Nach einem Impulsreferat der EX-IN-Trainerin Christel Achberger diskutierten Betroffene und Experten wie Bezirkstagspräsident Josef Mederer, EX-IN-Trainerin Christel Achberger, Dr. Gabriele Schleuning (kbo-Isar-Amper-Klinikum München-Ost), Stefanie Kramer (Geschäftsführerin Münchner Bündnis gegen Depression) sowie ein Genesungsbegleiter über den Wert von Genesungsbegleitern für die psychiatrische Arbeit. Zwei Filmbeiträge vermittelten darüber hinaus wichtige und interessante Einblicke in die praktische Arbeit.

Staatsministerin Emilia Müller oblag es schließlich, den von (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Musikschultag in Memmingen:

## Wechselnde Rahmenbedingungen

Veränderte Rahmenbedingungen fordern von den öffentlichen Musikschulen nicht nur in verstärktem Maße Initiativen zu Kooperationen, sie stellen diese auch im Bereich ihres zentralen Handlungsfeldes, das im Strukturplan beschrieben ist, vor Herausforderungen. Die Frage, ob der Strukturplan des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) noch zeitgemäß ist, stand deshalb im Mittelpunkt des diesjährigen Bayerischen Musikschultages, der heuer anlässlich des 85-jährigen Bestehens der örtlichen Sing- und Musikschule in Memmingen stattfand.

Besonders intensiv beschäftigte sich das Forum für Musikschulleiter und -lehrkräfte mit dieser Frage. Podiumsteilnehmer waren Prof. Ulrich Rademacher, 1. Vorsitzender des Verbandes deutscher Musikschulen, Matthias Pannes, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen, Staatssekretär Bernd Sibler, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und Wilhelm Lehr, OStD a.D., Vizepräsident des Bayerischen Musikrats. Aber auch der Workshop für Musikschullehrkräfte ging auf das Kernthema der öffentlichen Musikschulen ein: Was ist gute Ensemblearbeit? Erforscht wurden hier Grundlagen, etablierte Verfahren, praxisorientierte Zukunftsstrategien und individuelle Methoden, die zum Erfolg der Arbeit in Ensemble führen.

### Festakt mit Sibler

Der Festakt zum Bayerischen Musikschultag fand im besonders feierlichen Ambiente des Kreuzerhsaals in Memmingen statt. Festredner Bernd Sibler, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, verwies eingangs auf das vielseitige Engagement der bayerischen Sing- und Musikschulen. Im Jahr 2013 wurden über 180.000 Schüler in wöchentlich etwa 67.000 Stunden unterrichtet, 218 Musikschulen standen dabei in 479 Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen, 310 Kooperationen gab es mit über 16.000 Kindertagesstätten. Der staatliche Zuschuss für die Sing- und Musikschulen beträgt im Haushalt derzeit über 16 Millionen Euro - das entspricht rund 11 Prozent der Lehrpersonalausgaben. „Die Musikschulen sind damit ein Musterbeispiel für eine Institution, hinter der die

ganze Gesellschaft steht“, machte Sibler deutlich.

Die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen müssten auch in der Musikerziehung berücksichtigt werden, fuhr Sibler fort, „denn für uns steht fest: Musik vermittelt Menschen von frühester Kindheit bis ins hohe Alter Möglichkeiten sinnerfüllter Lebensgestaltung.“ Und die Investition in die Musik sei „stets gleichzeitig eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft“. Die positive Entwicklung des bayerischen Musikschulwesens in den vergangenen 40 Jahren liege vor allem an der Qualitätssicherung. Hier habe der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. aus: V. in Zusammenarbeit mit Musikschulen und Kommunen unverzichtbare Arbeit geleistet.

### Ziel: Flächendeckende Versorgung

„Unser Musikschulwesen ist bestens aufgestellt“, hob der Staatssekretär hervor. Bayern habe mit über 95 Prozent den mit Abstand höchsten Grad bei den Festanstellungen an Musikschulen in Deutschland. „Damit gewährleisten wir ein hohes Niveau und stabilen Standard in der Musikpflege sowie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit für unsere qualifizierten Musikschullehrer. Darum werden wir in ganz Deutschland beneidet.“

Die flächendeckende Versorgung mit Musikschulen im Land sei als staatliches Ziel im Landesentwicklungsplan wie im Bayerischen Musikplan formuliert. Sibler: „Wir wollen das Netz der bestehenden Einrichtungen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Denn hier bilden wir auch den Nachwuchs in der Laien- und Volksmusik heran – ein unverzichtbarer

Bestandteil unserer musikalischen Vielfalt in Bayern.“ Um dieses Ziel der flächendeckenden Versorgung zu erreichen, bedürfe es vor allem der Unterstützung von Städten und Gemeinden. „Jede Musikschule, so auch jene in Memmingen, ist eine Bereicherung und entfaltet Strahlkraft in der ganzen Region.“

### Carl-Orff-Medaille

Traditionell fand im Rahmen des Festaktes die Verleihung der Carl-Orff-Medaille des VBSM statt. Seit dem Jahr 1980 wird die Medaille an Personen und Institutionen vergeben, die sich in hervorragender Weise um die Sing- und Musikschulen in Bayern verdient gemacht haben. Ausgezeichnet wurde heuer Matthias Pannes, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Musikschulen.

In seiner Laudatio führte Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. aus: „Wo Musikschule drauf steht, muss auch Musikschule drin sein! – dieses Motto des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen ist uns Auftrag und Verpflichtung zugleich. Der VdM-Strukturplan, die ‚Hinweise und Leitlinien der kommunalen Spitzenverbände‘ und das KGS-Gutachten setzen uns dabei die Rahmenbedingungen. Sieht man sich diese Rahmenbedingungen an, so kommt unweigerlich ein Mensch ins Spiel, der maßgeblich an der Erstellung bzw. Überarbeitung dieser Papiere beteiligt war: Matthias Pannes, unser heutiger Ehrengast.“

### Auftrag und Verpflichtung

Laut Bayerstorfer hat Pannes dafür gesorgt, dass in kürzester Zeit die damals separat agierenden Landesverbände der Musikschulen sich wieder mit dem politisch hoch anerkannten Bundes-

### Bürgerbegehrensbericht 2014:

## Zunehmende Relevanz

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide werden für die Kommunalpolitik immer wichtiger. Zu diesem Ergebnis kommt der Bürgerbegehrensbericht 2014, den der Verein Mehr Demokratie zusammen mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Bergischen Universität Wuppertal und der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie der Universität Marburg vorgelegt hat. Seit der Einführung im ersten Bundesland (1956 in Baden-Württemberg) gab es 6.447 Verfahren (5.354 von unten initiierte Bürgerbegehren, 1.054 von oben angesetzte Ratsreferenden, 39 Verfahren nicht klar zuzuordnen); 3.177 mal kam es zum Bürgerentscheid.

Allerdings variieren die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den einzelnen Bundesländern stark: 40 Prozent aller Verfahren (2.049) fanden in Bayern statt, gefolgt von Baden-Württemberg (761 Verfahren) und NRW (678 Verfahren). Berücksichtigt man die Gemeindezahl, kommt es häufig in den Gemeinden der Stadtstaaten Hamburg (jedes Jahr) und Berlin (alle drei Jahre) zu einem Verfahren. Bei den Flächenländern liegen die Gemeinden in NRW (alle 13 Jahre) und Bayern (alle 16 Jahre) vorn.

Direkte Demokratie gilt mittlerweile den meisten Politikern als sinnvolles Mittel, um die Kommunalpolitik zu beleben. Die Vorteile von Bürgerentscheiden – Akzeptanz von Entscheidungen, Beteiligung der Bürger, bessere Informations- und Diskussionsprozesse, sachliches Abwägen von Alternativen – sind gegenüber den alten Vorbehalten in den Vordergrund



**Kolumne**  
**Gabriele Bauer**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

Krankenhäuser sind das Herzstück der bayerischen Gesundheitsversorgung. Für die Sicherstellung dieser stationären Versorgung eine Herkulesaufgabe, der nachzukommen immer schwieriger wird. Die derzeitigen Rahmenbedingungen für die Kliniken lassen einen Betrieb unter den notwendigen Prämissen - Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit, Wohnortnähe und Humanität - kaum noch zu. Bundes- und Landespolitik müssen endlich Bedingungen schaffen, die es kreisfreien Städten, Landkreisen und Bezirken ermöglichen, ihren Sicherstellungsauftrag im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge wahrnehmen zu können. Wenn bereits heute 50 % aller Krankenhäuser in Deutschland defizitär sind, dann darf



**Kliniken in Not**

man guten Gewissens Systemversagen unterstellen. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung vor der Bundestagswahl 2013 ein zeitlich befristetes Hilfsprogramm beschlossen, um das sich der damalige bayerische Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber sowie die damalige Staatssekretärin und heutige bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml sehr verdient gemacht haben.

Das Hilfsprogramm hat zumindest dazu geführt, dass die Zahl der defizitären Krankenhäuser nicht weiter angewachsen ist. Für die Zukunft benötigen die Krankenhäuser verlässliche Rahmenbedingungen, die es ohne zusätzliche jährlich Arbeitsverdichtung bis an die Belastungsgrenze und darüber hinaus ermöglichen, eine Klinik unter Einhaltung der tariflichen Vorga-

ben kostendeckend zu führen. Zum Erhalt des kommunalen Sicherstellungsauftrags ist notwendig, dass:

1. die Arbeitsbedingungen vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die direkt am Patienten tätig sind, insbesondere Ärzte und Pflegekräfte, besser werden. Die hohe Arbeitsbelastung macht es immer schwieriger, motivierten und qualifizierten Nachwuchs zu finden.
2. wir eine nachhaltige, verlässliche Krankenhausfinanzierung bekommen, die es den Häusern ermöglicht, ihren Versorgungsauftrag bei wirtschaftlicher Betriebsführung kostendeckend zu erfüllen. Dies wird nicht aufkommensneutral umsetzbar sein und ist letztlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu leisten.
3. eine Sicherstellung der Notfallversorgung, die sektorenübergreifend durch die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenhäuser angelegt ist. Die daraus entstehenden Belastungen müssen aber für alle Beteiligten finanziell tragbar sein. Die Krankenhäuser werden dabei aktuell mehrfach diskriminiert, so dass alleine aus diesem Bereich Unterdeckungen in nicht hinnehmbarer Höhe entstehen.
4. das Land Bayern zu seinem System der Investitionsfinanzierung mit einer Beteiligung der Kommunen über die Krankenhausumlage steht, aber auch notwendige Anpassungen vornimmt. Die aktuelle Förderpraxis führt dazu, dass Krankenhausträger zwischen 30 und 40 % an Eigenmitteln zu erbringen haben, ohne dass unnötige Maßnahmen oder Luxus verwirklicht werden.

Im kommunalen Krankenhaus dürfen Leistungen der Daseinsvorsorge nicht nur unter Wettbewerbsgesichtspunkten betrachtet werden. Es ist auch hier schon fünf Minuten nach zwölf.

**Ihre Gabriele Bauer**  
Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim

### Altlandrat Otto Neukum verstorben

Die kommunale Familie trauert um den langjährigen Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Bambergers Altlandrat Otto Neukum, der am 9. November im 85. Lebensjahr in Burgebrach verstorben ist.



Otto Neukum †

Bambergers Landrat Johann Kalb zollte dem Verstorbenen hohen Respekt: „Der Landkreis verliert eine große Persönlichkeit. Otto Neukum hat die Region in den 30 Jahren seiner Amtszeit entscheidend geprägt. Durch geschickte Infrastrukturpolitik hat er die wegweisenden Grundlagen für einen prosperierenden Landkreis Bamberg geschaffen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.“

Otto Neukum war 30 Jahre lang, von 1966 bis 1996, Landrat des Landkreises Bamberg. In seine Zeit fielen so entscheidende Weichenstellungen wie die Gebietsreform oder der Ausbau des Schulwesens. Mehr als 23 Jahre fungierte er als erster Verbandsvorsitzender im Regionalen Planungsverband Oberfranken-West und gilt als dessen Pionier. Während seiner gesamten Amtszeit als Landrat war der Verstorbene zudem Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Bamberg.

Von 1982 bis 1997 gehörte Neukum dem Bayerischen Senat an. Von 1988 bis 1996 leitete er als Präsident den Bayerischen Landkreistag und von 1992 bis 1996 den Deutschen Landkreistag. Auf europäischer Ebene vertrat er von 1994 bis 1998 die Interessen der Landkreise im Ausschuss der Regionen des Europäischen Parlaments.

Nach Darstellung des Bürgerbegehrensberichts sollte das Unterschriftenquorum weiter gesenkt und für größere Städte eine Obergrenze - in der Größenordnung von etwa 10.000 Unterschriften - eingeführt werden. Zudem seien die Zustimmungsqvoren beim Bürgerentscheid zu verringern und nach Gemeindegröße nach den Vorbildern in Thüringen oder Schleswig-Holstein - zu staffeln. Langfristig sollte diese Hürde wegfallen.

Weiterer Reformbedarf bestehe bei folgenden Aspekten: Baden-Württemberg und Hessen sollten Bürgerbegehren auf Landkreisebene einführen. Darüber hinaus wird dafür plädiert, die Regeln über Kostendeckungsvorschläge bei kostenwirksamen Bürgerbegehren, wie sie zum Beispiel in Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz noch bestehen, zu streichen. In Bayern, Hamburg und Berlin gebe es diese Zulässigkeitschürde auch nicht. Ansonsten würden Bürgerbegehren zu häufig für unzulässig erklärt.

Eine ausgewogene und faire Information der Stimmbürger steigert laut Bericht die Qualität von direktdemokratischen Verfahren. Deshalb sollte ein „Abstimmungsbüchlein“ nach Schweizer Vorbild, das den Inhalt eines Bürgerbegehrens oder Ratsreferendums und die Gegenposition oder Gegenvorschläge darstellt, Standard werden. Eine Auskunfts- und Beratungspflicht für die Verwaltung, wie sie immer mehr Bundesländer vorsehen, würde die Zahl unzulässiger Begehren reduzieren. Die Fristen für Korrekturbegehren sollten ganz wegfallen. Bayern, Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein kämen bereits ohne aus. Die korrekte Formulierung der Abstimmungsfrage und der Begründung sollten nicht rechtliche Zulassungsvoraussetzung eines Bürgerbegehrens sein. Bürgerentscheide über hohe Ausgaben, Kreditaufnahmen sowie über Abgaben und Steuern seien zu ermöglichen. **DK**

Westfalen sind die Chancen dagegen hoch, dass eine Gemeinde oder ein Bezirk schon mindestens ein Bürgerbegehren erlebt hat und Bürger, Politiker und Verwaltung schon Praxiserfahrungen sammeln konnten. In größeren Gemeinden und Städten besteht ein erhöhter Bedarf, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide anzuwenden. In vielen Städten fanden schon mehrere Begehren statt, wenngleich die Praxis nicht als ausufernd beschrieben werden kann. Gleichzeitig werden mittelgroße und größere Städte oft durch hohe Zustimmungsqvoren benachteiligt.

„Die Tendenz hin zu bürgerfreundlicheren und faireren Verfahren ist offensichtlich“, so die Bilanz. Mehrere Länder hätten in den vergangenen Jahren – zum Teil sehr vorsichtig, zum Teil weitergehend – ihre Regelungen für die direkte Demokratie getroffen. „Es bleibt zu hoffen, dass dieser Trend anhält und auch andere Bundesländer diesen Beispielen folgen. Alle zukünftigen Reformen sollten vor allem folgende zentrale Aspekte berücksichtigen: Die Zahl ausgeschlossener Themen sollte verringert werden, besonders sollten mindestens zentrale Gegenstände der Bauleitplanung zugelassen sein.“

Wirtschaftsgipfel Nordbayern

# Starke Bekenntnisse zur Region

Entwicklungsschub für Franken und Oberpfalz

**Auf Einladung von Ministerpräsident Horst Seehofer zum Wirtschaftsgipfel Nordbayern in Hof fand ein reger Austausch zwischen Politikern, Unternehmern und Wissenschaftlern statt.**

Ministerpräsident Seehofer erklärte: „Der Wirtschaftsgipfel hat deutlich gemacht, dass Nordbayern eine Region des Aufbruchs mit glänzenden Zukunftsperspektiven ist. Im Gespräch mit den Unternehmern und Wissenschaftlern spürt man,

dass nicht nur der eigene Erfolg zählt, sondern auch ein starkes Bekenntnis zur Region da ist.“

## Große Erfolge

Dabei stehe Nordbayern auch heute bereits gut da und habe in

der Entwicklung der letzten Jahre große Erfolge zu verzeichnen. Seehofer: „Nordbayern muss sich nicht verstecken, hinter niemanden. Bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf liegen Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und die Oberpfalz weit über dem Durchschnitt in der EU und dem Rest von Deutschland. Auch der nordbayerische Arbeitsmarkt ist stärker geworden und spielt jetzt in der ersten Liga mit. Bei den 272 EU-Regionen liegen alle nordbayerischen Regierungsbezirke unter den 17 besten.“ Auch innerhalb Bayerns habe Nordbayern zum Süden aufgeschlossen. So hat sich der Abstand bei der Arbeitslosigkeit zwischen den bayerischen Regierungsbezirken in den letzten zehn Jahren um fast zwei Drittel auf nur noch 1,3 Prozentpunkte im Jahresdurchschnitt 2013 verringert.

## Schlüsselfaktor Wissen

Der Ministerpräsident betonte, dass sich die Wissenschaft als

wichtiger Schlüsselfaktor für ein starkes Franken und eine starke Oberpfalz herausgestellt habe: „Nordbayern hat als Wissenschaftsstandort mittlerweile Champions-League-Format erreicht. Die Unternehmen vor Ort profitieren von gemeinsamen Innovationen und bestens ausgebildeten Know-How-Trägern. Diesem Erfolgsrezept verliehen wir mit den Projekten der Nordbayern-Initiative jetzt nochmal neuen Schwung. Dafür bis 2018 fast 600 Millionen Euro aus dem Bayerischen Staatshaushalt in die Hand zu nehmen, ist gut investiertes Geld für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern.“ Der Ministerrat hatte für die 55 Projekte an Hochschulen, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen bei seiner Sitzung am 5. August 2014 am Nürnberger Dienstsitz des Heimatministeriums grünes Licht gegeben.

## Innovative Projekte

Am Wirtschaftsgipfel Nordbayern nahmen neben den Kabinettsmitgliedern Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Innenminister Joachim Herrmann, Heimatminister Dr. Markus Söder und Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle Vertreter der nordbayerischen Wirtschaft und Wissenschaft teil, die sich mit konkreten, aktuellen und innovativen Projekten in der Region engagieren. □

Sozialleistungen für EU-Ausländer:

## Landkreistag begrüßt EuGH-Urteil

**Der Europäische Gerichtshof hat jüngst entschieden, dass Deutschland Zuwanderern aus der EU Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) versagen darf, wenn diese ausschließlich nach Deutschland kommen, um Sozialhilfe zu beziehen oder einen Job zu suchen. Der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager begrüßte das Urteil: „Das ist eine richtige und konsequente Entscheidung, die geltendes deutsches Recht bestätigt. Die Landkreise erhoffen sich von diesem Urteil eine endgültige Klärung der Frage.“**

Das Gericht hat entschieden, dass Deutschland weiterhin sog. „Armutszuwanderern“ aus EU-Mitgliedstaaten Hartz IV versagen darf, wenn diese ohne ausreichende Existenzmittel nur wegen der Sozialleistungen oder zum Zweck der Jobsuche eingereist sind. Die Debatte um den möglichen Missbrauch von Sozialleistungen durch Zuwanderer aus der EU schwelt schon länger; dabei geht es vor allem um Migranten aus Bulgarien und Rumänien. Sager sagte: „Das SGB II hat hierzu eine nachvollziehbare Regelung getroffen über den Ausschluss von EU-Zuwanderern von Hartz-IV-Leistungen, die eine gewisse Form von ‚Sozialtourismus‘ verhindern.“ Die Richter haben nun festgestellt, dass Deutschland damit nicht über den europarechtlichen Rahmen hinausgegangen ist. Vielmehr betont das Gericht zu Recht, dass das Unionsrecht selbst darauf abzielt, Missbrauch zu verhindern, das System der sozialen Sicherheit des Aufnahmestaates zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts in Anspruch zu nehmen. „Das Gericht hat diesbezüglich ausdrücklich klargestellt, dass eine damit verbundene Ungleichbehandlung von Unionsbürgern und Deutschen eine unvermeidliche Folge dieses Bestrebens ist, keine Belastung für die Sozialhilfesysteme der Mitgliedstaaten herbeizuführen“, so Sager.

In diesem Zusammenhang sprach sich der DLT-Präsident auch für die nun zügige Verabschiedung bereits vorgelegter gesetzlicher Regelungen zur Änderung des Freizügigkeitsrechts in Deutschland aus, damit auch bei der Inanspruchnahme von Kindergeld, bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung eine Handhabe geschaffen wird. Dies zähle zum Paket der Maßnahmen, die von der Bundesregierung zur Bekämpfung der sog. Armutszuwanderung aus osteuropäischen EU-Staaten beabsichtigt seien: „Zu begrüßen sind beispielsweise die vorgesehenen Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung, wie z.B. befristete Einreiseverbote bei Missbrauch des Freizügigkeitsrechts, auch wenn sich noch erweisen muss, wie praktikabel dies ist. Auch die vorgesehene Impfung von Zuwandererkindern durch die Krankenkassen ist zu begrüßen“, sagte er. Ebenfalls auf Zustimmung stieß, dass die Kommunen zusätzliche finan-

zielle Hilfen erhalten sollen, um die Folgen der Zuwanderung zu bewältigen und Migranten zu unterstützen. „Der Deutsche Landkreistag fordert einen Verteilungsmodus, der Transparenz auf der Basis der tatsächlichen Belastung gewährleistet. Für die Landkreise ist wichtig, dass auch sie von einer Förderung durch den Bund profitieren können.“

Abschließend wies der DLT-Präsident darauf hin, dass Deutschland trotz der klar zu begrüßenden EuGH-Entscheidung und der geforderten weiteren Änderungen beim Freizügigkeitsrecht insgesamt erheblich von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien profitiere. Es gehe allein darum, Missbrauch zu bekämpfen. □



**Antrittsbesuch bei Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: Stefanie Krüger, seit September Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirkstags. Bild: Bezirk Niederbayern**

## Gedankenaustausch beim Bezirk Niederbayern

**Ihren Antrittsbesuch bei Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich stattete kürzlich Stefanie Krüger ab, die seit September dieses Jahres als Geschäftsführendes Präsidialmitglied der Geschäftsstelle des Bayerischen Bezirkstags leitet; der kommunale Spitzenverband vertritt die Interessen der sieben bayerischen Bezirke.**

Im Laufe des Gedankenaustausches zwischen Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich und Stefanie Krüger kam auch das Thema Inklusion zur Sprache. Beide waren sich grundsätzlich über die Bedeutung dieses in der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegten Menschenrechts einig.

Sie stimmten aber auch darin überein, dass es im Hinblick auf die Finanzierung und Belastbar-

keit der öffentlichen Haushalte Grenzen gibt. Letztlich muss die Gesellschaft diese Leistungen erbringen; über die Frage der Finanzierung hinaus, muss Inklusion aber auch in den Köpfen der Menschen passieren. Jeder Einzelne ist gefordert, sein Denken und Handeln zu verändern, damit Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ganz selbstverständlich teilhaben können. Inklusion muss gelebt werden. □

## Digitale Verwaltung

Staatsminister Söder schließt E-Government-Pakt

**„Wir haben heute einen Pakt für den Bürger und die Wirtschaft geschlossen“, informierte Staatsminister Dr. Markus Söder bei der Pressekonferenz anlässlich der Unterzeichnung des neuen E-Government-Pakts mit den Kommunalen Spitzenverbänden. Durch den vereinbarten Schulterchluss wollen Freistaat und Kommunen das Angebot an digitalen Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Wirtschaft ausbauen und zentral zugänglich machen.**

„Das Bayern-Portal wird der zentrale Zugang zu staatlichen und kommunalen Online-Leistungen, ermöglicht die Verwaltung auf einen Klick“, so Söder weiter. Dies mache die angebotenen Leistungen schneller, einfacher und rund um die Uhr abrufbar. Der Freistaat stellt hierfür den Kommunen die technische Infrastruk-

tur zur Verfügung - und investiert dafür jährlich zwei Millionen Euro. Dies spart den Kommunen bares Geld: Bei Nutzung des technischen Angebots des Freistaats können Gemeinden mit 6.000 Einwohnern rund 900 Euro pro Jahr, ein Landkreis mit 160.000 Einwohnern bis zu 24.000 Euro pro Jahr einsparen.

Die den Kommunen durch den Freistaat zur Verfügung gestellte, technische Infrastruktur umfasst verschiedene Module: Über die neue Bayern-ID, die mit dem neuen Personalausweis verknüpft werden kann, kann sich der Nutzer im Internet ausweisen. Dadurch können personenbezogene Dienste, wie der Antrag für ein polizeiliches Führungszeugnis genutzt werden. Die direkte und sichere Kommunikation zwischen Behörde und Bürger wird über das Modul „Mein Postfach“ gewährleistet. Bezahlt werden kann über ein sicheres, digitales Zahlensystem. So können Dienstleistungen schnell, einfach und direkt im Internet bezahlt werden. Über das Bayern-Portal sollen alle Verfahren zusammengeführt werden - einfach, übersichtlich und transparent. „Hand in Hand mit den Kommunen werden wir den digitalen Verwaltungskreislauf schließen“, sagte Söder. Das Bayern-Portal soll im Frühjahr 2015 vorgestellt werden.

Wichtiger weiterer Eckpunkt des E-Government-Pakts ist eine sichere IT - Infrastruktur für alle Behörden in Bayern. Dies beinhaltet auch den Anschluss von Kommunen an das sichere Behördennetz des Freistaats. Es gewährleistet eine hoch sichere und beschleunigte Kommunikation zwischen staatlichen und kommunalen Behörden. „Es lohnt sich für alle Gemeinden, sich an das Behördennetz anzuschließen. So werden die von den Bürgern anvertrauten Daten maximal gegen Missbrauch oder vor Verlust geschützt“, appellierte Söder. Im Bayerischen Behördennetz werden die Daten verschlüsselt übertragen. □

## Mission Sozial...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co. KG gestifteten ConSozial Wissenschaftspreis zu übergeben. Diesen erhielt in der Kategorie Lebenswerk der Psychiater Professor Dr. Dr. Klaus Dörner. Er hat als ärztlicher Leiter der Westfälischen Klinik in Gütersloh dafür gesorgt, dass 435 chronisch psychisch erkrankte Langzeitpatienten in Wohnungen entlassen und dort ambulant behandelt werden konnten.

In der Kategorie Wissenschaft wurde Dr. Daniel Franz ausgezeichnet. In seiner Promotion hat er den Reformprozess in der Behin-

derterhilfe analysiert, der als Wandel von der institutionellen zur personalen Orientierung aufgefasst werden kann. Die Jury: „Eine umfangreiche analytische Arbeit mit zweifelsfrei höchster Relevanz hinsichtlich der Inklusionsdebatte.“

## Gelebte Subsidiarität

Nachwuchspreisträgerin ist Yvonne Kuhnke mit ihrer Masterarbeit „Gelebte Subsidiarität – nachbarschaftliche Hilfen im Mehrgenerationenwohnprojekt.“ „Ein tolles Thema und hervorragende Bearbeitung, klare Schlussfolgerungen“, urteilte die Jury. **DK**

## Gebündelte Infos...

(Fortsetzung von Seite 1)

naler Sicht gab Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag. Er wies darauf hin, dass Gemeinden zu einem hohen Engagement für den Breitbandausbau bereit seien. Dies beweise allein der Einstieg von derzeit 63 Prozent der bayerischen Gemeinden ins Förderverfahren (allein 200 im August). Graf sprach von einer „großen Leistung der Gemeindeverwaltungen bzw. der Breitbandpaten“.

Trotz Staatsmitteln in Höhe von 1,5 Mrd. Euro dürfe nicht vergessen werden, dass bei einem durchschnittlichen Förderbetrag von 77 Prozent und einem durchschnittlichen Förderhöchstbetrag von 725.000 Euro bei bloßer Ausschöpfung der staatlichen Mittel der Kommunalanteil 433 Millionen Euro an den Investitionen beträgt, führte Graf weiter aus. Dass das Startgeld bereits 760 Mal beantragt wurde, zeige, dass die Mehrheit ein Ingenieurbüro beauftragt und effizienten Netzausbau will; die Kosten trügen die Gemeinden zusätzlich.

Da sich 700 Gemeinden erst in der Markterkundung befinden,

sprach Graf von einem „noch weiten Weg bis zur Inbetriebnahme der Netze“. Er machte darauf aufmerksam, dass Ingenieurbüros, Netzbetreiber und Tiefbauer sich bereits an der Kapazitätsgrenze befänden und die Abgrenzung zum eigenwirtschaftlichen Ausbau sich teilweise schwierig gestalte.

## Wirtschaftlichkeitslücken

Kritisch betrachtete Graf die Entwicklung der Wirtschaftlichkeitslücken; zudem prognostizierte er, dass die Höchstfördersummen in Gemeinden mit besonders vielen Ortsteilen nicht ausreichen werden. An dieser Stelle sei gegebenenfalls eine Neujustierung erforderlich, „wenn der tatsächliche Mittelbedarf vorliegt und der bayerische Anteil an Digitaler Dividende II bekannt ist“.

PS: In Ausgabe 24/2014 der Bayerischen Gemeindezeitung, die am 18. Dezember erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Unter bayerisches-breitbandforum.de stehen die Vorträge zum Download bereits bereit. **DK**

## Engagierter Einsatz...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Choreographen konzipiert und schafft den jugendlichen Migranten einen künstlerischen Raum, in dem sie sich ausdrücken und ausleben können.

Der Verein Cassandra e.V. wurde 1987 von Prostituierten, Ex-Prostituierten und Frauen aus anderen Berufen gegründet, um sich für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Prostituierten einzusetzen. Der Verein ist die einzige Selbsthilfeorganisation mit und für Sexarbeiter in Bayern. Zu den Aufgaben des Cassandra Vereins gehören klassische Sozialarbeit, regelmäßige Besuche in Apartments, Clubs, Bordellen und weiteren Orten der Prostitution, um über die Angebote zu informieren. Darunter fallen Beratung über Rechte und Pflichten im Sexgewerbe. Weitere Schwerpunkte sind die Vorbeugung von sexuell übertragbaren Krankheiten sowie Suchtprävention im Kontext Prostitution.

Mit dem Umweltpreis der bayerischen Landesstiftung wurden die Stadtwerke Rödental aus dem Landkreis Coburg unter anderem für ihre Leistungen zur Umsetzung der Energiewende im Bereich des ökologisch nachhaltigen und regionalen Wirtschaftens prämiert. Vor allem die neue Abwasserreinigungsanlage sei für den Erfolg ausschlaggebend gewesen, so der Kommunalversorger. Mit einer Investition von 8,2 Mio. Euro habe man auf ein völlig neues Konzept gesetzt, das sich nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich rechne. Die neue Kläranlage trockenet den Klärschlamm mit Solarthermie und optimiert gleichzeitig das Müllheizkraftwerk Coburg. Dabei wandeln zwei Mikrogasturbinen Faulgas

in Strom und Wärme um. Sie sind sogar in der Lage, auf Abruf Regenergie bereit zu stellen. Mit diesen Maßnahmen sparen die SWR etwa 200.000 Euro jährlich an Betriebskosten ein.

Außerdem stellen die Stadtwerke ihren Kunden zwei Elektromotorräder kostenlos zur Verfügung. Bereits 100 Personen hätten davon schon Gebrauch gemacht, heißt es. Darüber hinaus spart der Versorger mit dem energetisch sanierten Schwimmbad 60 % an Wärmekosten. Eine weitere Zukunftsinvestition ist das Glasfasernetzprojekt: 7.500 Anschlüsse für High-Speed-Internet sind geplant.

## Lebensräume erhalten

Beim Projekt „Büffel statt Bagger“ ersetzen Weidetiere wie Wasserbüffel, Rinder und Pferde Maschinen und erhalten so die Lebensräume gefährdeter Arten wie beispielsweise der Gelbbauchunke - Lebensräume, die nach Informationen des Bund Naturschutz in der heutigen Kulturlandschaft kaum mehr zu finden sind.

In der Dorfgemeinschaft Münzinghof leben und arbeiten 140 Menschen. Rund die Hälfte davon ist durch ein geistiges oder körperliches Handicap eingeschränkt. Das Ziel besteht darin, diesen Mitmenschen eine familiäre Gemeinschaft zu bieten, mit ihnen zu arbeiten und ihnen in ihrer freien Entfaltung zu helfen. Das Dorf besteht aus Wohnhäusern und Werkstätten, in denen nach nachhaltigen Gesichtspunkten gearbeitet wird. Unter anderem gibt es eine Gärtnerei, Milchwirtschaft, eine Käseerei, Bäckerei, Holz- und Metallwerkstätten. **DK**

VKU-Stadtwerkekongress in Neuss:

## Unterwegs auf bewegter See

Experten aus Unternehmen, Politik und Forschung diskutierten vor mehr als 300 Gästen beim VKU-Stadtwerkekongress in Neuss über kommende Herausforderungen der Energiewirtschaft. Schwerpunkte bildeten dabei die Schwierigkeiten auf dem Erzeugungsmarkt und die Diskussionen um die Einführung und mögliche Ausgestaltung eines Leistungsmarktes. Weitere Themen waren die Rolle von Verteilnetzen, Energiedienstleistungen sowie die Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG).

Wie der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen Hans-Joachim Reck eingangs erläuterte, führe der Ausbau der erneuerbaren Energien zu einem Rollenwechsel bei den konventionellen Kraftwerken. Immer weniger würden sie zur Produktion von Kilowattstunden gebraucht, sondern als Sicherheitsnetz für den Fall, dass der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Die Bereitstellung sicherer Leistung gewinne damit zunehmend an Bedeutung. Der Leistungsmarkt werde dabei letztlich auch als Versicherung für Versorgungssicherheit fungieren.

Rainer Baake, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sieht die Energiewende an einem Wendepunkt angekommen. Nach der Technologieförderung für alle werden nun Neuanlagen direkt in die Vermarktung geführt. Die kommende Grundsatzentscheidung Deutschlands für oder gegen Kapazitätsmärkte bezeichnete er als offen. Die nationale Lösung der Stromversorgungssicherheit laufe auf eine Grundsatzentscheidung zu: Entweder lasse die Bundespolitik die „Preissignale“ des Energy-only-Marktes auch für die Kraftwerks-Verfügbarkeit walten oder Kapazitätsmechanismen würden eingeführt.

Wie Alexander Kleemann, Referent im Bundeswirtschaftsministerium, deutlich machte, überlegt das Ministerium, die Netzregulierung zu flexibilisieren. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie zu modernen Verteilnetzen zeige, dass die Netzbetreiber nicht über einen Kamm zu scheren seien.

### Regionale Unterschiede

Laut Prof. Albert Moser (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen), der die Ergebnisse der Studie vorstellte, sind nur 35 Prozent der Verteilnetzbetreiber vom Netzausbau wegen der Integration erneuerbarer Energien betroffen, dann allerdings erheblich. Dabei machten sich regional starke Unterschiede bemerkbar. Tendenziell gebe es im Süden durch die Solarenergie mehr Ausbaubedarf in der Niederspannung, im Osten und Norden Deutschlands in der Hochspannungsebene. Größter Hebel, um am teuren Netzausbau zu sparen, sei das Erzeugungsmanagement. Übersetzt bedeute dies die Abregelung von Wind- und Solarstromanlagen.

Nach den Worten des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, wirken sich die Erneuerbaren mittlerweile erheblich auf den Strommarkt und in den Netzen aus. Bei diesem Umbau der

Energieversorgung spielten die Stadtwerke eine zentrale Rolle. So erzeuge der Zubau dezentraler EE-Anlagen einen Umstrukturierungsbedarf der Netze. Gleichzeitig wandle sich die Netzbetreiberlandschaft durch Rekommunalisierung und Zusammenschlüsse. Auch müssten neue Geschäftsmodelle im wettbewerblichen Bereich entwickelt werden. So müsse der wettbewerbliche Bereich die zunehmend volatile Erzeugung an den Verbraucher bringen bzw. eine Anpassung von dessen Nutzungsverhalten unterstützen.

### Wettbewerblicher Ansatz

Hierbei sollte nach Darstellung Homanns folgender Grundsatz gelten: „Wo immer neue Aufgaben im Zuge der Energiewende entstehen und die Zuordnung zwischen dem regulierten Bereich des Netzes oder dem wettbewerblichen Bereich nicht klar ist, sollte man es zunächst einmal mit dem wettbewerblichen Ansatz versuchen. Die regulierte Wertschöpfungsstufe Netz steht dabei vor einer besonderen Herausforderung. Hier entwickeln sich die Aufgabenbereiche sehr unterschiedlich. In vielen Netzen ist ein erheblicher Netzausbau- und -umstrukturierungsbedarf erforderlich, um dezentrale Erzeugung anzuschließen und deren Stromerzeugung an höhere Netzebenen weiterzugeben. Manche Verteilnetze bleiben davon allerdings weitgehend unberührt.“

In großen und mittleren Städten mit wenig Umlandnetzgebiet än-

dere sich zum Beispiel herzlich wenig, fuhr Homann fort. Die notwendigen Investitionen seien höchst unterschiedlich. Selbst in Netzen mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien sei der Zeitpunkt, ab wann und wie viel investiert werden muss, höchst individuell. Bundesweit bewegten sich die Investitionserfordernisse nach den einschlägigen Studien im zweistelligen Milliardenbereich. „Angesichts dieses erheblichen Investitionsvolumens werden die Netzentgelte die EEG-Umlage möglicherweise in naher Zukunft deutlich übersteigen“, betonte der Präsident.

Seiner Ansicht nach „hilft es niemandem, wenn die gerade erfolgreich abgeschlossene Debatte über die Höhe der EEG-Umlage bald durch eine Debatte über die Höhe der Netzentgelte abgelöst wird“. Daher müsse die Kostengünstigkeit bei der Erfüllung der Versorgungsaufgabe im Auge behalten werden. Einschlägige Studien wie die dena Verteilnetzstudie bezifferten erhebliche Einsparpotenziale beim Netzausbau durch innovative Technologien. „Hier müssen wir ansetzen.“

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts, hält den Kapazitätsmarkt für sehr komplex. Am Ende biete er für Wettbewerb zu wenig Raum. Er könne nur als europäische Lösung umgesetzt werden; 28 nationale Kapazitätsmodelle seien der Tod des europäischen Binnenmarkts.

Mundt zufolge spielen Erneuerbare Energien auf dem Leistungsmarkt nur eine geringe Rolle. So werde der Marktwert zum Problem. Sichere Leistung lasse sich nur aus großen Kraftwerkspportfolien bereitstellen. Mundt plädierte für eine schlanke strategische Reserve, aus der ein Ausstieg möglich sein müsse. **DK**

## EEG-Umlage sinkt erstmals

Die EEG-Umlage sinkt ab 01.01.2015 zum ersten Mal seit ihrer Einführung. Wie die Bundesregierung mitteilt, hätten dies die vier Übertragungsnetzbetreiber und die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer üblichen Jahresprognose bekannt gegeben. Konkret gehe die Zulage vom 6,24 auf 6,17 Cent pro Kilowattstunde zurück.

Für diesen Rückgang gebe es verschiedene Gründe. Einmal habe sich der Ausbau der erneuerbaren Energien im erwarteten Rahmen bewegt. Damit seien die mit der EEG-Umlage 2014 kalkulierten Risiken nicht zum Tragen gekommen. Außerdem gehe der Effekt darauf zurück, dass ein Überschuss auf dem Ökostromkonto der Netzbetreiber von knapp 1,4 Milliarden Euro zum 30.09.2014 zu verzeichnen gewesen sei. Ein Jahr zuvor habe dort noch ein Defizit von 2,2 Milliarden Euro gestanden.

Es zeige sich, so die Bundesregierung, dass die mit der EEG-Reform eingeleiteten Veränderungen ein Schritt in die richtige Richtung seien. Um die Kosten für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zu senken, konzentriere sich das neue EEG auf günstige Technologien wie Windenergie und Photovoltaik. Bestehende Überförderungen sollen abgebaut, Boni gestrichen und die Förderung stufenweise gesenkt werden. Während die durchschnittliche Vergütung für erneuerbare Energien derzeit circa 17 Cent pro Kilowattstunde betrage, würden Betreiber neuer Anlagen ab 2015 im Schnitt nur etwa zwölf Cent pro Kilowattstunde erhalten. Das senke den Strompreis für alle Haushalte.

Dass die Umlage zur Förderung Erneuerbarer Energien im kommenden Jahr leicht gesenkt wird,

wird sich nach Ansicht des BME bei den Energiepreisen kaum bemerkbar machen. „Energiebeschaffer können sich deshalb nicht wirklich entspannen“, sagte Matthias Berg, Leiter der Fachgruppe für Strategischen Energieeinkauf beim Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik.

Bei stromintensiven Unternehmen, die zum Teil aus Gründen des internationalen Wettbewerbsausgleichs von der Abgabe befreit werden, sei der Einspareffekt nur mit der Lupe zu erkennen und auch für die meisten anderen Unternehmen sei der positive Effekt kaum größer. „Ihr einziger Vorteil ist, dass die Budgets für 2015 nicht gesprengt werden, dass ein weiterer Kostenanstieg zunächst abgewendet wurde“, so Berg. Für viel wichtiger hält er aber die Frage nach einer möglichen Kapazitätsumlage, die auf die Stromverbraucher zukommen könnte, um die Netzstabilität aufgrund der schwankenden Verfügbarkeit regenerativer Energien durch das Vorhalten von Kapazitäten zu gewährleisten. „Deren Effekt kann ungleich größere Auswirkungen für die Kostenentwicklung im Energiebereich haben. Er würde die Abgabenlast schlagartig wieder nach oben treiben.“ Ein weiterer großer Unsicherheitsfaktor für die Unternehmen steckt im Thema Eigenstromversorgung, die in der aktuellen EEG-Novelle nur Planungssicherheit bis 2017 schafft. □

## WAS SAUST ÜBER EINE INSEL



## ZEIGT, WIE MAN UMWELTFREUNDLICH VORWÄRTSKOMMT?



### Die Erdgastaxen auf Sylt.

Die Erdgastaxen auf Sylt verdeutlichen, wie in Zukunft der Hase läuft. Denn hier tanken immer mehr Taxen Erdgas. Und mehr und mehr andere Fahrzeuge auch. Natürlich zum großen Teil schon aus klimaneutralem Biogas. Genial – und nicht nur eine Insellösung.

Diese Idee der Energieversorgung Sylt ist eine von vielen, mit denen die über 100 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über [www.energie-und-wende.de](http://www.energie-und-wende.de)



Die Energieversorgung Sylt verbindet Energie und Umwelt für die Insel.

Das große Plus für alle

Bayerischer Energiedialog in Hohenkammer:

## Kompass für die Energiewende

Im oberbayerischen Hohenkammer fand erstmals der von der PricewaterhouseCoopers (pwc) gemeinsam mit dem Verband kommunaler Unternehmen in Bayern organisierte „Bayerische Energiedialog“ statt. Dabei wurde eine Vielzahl von Aspekten zur Energiewende angesprochen, die für kommunale Unternehmen bedeutsam sind und bei denen sich aktuell Handlungsbedarf zeigt.

Dies umfasste die Bereiche Energieerzeugung und Anforderungen der bayerischen Industrie an Kommunalversorger ebenso wie die Themen Breitbandausbau als Grundlage für die Umsetzung der Energiewende und die Herausforderungen kommunaler Unternehmen im Bereich Innovation und bei der Bereitstellung und Qualifizierung von Fachkräften. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer sprach zum Thema „Energiewende: Wohin steuert Bayern?“.

### Breitbandanbindung

Mit einem Appell zur Stärkung der Daseinsvorsorge warteten Götz-Ulrich Luttenberger (Geschäftsführer der Städtischen Werke Überlandwerke Coburg GmbH & Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern) und Felix Hasse (Leiter Government & Public Services Bayern) eingangs auf. Nach ihren Worten treiben technische und nutzerabhängige Faktoren die exponentielle Entwicklung des Bandbreitenbedarfs. Der Freistaat Bayern habe ein umfangreiches Förderprogramm aufgelegt, um den Breitbandausbau voranzutreiben. Ziel seien 50Mbit/s im Download (mind. aber 30Mbit/s) sowie weitaus höhere Geschwindigkeiten im Upload als bei Netzen der Grundversorgung. Bis 2018 soll Bayern flächendeckend mit schnellem Internet versorgt werden.

„Die flächendeckende Breitbandanbindung ist unverzichtbar für ein Gelingen der Energiewende“, stimmten Luttenberger und Hasse überein, erfordere doch beispielsweise die Einführung von Smart Grid und Smart Meter eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Zudem sei für die Steuerung von Wind- und Solarparks eine Glasfaseranbindung notwendig.

### Projekt DezEnerBay

Prof. Dr. Gunther Friedl, Lehrstuhl für Controlling/Center for Energy Markets Technische Universität München, machte das Publikum seinerseits mit ersten Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt DezEnerBay (Dezentrale Energieversorgung für mittelständische Unternehmen in Bayern) der TU München und des bayern vbm vertraut. Wie Friedl erläuterte, geht es in dem Projekt darum, den kostenoptimalen Eigenenergieverbrauch für Industrieunternehmen zu modellieren. Finanziert wird das Forschungsprojekt von der KME – Kompetenzzentrum Mittelstand GmbH.

„Wir gehen davon aus, dass die bayerische Industrie zunehmend Anlagen zur Eigenenergieversorgung einsetzen wird“, definierte Friedl als mögliches Projektergebnis. Der Großteil dieser Versorgung werde über BHKW stattfinden. Für Stadtwerke bedeute dies in der Konsequenz: „Der Umsatz von Strom mit Industriekunden wird sinken, zudem werden die Unternehmen versuchen Lastspitzen zu glätten. Durch den Anteil der BHKWs wird der Umsatz von Gas mit Industriekunden zunehmen. Hier gilt es, sich frühzeitig vorzubereiten.“

„Heute befinden wir uns inmitten der Transformationsperiode, die digital geborene Bevölkerung nimmt zunehmend an Bedeutung ein. Im nächsten Jahrzehnt wird ‚digital‘ zur Normalität, 50 % der

Bevölkerung wird im digitalen Zeitalter geboren sein“, stellte Felix Hasse eingangs in seinem Vortrag „Die Implikationen des Eintritts von Google bis in den Bereich ‚Smart Home‘ fest.

Die digitale Transformation habe die „Old Economy“ revolutioniert, betonte Hasse. Google, PayPal und Amazon – um nur einige Beispiele zu nennen – seien für eine dramatische „Disruption“ traditioneller Geschäftsmodelle verantwortlich. Exemplarisch nannte Hasse den Kauf des US-Thermostatherstellers Nest Labs durch Google. Nest Labs baut etwa lernfähige Heizungsregler, die die Vorlieben ihrer Nutzer erkennen. „Die Digitalisierung erreicht auch die Energiewirtschaft.“

### Radikale Kundenorientierung

Das Beispiel Nest Labs zeige, dass eine radikale Kundenorientierung zum Erfolg führt, erklärte Hasse. Trotz niedriger US-Stromkosten erreiche das Unternehmen 100.000 neue Haushalte monatlich – Tendenz steigend. „Google hat mit Nest den digitalen Kampf um die Haushalte eröffnet – es geht um singulären Kundenzugang“, machte der pwc-Repräsentant deutlich.

Auch für Stadtwerke ergäben sich durch die Digitalisierung Chancen und Herausforderungen. Die Digitalisierung habe die Kundenbedürfnisse radikal verändert. Der Fokus liege auf neuen Produkten und neuen Vertriebsformen. Auch senke die Digitalisierung die Eintrittsbarrieren für Anbieter und ermögliche den Kunden ein maximales Angebot. Hasse: „Eine zielgerichtete Kundensegmentierung in der Energiewirtschaft ist im Zeitalter der Digitalisierung unumgänglich. Sie erhöhen Marketing- und Vertriebskosten. Digitale Kundenprofile können mit klar definierten Prozessen erstellt und liefern somit Stadtwerken essentielle Informationen ihrer Kunden als Basis für die Mehrwerterschöpfung.“

### Energiewende Outlook

Laut Volker Breisig, PwC-Partner und Fachmann für energiewirtschaftliche Beratung, sind auf Grund vieler Unsicherheiten belastbare Planungen und Investitionsentscheidungen für die Vielzahl der an der Energiewende beteiligten Unternehmen mit Unwägbarkeiten verbunden. Im Zuge der Energiewende gerieten die klassischen Geschäftsmodelle der Energieversorger unter Druck. Aber auch der Bereich der Erneuerbaren Energien befindet sich durch die Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik im Umbruch. Mittlerweile schlugen sich diese Entwicklungen auch in den Geschäftszahlen nieder.

Mit dem Energiewende Outlook (EwO) habe PwC einen umfassenden Ansatz entwickelt, um Entwicklung und Verlauf der Energiewende zu analysieren und zu bewerten. Er stelle einen Kompass durch die Energiewende dar und biete Unternehmen, aber auch der Politik Orientierung. Hierzu wurden rund 200 Studien und Einschätzungen zur Energiewende aus Wissenschaft, Wirtschaft und von anderen Interessengruppen ausgewertet. Aus der Bandbreite der Prognosen wur-

den unterschiedliche Szenarien für den Zeitraum 2012 bis 2050 entwickelt und mit den aktuellen Regierungsplänen abgeglichen. Breisig zufolge sind folgende Ergebnisse wesentlich:

**1.** Die Prognosen zur Entwicklung der deutschen Energiewirtschaft (Strom, Wärme und Verkehr) gehen in den analysierten Studien und Einschätzungen weit auseinander. Dies lässt auf eine erhebliche Planungsunsicherheit werden kann.

**2.** Der Koalitionsvertrag trifft zu vielen wichtigen Themen Aussagen. Es bedarf nun weiterer Konkretisierungen insbesondere bei quantitativen verwertbaren Vorgaben, um die Planungssicherheit der Marktteilnehmer zu erhöhen.

**3.** Der Koalitionsvertrag betont die gleichrangige Bedeutung von Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Um dies zu erreichen, ist ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich, der nicht nur quantitative Ziele für den EE-Ausbau vorgibt. Weitere Möglichkeiten zur Zielerreichung wie die Steigerung der Energieeffizienz sollten ebenfalls konkretisiert werden.

**4.** Die Vorgabe des Ausbaukorridors für die Erneuerbaren ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, bedarf aber weiterer Konkretisierungen bei den Zielen für den Energieverbrauch. Ansonsten entstehen trotz Ausbaukorridors beispielsweise im Strombereich sehr große Bandbreiten für die zukünftig benötigte Stromerzeugung aus Erneuerbaren.

**5.** Unter den verschiedenen erneuerbaren Energien herrscht mit Blick auf den Koalitionsvertrag ein Ungleichgewicht. Während für Photovoltaik und für Offshore-Windkraft Ausbauziele festgelegt wurden, tragen Onshore-Windkraft und die Biomasse in Abhängigkeit der Entwicklung des Stromverbrauchs ein hohes Zubaurisiko.

**6.** Der Koalitionsvertrag betont, dass auch künftig nicht auf die konventionelle Stromerzeugung verzichtet werden kann. Zu klären wäre, wie dies mit den CO<sub>2</sub>-Zielen in Einklang gebracht werden kann. Es sind weitere Impulse erforderlich, um eine Veränderung des Kraftwerksparcs hin zu energieeffizienteren Erzeugungsarten und emissionsärmeren Energieträgern in die Wege zu leiten.

**7.** Mit Blick auf das Thema Versorgungssicherheit zeichnet sich mittelfristig ab, dass eine erhebliche Kapazitätslücke bei den konventionellen Kraftwerken zu erwarten ist. Ob hierfür die oft diskutierten Kapazitätsmärkte eine Lösung darstellen, sollte auch vor dem Hintergrund europäischen Wettbewerbsrechts (und der dazu kürzlich zur Diskussion gestellten neuen Leitlinien) weiter untersucht werden.

**8.** Unsere Berechnungen für den Strombereich zeigen, dass die Erfüllung der Umweltziele als auch die Sicherstellung von Kosteneffizienz nur erreicht werden können, wenn neben den EE-Ausbauzielen auch für fossile Energieträger und für die Energieeffizienz konkrete Zielkorridore angestrebt werden.

**9.** Auch Wärme und Verkehr tragen maßgeblich zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen bei und verursachen einen bedeutenden Anteil der Ausgaben für Energie. Mit Blick auf Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit sollten neben Gebäudesanierung und E-Mobility weitere Möglichkeiten unter Kosten-Nutzen-Aspek-

ten geprüft und verfolgt werden. **10.** Die Unternehmen der Energiewirtschaft müssen sich angesichts anhaltender Planungsunsicherheit auf mehrere Szenarien einstellen. Themen wie Energieeffizienz, Energiedienstleistungen und Smart-Energy werden an Bedeutung gewinnen. Allerdings müssen die etablierten Energieversorger hier mit zahlreichen branchenfremden Anbietern konkurrieren. Diesen Wettbewerb werden sie nur mit mehr Flexibilität und Innovationsbereitschaft für sich entscheiden.

### Podiumsdiskussion

In einer von GZ-Verlegerin und Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel moderierten Podiumsdiskussion zum Thema „Notwendigkeit regionaler Energieversorger in den Kommunen“, wies zunächst der Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl darauf hin, dass die Faktoren Effizienz, Kostengünstigkeit und Versorgungssicherheit für den Endverbraucher ausschlaggebend sind. Zu viel werde über den Begriff der Energieautarkie „schwadroniert“, kritisierte Brandl. „Diese kann es in einem liberalen Markt schlichtweg nicht geben.“ Von woher der Verbraucher letztlich seinen Strom bezieht, regle der Markt. Gerade im kommunalen Bereich sei dieses Procédure aufgrund der Ausschreibungspflicht ohnehin „viel brutaler“.

### Nicht nur regional denken

Zwar ist es nach Brandls Auffassung sinnvoll, dass jeder seinen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leistet, „jedoch wage ich zu bezweifeln, ob wir uns im Moment volkswirtschaftlich wirklich sinnvoll verhalten“. Tatsache sei: „Wir müssen das, was regional möglich ist, umsetzen, dürfen aber auch den überregionalen Aspekt nicht aus den Augen lassen.“

Aufgrund „der zwangsläufigen Suche nach neuen Geschäftsfeldern“ hätten sich mittlerweile große und leistungsfähige Stadtwerke dazu entschlossen, ein nahezu privater Konkurrent der Dienstleister zu sein. Dies erfülle seinen Verband mit Sorge, so der Präsident. Er bezeichnete es als „gefährlich“, unter dem Schutz des Protektionismus die Konkurrenz der Privatwirtschaft subventionell aufzuziehen. Brandls Appell: „Wir müssen eine vernünftige Gesamtkonzeption für diese Energiewende hinkriegen. Ich sehe nach wie vor tolle Chancen für die Wirtschaft, aber mir fehlen die Rahmenbedingungen, die sowohl die regionale Versorgung als auch die überregionale Versorgungssicherheit vernünftig abbilden.“

### Stadtwerke und Wettbewerb

Götz-Ulrich Luttenberger (Geschäftsführer der Städtischen Werke Überlandwerke Coburg GmbH) informierte darüber, dass das Preisthema und der Wettbewerb den Stadtwerken weniger im ländlichen Raum als vielmehr insbesondere in den Städten heftig zusetzen. Über die Sinnhaftigkeit, den Vertrieb aufrechtzuerhalten, habe er, Luttenberger, sich in der Vergangenheit durchaus seine Gedanken gemacht.

Die im Querverbund aufgestellten Städtischen Werke Überlandwerke Coburg betrieben ein Kostendeckungsgeschäft. „Da wir am Strommarkt im Prinzip mit Bankrotteuren konkurrieren, die zunächst zu Kampfpreisen einsteigen und nach wenigen Jahren pleitegehen, können wir den Preiskampf nicht gewinnen“, zeigte sich Luttenberger illusionslos. Die Konsequenz sei, „dass man natürlich Kunden verliert“, aber: „Wir halten den Vertrieb aufrecht.“ Im Bereich der Gewer-

be- und Industriekunden sei sein Unternehmen „gut am Markt“. Freilich müssten neue Geschäftsfelder erschlossen werden, „mit denen wir die verloren gegangenen Kostendeckungsbeiträge kompensieren“.

### EEG-Novelle

Die Ankündigung von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, es werde eine Folge-EEG-Novelle geben, in der möglicherweise noch mehr Änderungen an den Einspeisevergütungen vorgenommen werden, wird laut Luttenberger zur Konsequenz haben, „dass man eben keinen wesentlichen Teil der eigenen Bilanzsumme mehr in Erneuerbare Energien investiert“. Die Investition in „größere Anlagen mit einer äußerst ungewissen Zukunft“ sei für die Städtischen Werke Überlandwerke Coburg passé. „Wir kaufen Netze zu, weil dies eine voraussichtlich auf Dauer gesicherte Rendite ist. Ansonsten betreiben wir unser Dienstleistungsgeschäft mit der eigenen Kommune.“

Von „bundesweit unterschiedlichen Geschäftsmodellen“ berichtete der energiewirtschaftliche Berater Dr. Volker Breisig. Während man im Norden der Republik geradezu euphorisch das

Thema Wind beackere, lege man in Bayern das Hauptaugenmerk wieder stärker auf die klassischen Geschäftsfelder Gas und Strom.

### Geschäftsfelder

Zahlreiche Stadtwerke hätten neue Geschäftsfelder wie power to gas, Smart meter oder e-mobility gleichzeitig ausprobiert, so Breisig. Fakt aber sei, „dass keines davon die klassischen Geschäftssegmente ersetzen konnte“. Der Berater wies darauf hin, dass die Umsätze der Stadtwerke im Strombereich stiegen, die Renditen sich allerdings überwiegend verringerten „und gleichzeitig die politischen Anforderungen höher werden“. „Hier“, so fügte Breisig an, „sehen wir den Trend zur Fremdkapitaldeckung.“

In diesem Zusammenhang machte er unter anderem darauf aufmerksam, dass die Energiewende nicht funktioniert, „in dem man Bürgerbeteiligungsmodelle in den Vordergrund stellt“. Auch hier liege der Fokus letztlich auf der Wirtschaftlichkeit eines jeden Projekts. Und diese Projekte seien bundesweit unterschiedlich. „Schlussendlich sind Bürgerbeteiligungsmodelle nur ein Kleinstmittel zur Finanzierung“, stellte Breisig fest. **DK**

## Plädoyer für Nutzung der Wasserkraft

### Generalversammlung des Landesverbands Bayerischer Wasserkraftwerke in Regensburg

Nach dem Aus für die Kernkraft haben Umweltaktivisten die Wasserkraft als neues Feindbild in den Fokus genommen. Dafür hat Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, absolut kein Verständnis. Bei der Generalversammlung des Landesverbands Bayerischer Wasserkraftwerke erhielt er viel Beifall für seine Aussage: „Die Wasserkraft muss ein wesentlicher Teil der bayerischen Energieversorgung bleiben.“

Über 600 Mitglieder zählt der bayerische Landesverband und ist damit der zweitgrößte in Deutschland. Vorstandsvorsitzender Hans-Peter Lang rückte die „kleine Wasserkraft“ im Kolpinghaus ins rechte Licht: 4.000 Anlagen mit einer Leistung unter 100 Kilowatt werden hier betrieben als verlässliche, speicherbare und heimische Energiequelle. „Die Wasserkraft liefert auch Energie, wenn nur wenig Wind- und Sonnenstrom verfügbar sind.“

### Über 2.000-jährige Nutzung

Lang erinnerte seine Mitglieder daran, dass die Wasserkraft die älteste erneuerbare Energie sei, die Menschen seit über 2.000 Jahren nutzen. In Bayern basierte die Elektrifizierung bis etwa zum Jahr 1925 zu hundert Prozent auf Wasserkraft. Auch heute noch sei es ein Zeichen von großer Unwissenheit und Ignoranz, wenn der Schluss gezogen werde, dass die Wasserkraft keine Bedeutung mehr hätte.

Der während der Tagung wieder gewählte Vorstandsvorsitzende bezeichnete Strom aus Wasserkraft als sauber und umweltfreundlich. Und er hielt fest: „Eine zukunfts-fähige Energiepolitik muss sich an dem Dreieck aus Versorgungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz sowie Wirtschaftlichkeit ausrichten.“ Die erneuerbaren Energien könnten zu allen drei Perspektiven dieses Dreiecks erhebliche Beiträge leisten. Darüber hinaus sei gerade die Wasserkraft die kostengünstigste Energieform.

### Unverzichtbarer Energieträger

Die Mitglieder baute der Vorstandsvorsitzende bei der Generalversammlung auf. „Im Ergebnis wird die Wasserkraft nicht untergehen.“ Allerdings sei auch selbst die Bestandserhaltung „schon ein Erfolg für uns“.

Staatssekretär Pschierer machte deutlich, dass die Wasserkraft, auch die Kleine, in Vergangenheit

und Zukunft unverzichtbar sei. Ihre Vorteile: Geringe Erzeugungskosten, heimischer Rohstoff, zuverlässige und ausgereifte Technik und hoher Wirkungsgrad.

### System zurückschrauben

Bayern, so der Staatssekretär, stehe mit 36 Prozent an der Spitze der regenerativen Stromerzeugung in Deutschland. Die Wasserkraft leiste davon fast die Hälfte und könne rund drei Millionen Haushalte versorgen. Pschierer fordert, dass der Strompreisanstieg gedämpft werden müsse und auch die Erneuerbaren müssten sich stärker im Markt behaupten. Vielmehr müsse das staatlich subventionierte System zurückgeschraubt werden, weil dies mit Marktwirtschaft nichts mehr zu tun habe.

### Versorgungssicherheit

Sorge bereitet dem Wirtschaftsstaatssekretär das Thema Versorgungssicherheit, denn der Wohlstand in Bayern beruhe auf der Entscheidung für die Kernenergie. Ohne sie wäre Bayern nie ein bedeutender Industriestandort geworden. Zukünftig werde es ohne zusätzliche fossile Energieträger wie etwa Gas nicht gehen, allerdings müssten auch alle anderen sinnvoll miteinander verknüpft werden: Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse.

### Förderprogramm

Die bayerische Regierung, so Pschierer, kämpfe für die Kleinwasserkraftanlagen, wobei es vornehmlich um Modernisierung, Effizienzsteigerung und Nachrüstung gehe, weil das Neubaupotenzial begrenzt sein dürfte. Der Staatssekretär kündigte seinen Zuhörern ein Förderprogramm für Kleinwasserkraftanlagen an und erwartete von der EEG-Novelle klare Planungsgrundlagen für die Zukunft, weil dann konkrete gesetzliche Rahmenbedingungen vorlägen. **osr**

# Deutschlandweit erste Genossenschaft für Energieeffizienz

**In einer Kooperation des Landkreises Berchtesgadener Land, der VR EnergieGenossenschaft Oberbayern Südost eG und B.A.U.M. e.V werden die Weichen für Energieeffizienz und Energieeinsparung gestellt.**

Die Idee ist einfach aber genial und wurde daher bereits mehrfach ausgezeichnet. Nach dem Motto „Aus der Region – für die Region“ haben Bürger die Möglichkeit, Genossenschaftsanteile zu erwerben und dadurch Kapital zinswirksam anzulegen. Die Genossenschaft realisiert Energieeffizienz-Maßnahmen vor Ort und refinanziert die Investition durch die erzielte Energieeinsparung. Dadurch muss der Auftraggeber kein Eigenkapital in die Hand nehmen, strapaziert seinen Kreditrahmen nicht und profitiert trotzdem bereits ab dem ersten Tag von den Einsparungen. Er muss lediglich einen Teil seiner Einsparungen so lange an die Genossenschaft weiterreichen, bis sich die Maßnahme amortisiert hat. Mit der Analyse der technischen Machbarkeit, der Finanzierung und Realisierung bietet die Genossenschaft somit ein Rundumpaket.

Der Landkreis Berchtesgadener Land ist neben den Städten Aachen und Norderstedt eine der drei ausgewählten Pilotkommunen in Deutschland zur Einführung einer regionalen Energieeffizienz-Genossenschaft. Der Kreis Ausschuss stimmte der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen dem Landkreis, der VR EnergieGenossenschaft Oberbayern Südost eG und

B.A.U.M. e.V in seiner Sitzung vom 22. Oktober einstimmig zu. Das Projekt wird vom Bundesumweltministerium gefördert; der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V) als Förderträger steuert das nötige Know-how zu.

Bis Ende der Förderperiode im März 2016 sollen sogenannte Leuchtturmprojekte im Landkreis umgesetzt werden, die anschließend als Vorbild für weitere Effizienzmaßnahmen dienen. Das Genossenschaftsmodell wendet sich insbesondere an Kommunen und Unternehmen, aber auch an kirchliche Einrichtungen und Privatpersonen.

Landrat Georg Grabner bezeichnete das Modell als „wertvollen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele und als sehr gute Ergänzung zu herkömmlichen Finanzierungsinstrumenten“. Im Klimaschutzkonzept des Landkreises ist die regionale Energieeffizienz-Genossenschaft einer der aufgeführten Leitprojekte. Der Klimaschutzmanager des Landkreises, Manuel Münch, war bei der Umsetzung maßgeblich involviert und begleitet das Projekt organisatorisch. „Oftmals ist es der Mangel an Zeit, Geld oder Wissen, der Energieeffizienz-Maßnahmen scheitern lässt, obwohl sie unter

wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll sind. Mit dem Modell können diese Hürden überwunden und dadurch neue Energieeinsparpotentiale erschlossen werden“, erklärt Münch.

Albert Pastötter, Vorstand der bereits seit 2010 bestehenden und mittlerweile über 500 Mitglieder

umfassenden VR EnergieGenossenschaft Oberbayern Südost eG ist sich sicher, dass zukünftig die Energie-Effizienz bei Genossenschaften eine immer wichtigere Rolle spielen werde. Durch eine Änderung der Satzung erweiterte die VR EnergieGenossenschaft ihr Tätigkeitsfeld neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auf die Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Auf den Punkt bringt es Herbert Köpnick, Projektleiter bei B.A.U.M. e.V: „Nun kommt zusammen, was zusammen gehört – die Energieeffizienz und der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf die tragenden Säulen der Energiewende.“

# Journalistenpreise der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

**Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben die diesjährigen Journalistenpreise vergeben. Sie gehen an Winfried Schuhmann, Robert H. Schumann, Gerd Vanselow und Günther Wittmann von der Medienwerkstatt Franken sowie an die freie Autorin Susanne Schäfer für ihre Verbraucher-Titelstrecke über Nahrungsmittelunverträglichkeit aus „DIE ZEIT“.**

Auf einer Festveranstaltung in Ingolstadt wurden die Gewinner geehrt. Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Stephan Götzl, lobte die Siegerarbeiten. Es seien Preisträger ausgezeichnet worden, die für Qualitätsjournalismus stehen. Ein solcher Journalismus sei preiswürdig, gerade weil er unaufgeregte Aufklärung leistet, hintergründig informiert und Widersprüchliches kompromisslos aufdeckt. „Die Preisträger verstehen es, mit dem Leser einen veränderten Blick auf Dinge zu entwickeln und ihm so zu helfen, eine eigene Meinung zu bilden“, hob Götzl hervor.

Mit dem Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Preis zum Thema wirtschaftliche Bildung wurden die drei TV-Reportagen „Pizza International“, „Neue Bauern, altes Dorf“ sowie „Großmarkt der Betriebsamkeit“ der Medienwerkstatt Franken mit einem Gesamtpreisgeld in Höhe von 12.000 Euro ausgezeichnet. Die Jury aus Vertretern unterschiedlicher Mediengattungen hielt alle drei Beiträge in gleichem Maße für preiswürdig. In „Pizza International“ fangen Robert H. Schumann und Günther Wittmann mit der Kamera ein, wie Migranten in Nürnberg als Pizzalieferunternehmer im Berufsleben Fuß fassen.

In der TV-Reportage „Neue Bauern, altes Dorf“ richten Gerd

Vanselow und Winfried Schuhmann das Kameraauge auf Vorderhaslach auf der Hersbrucker Alb. Das Dorf hat sich dank des Unternehmergeists und der Eigeninitiative der Einwohner neu erfunden. Die TV-Dokumentation „Großmarkt der Betriebsamkeit“ zeigt das geschäftige Treiben auf dem Großmarkt Nürnberg in der Leyher Straße. Einen Tag lang begleiten Robert H. Schumann und Günther Wittmann die Menschen, die dort arbeiten: Sie alle sind Zeugen des Wandels der Zeit. Die drei Reportagen wurden im Verlauf des Jahres 2013 im Regionalsender Franken Fernsehen ausgestrahlt.

Die Gewinnerin des Hermann-Schulze-Delitzsch-Preises für Verbraucherschutz ist Susanne Schäfer. Sie erhält die mit 8.000 Euro dotierte Auszeichnung für ihre ZEIT-Titelstrecke „Alles unverträglich? Millionen Deutsche glauben, Brot, Milch oder Obst machten sie krank“ vom 21. November 2013. Darin beschäftigte sie sich mit der Angst der Menschen vor der Unverträglichkeit von Grundnahrungsmitteln. Sie setzte sich kritisch mit der Frage auseinander, ob Unverträglichkeiten nur eingebildet oder etwa zum Vorteil der Produzenten sind. Damit hat sie das Thema frühzeitig für einen breiten Leserkreis erschlossen.

## Energiegenossenschaften: Tendenz steigend!

**Joule - Das Fachmagazin für Erneuerbare Energien macht Energiegenossenschaften zum Titelthema**

**Wie Bürger, Kommunen und die lokale Wirtschaft bei Energiegenossenschaften Hand in Hand zusammenarbeiten können, zeigt das Titelthema des bundesweiten Fachmagazins aus dem Deutschen Landwirtschaftsverlag.**

In keinem anderen Sektor entstehen derzeit so viele Genossenschaften wie bei den erneuerbaren Energien. Der dezentrale Charakter der regenerativen Energien bietet Einzelpersonen, aber auch Bürgergruppen unterschiedliche Möglichkeiten, Energie-Projekte in ihrer Region zu realisieren. Oft werden sie dabei von der lokalen Wirtschaft unterstützt.

Vom „Haus der Energie“ im hessischen Odenwald über den Netzausbau in Bürgerhand an der Westküste Schleswig-Holsteins bis hin zur aktuellen Gründung der BürgerEnergie Berlin: die Beiträge zeigen Genossenschaften nicht nur als interessante Geschäftsmodelle für eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, sondern auch für die Übernahme von Stromnetzen.

**Die Beiträge sind online abrufbar unter <https://www.genossenschaftsverband.de/verband/presseservice/presseservice/publikationen/aktuelle-fachartikel>**

**GEMEINSAM  
"KRAFT  
ENTFALTEN!"**

**Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.**

**Wir machen den Weg frei.**

Gemeinsam kann man seine Ziele besser erreichen als allein. Das ist der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft. Wussten Sie eigentlich, dass Volksbanken Raiffeisenbanken auch Genossenschaften sind? Werden Sie Mitglied und profitieren Sie als Teilhaber Ihrer Bank von der Stärke unserer Gemeinschaft. Wir beraten Sie gern.

**Volksbanken Raiffeisenbanken**

[www.bayern.vr.de](http://www.bayern.vr.de)

## Ilse Aigner im Energie Campus Nürnberg

Die Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, besuchte kürzlich den Energie Campus Nürnberg (EnCN), um sich persönlich über den derzeitigen Stand der Energieforschung in der Metropolregion Nürnberg zu informieren. Ministerin Aigner zeigte sich überrascht und beeindruckt zugleich von der Vielseitigkeit der Forschungsthemen im Energie Campus und davon, was die Akteure des Energie Campus in so kurzer Zeit geschaffen haben.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler präsentierten der Ministerin mit praktischen Beispielen und Führungen durch ihre Labors den Fortschritt und Erfolg ihrer Tätigkeiten. Ilse Aigner zeigte großes Interesse und tauschte sich intensiv mit den Wissenschaftlern aus. Die Politikerin betonte, die Bayerische Staatsregierung werde eine Lösung für eine Fortführung nach Ablauf der Förderung 2016 finden, da der Energie Campus Nürnberg bereits viele Kompetenzen aufgebaut hat.

Der Energie Campus Nürnberg ist eine interdisziplinäre Energieforschungsplattform mit 6 Forschungsinstitutionen, 13 Fachrichtungen und 160 Mitarbeitern. Er verfolgt das Ziel, mit einer ganzheitlichen Betrachtung, die notwendigen Technologien für eine nachhaltige Energieversorgung, basierend auf regenerativen Energiequellen, zu schaffen. Der Bayerische Staat investiert dafür 50 Mio. Euro über 5 Jahre bis Ende 2016.

Ilse Aigner unterstrich mit ihrem Besuch die Bestrebungen der Bayerischen Staatsregierung, die Umsetzung der Energiewende konsequent voranzutreiben. Sie sei optimistisch, dass Bayern die Energiewende gelingen wird, sagte sie bei ihrem Besuch. Wichtig dabei sei nach ihrer Einschätzung, dass neue Technologien und Inno-

vationen auch konsequent im Markt implementiert werden.

„Der Besuch von Ilse Aigner im Energie Campus zeigt, wie wichtig es ihr als Bayerische Energieministerin ist, dass die Energiewende Früchte trägt und die Investitionen in Forschung und Entwicklung für die Energieversorgung der Zukunft auch sinnvoll eingesetzt werden. Insbesondere die hervorragende Unterstützung des Freistaats für die Forschung an energietragenden Stoffen (LOHC - Liquid Organic Hydrogen Carrier) für die Wasserstoffspeicherung zeigt, wie aktiv die bayerische Staatsregierung neue Ansätze unterstützt.“ freute sich Prof. Dr. Wolfgang Arlt, Sprecher des Energie Campus.

Aigner begrüßte die intensive Kooperation des EnCN mit anderen Energieforschungsprojekten und -einrichtungen in Nordbayern. „Durch diese enge Kooperation entstehen neue Möglichkeiten in der Region. Der Erfolg des Konzepts zeigt sich in den Zahlen. Nach weniger als 3 Jahren kooperiert der EnCN mit über 50 Unternehmen und hat Entwicklungsaufträge mit einem Volumen von mehr als 19 Millionen Euro unter Vertrag. Jetzt muss der dauerhafte Fortbestand dieser einzigartigen Forschungsinstitution gesichert werden“, betonte Dr. Jens Hauch, Geschäftsführer des EnCN. □



Der Bundesverband Wärmepumpe ließ Prominenz aus Politik, Wissenschaft und Industrie öffentlichkeitswirksam die „Energieeffizienz einschalten!“ Hier aus Züge: Thomas Herdan, Abteilungsleiter Energiepolitik - Wärme und Effizienz im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit BWP-Vorstandsvorsitzendem Paul Waning (v. l.). □

## BWP veranstaltete 12. Forum Wärmepumpe in Berlin

Energieeffizienz als entscheidende Säule der Energiewende

Bereits zum zwölften Mal trafen sich Vertreter von Politik, Wissenschaft und Industrie in Berlin zum zweitägigen „Forum Wärmepumpe“, das als größter deutscher Branchentreff mit einem interessanten Vortragsprogramm rund um die Nutzung von Umweltenergie aufwartete. Der zweite Veranstaltungstag stand dabei wie üblich ganz im Zeichen der Erdwärme.

An beiden Tagen zogen sich „Energiewende“ und „Energieeffizienz“ als zentrale Schlagworte durch das gesamte Vortragsprogramm, für das mit Thomas Herdan, Abteilungsleiter Energiepolitik - Wärme und Effizienz im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und den beiden MdB Carsten Müller und Dr. Georg Nüßlein drei ausgewiesene

Fachpolitiker als Referenten gewonnen wurden.

### Kritische Rückschau

In seiner Eröffnungsrede erlaubte sich der BWP-Vorstandsvorsitzende Paul Waning eine kritische Rückschau auf das erste Jahr der Großen Koalition. Diese sei mit viel Elan gestartet, aber dennoch hinke Deutschland seinen Zielvorgaben hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Reduktion und der Sanierungsquote im Gebäudebestand hinterher. Nur eine sektorenübergreifende Strategie für die Energiewende und ein geeignetes Maßnahmenpaket für den bislang sträflich vernachlässigten Wärmesektor könne die Bundesrepublik hier wieder auf Kurs bringen, mahnte Waning.

Neben förderpolitischen Anreizen müsse auch ein faires Energiepreisgefüge dazu beitragen, das große Potenzial der Wärmepumpe für die Energiewende zu erschließen: „Flexible Wärmepumpensysteme sind das ideale Bindeglied zwischen Strom- und Wärmemarkt, da sie nach dem Power-to-Heat-Prinzip angebots-gesteuert große Mengen erneuerbaren Stroms aufnehmen und thermisch zwischenspeichern können. So könnten Wärmepumpen einen wichtigen Beitrag leisten, mehr erneuerbare Energien in den Wärmemarkt zu bringen“, erläuterte der BWP-Vorstandsvorsitzende.

### Verbindung der Energiemärkte

Auch Dr. Rolf Martin Schmitz, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der RWE AG, machte in seinem Grußwort deutlich, dass die Verbindung der Energiemärkte dringend notwendig sei, da die steigenden Erzeugungskapazitäten für volatilen Wind- und Solarstrom dies unbedingt erforderlich machten. „Keine Energiewende ohne Wärmewende und keine Wärmewende ohne den Einsatz von Wärmepumpen“, forderte der RWE-Repräsentant.

Dr. Rolf-Michael Lükking vom Fraunhofer Institut für Bauphysik (IBP) sieht in der Umstellung auf Strom als Endenergie einen entscheidenden Effizienzhebel. Der Wissenschaftler erläuterte in seinem Vortrag: „Die Elektrifizierung des Verbrauchs – auch im Wärmesektor – ist neben der Reduktion des Nutzenergiebedarfs und dem Ausbau des regenerativen Energieangebotes eine tra-

### Bayernwerk:

## Erweiterung des Umspannwerks in Speichersdorf

Zwei Millionen Euro hat die Bayernwerk AG in die Erweiterung des Umspannwerks in Speichersdorf investiert, um die Sicherheit der Stromversorgung trotz der deutlichen Zunahme der Einspeisung regenerativer Energien zu gewährleisten.

Im regionalen Verteilnetz des Bayernwerks ist die Energiezufuhr ihrer Zeit voraus. „Bis heute hat das Bayernwerk mehr als 250.000 regenerative dezentrale Erzeugungsanlagen in sein Hoch- Mittel- und Niederspannungsnetz integriert. Dadurch transportieren wir in unserem Netz bereits heute über 50 Prozent regenerative Energie“, erklärt Rolf Freudenberger, Regionalleiter der Bayernwerk AG. Somit fließt im Stromnetz des Bayernwerks, das sich über zwei Drittel der Fläche Bayerns erstreckt, mehr regenerative, als konventionelle Energie.

### Weichenstellung für die Zukunft

„Über Jahre hinaus wird es in unserem Netzgebiet aber so sein, dass in sonnen- oder windintensiven Zeiten vor Ort mehr Strom aus dezentralen, regenerativen Anlagen erzeugt wird, als zeitgleich vor Ort verbraucht werden kann. Überschüssigen Regenerativ-Strom müssen wir dann über höhere Netzebenen abtransportieren“, erläutert Konrad Walter, Leiter Netzdienste Oberfranken. Dazu baut oder erweitert das Bayernwerk derzeit zahlreiche Umspannwerke, unter anderem das in Speichersdorf. Dort wurde das vorhandene Umspannwerk erheblich erweitert.

Konkret erfolgt sind der Ausbau eines 110.000-Volt-Schaltfeldes sowie der Einbau eines weiteren Netztransformators, der die Verbindung zwischen der 110.000-Volt (Hochspannungs)- und der 20.000-Volt

gende Säule der Energiewende.“ „Energieeffizienz einschalten!“ forderte passend dazu der Bundesverband Wärmepumpe in einer öffentlichkeitswirksamen Fotoaktion, bei der erste Details der neuen Wärmepumpen-Kampagne vorgestellt wurden.

### Neue Kampagne

Die Kampagne stellt ab 2015 drei Jahre lang die Themen Energieeinsparverordnung (EnEV), Energielabel und Heizungssanierung in den Fokus einer Vielzahl von Informationsangeboten für Verbraucher und Fachhandwerk.

Der ab nächsten September verpflichtenden Energiekennzeichnung widmeten sich am ersten Veranstaltungstag gleich zwei Fachreferenten: Marcos González-Álvarez beleuchtete die Verordnungen zu Ökodesign (ErP) und Labelling aus Sicht der EU-Kommission während Egbert Tippelt von der Viessmann Deutschland GmbH das Thema besonders praxisnah aufzog – und damit den Nerv der Branche traf, wie auch schon die Podiumsdiskussion zuvor nahelegte.

### Historische Chance

Moderiert von Hermann Falk (BEE), erörterten Vertreter von Industrie, Politik und Wissenschaft den EU-Fahrplan für die Wärmewende und wie Ökodesign und Energiekennzeichnung den Wärmemarkt verändern werden. Als eine „historische Chance“ bezeichnete Dr. Kai Schiefelbein von Stiebel Eltron die anstehenden Reformen und erläuterte: „Da Wärmepumpen extrem spar-

(Mittelspannungs)-Ebene herstellt. Außerdem wurde eine neue Mittelspannungsschaltanlage eingebaut.

### Neues Schalthaus

Da solche Anlagen aus sicherheitstechnischen Gründen nicht im Freien stehen dürfen, wurde in rund 20 Metern Entfernung vom bestehenden Betriebsgebäude hierfür ein neues Schalthaus errichtet. Die Schaltanlage bildet den Knotenpunkt zwischen den ankommenden und den abgehenden 20.000-Volt-Stromleitungen in einem Umspannwerk. An der Schaltanlage wurde ein zweites Erdschlussspulensystem angeschlossen. Dieses kann einen eventuell auftretenden Erdschluss löschen und im Fehlerfall die sichere Energieverteilung gewährleisten. Zudem wurden zwei Eigenbedarfstransformatoren integriert, die das Umspannwerk selbst mit 400 Volt Spannung versorgen werden.

### Hohe Investitionen

Besonders aufwendig waren die Elektromontage der 20.000-Volt-Anlage und der Ausbau des 110.000-Volt-Schaltfeldes, die während des Betriebs ausgeführt werden mussten, um die Region weiter versorgen zu können. Jetzt wurden die elektrischen Anlagen im Beisein von Thorsten Leusenrink, Geschäftsführer der Gemeinde Speichersdorf, offiziell in Betrieb genommen. Alleine für diese Maßnahme investiert das Bayernwerk rund 2 Millionen Euro in die Energiezukunft in der Region. □

sam mit den primärenergetischen Ressourcen umgehen, profitiert die Technologie von den verschärften Standards und der verbesserten Transparenz durch das gemeinsame Energielabel.“ Doch sei das Regelwerk für die Effizienzkennzeichnung durch die Vielzahl der verschiedenen Label und Stichtage sehr unübersichtlich und vom Fachpartner schwer in die Praxis zu übertragen. Industrie und Verbände seien deshalb gefordert, dem Handwerk geeignete Hilfestellungen zu leisten, so Schiefelbein.

### Bauen auf Erdwärme

Im Rahmen des Forums stellte der BWP auch die Kampagne „Bauen auf Erdwärme“ vor, die von den Mitgliedern des Erdwärme-Ressorts getragen wird. Erdwärme-Planer, -Bohrer und die Zulieferindustrie wollen im Rahmen der mehrjährigen Kampagne auf die Vorzüge der besonders effizienten Erdwärmenutzung aufmerksam machen. Herzstück der Kampagne ist die Internetseite [www.bauen-auf-erdwaerme.de](http://www.bauen-auf-erdwaerme.de). Hier finden Verbraucher praxisnahe Informationen, können sich vorbildliche Referenzanlagen anschauen und nach Experten in Ihrer Nähe suchen. Kampagnenpartner können auf der Website eine Reihe von individualisierbaren Broschüren und Marketing-Materialien bestellen. Im kommenden Jahr wird im Rahmen der Kampagne eine komplette Erdwärmeanlage verlost. Bewerber können sich bei Dr. Kai Schiefelbein, die bereit sind, den gesamten Planungs- und Installationsprozess medial begleiten zu lassen. □

## Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei über 50 Prozent. Bis heute haben wir mehr als 240.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

[www.bayernwerk.de](http://www.bayernwerk.de)

bayernwerk



## Effiziente Energieversorgung erhöht lokale Standortattraktivität

Gewinn für die Infrastruktur: Energie Südbayern ermöglicht Versorgung von Siegsdorf, Vachendorf und Bad Adelholzen mit Erdgas

Als günstiger und effizienter Energieträger ist Erdgas in der Region Südbayern weiter auf Erfolgskurs. Im Rahmen einer Neueröffnung durch die Energienetze Bayern GmbH ermöglicht die Energie Südbayern GmbH seit Ende Oktober die Versorgung der Gemeinden Siegsdorf, Vachendorf und Bad Adelholzen im oberbayerischen Landkreis Traunstein mit Erdgas. Mit einer Inbetriebnahmefeier zur „Ersten Flamme“ wird die örtliche Erdgasversorgung offiziell aufgenommen.

Mit Informationen rund um die Themen Energieversorgung und Heiztechnologien fand in Siegsdorf im Beisein aller Projektbeteiligten die offizielle Inbetriebnahme der lokalen Erdgasversorgung statt.

### Konzessionsverträge

Die Voraussetzungen für die Erschließung der Ortschaften mit Erdgas sind bereits 2013 durch Konzessionsverträge zwischen den Gemeinden Siegsdorf und Vachendorf mit Energie

Südbayern geschaffen worden.

### Positive Resonanz

Der regional verwurzelte Energiedienstleister und seine für Planung, Erhalt und Betrieb der Erdgasinfrastruktur zuständige Netzgesellschaft Energienetze Bayern erhielten durchweg positive Resonanz auf den Bau der Erdgasleitung. Die Vorteile der neu entstehenden Energieversorgung nützen nicht nur bereits ansässigen Bürgern, öffentlichen Einrichtungen und Betrieben, die Gemeinde wird

damit auch für weitere Industrie- und Gewerbeansiedlungen attraktiv – denn Standorte wie Siegsdorf und Vachendorf profitieren beim Thema Energie von den neuen effektiven Infrastrukturen.

### Zahlreiche Vorteile

„Auch das Juni-Hochwasser des letzten Jahres hat die besondere Qualität und die zahlreichen Vorteile von Erdgas als sicheren, umweltverträglichen Energieträger deutlich aufgezeigt“, erläutert Anton Erb, Geschäftsführer von Energienetze Bayern, „nicht nur die ansässigen Produktionsbetriebe, auch die hochwassergefährdeten Bereiche an der Traun erhalten mit Erdgas eine kostengünstige und umweltverträgliche Alternative im Wärmemarkt.“ In zahlreichen geschädigten Gebieten vor

Ort wurden Öl- und Pelletheizanlagen bereits durch Erdgasheizungen ersetzt.

### Interesse und Unterstützung durch örtliches Gewerbe

„Für die Region und die Kunden vor Ort bietet Erdgas als günstiger, effizienter und zukunfts-trächtiger Energieträger zahlreiche Vorteile und erhöht nachweislich die örtliche Standortattraktivität“, erklärt Werner Bähre, Geschäftsführer von Energie Südbayern, „als erfahrener Partner in Sachen kommunaler Energieversorgung freuen wir uns, dass wir Siegsdorf, Bad Adelholzen und Vachendorf beim Ausbau einer leistungsfähigen Erdgasversorgung begleiten dürfen.“

### Ehrgeiziges Projekt

Rund 14 Kilometer an Leitungen sind in den vergangenen Monaten unterirdisch verlegt worden – an das Erdgasnetz angeschlossen wurden auch Firmen wie die Adelholzener Alpenquellen, Brückner Maschinenbau, nowofol Kunststoffprodukte und die Siegsdorfer Petrusquelle. Diese Gewerbebetriebe haben mit ihrem bekundeten großen Interesse maßgeblich dazu beigetragen, das ehrgeizige Projekt in Angriff zu nehmen. Weitere Netzanschlüsse für Wohn- und Geschäftshäuser sollen danach je nach Witterung und Kapazitäten zeitnah realisiert werden. Informationstafeln in den Rathäusern von Siegsdorf und Vachendorf zeigen den Trassenverlauf der Erdgasleitung im Detail.

Weitere Informationen zu Anschlussmöglichkeiten erhalten Interessenten in den Rathäusern oder direkt bei Energienetze Bayern (info@energienetze-bayern.de, Tel. 089/68003-401). □



2017 wird Block B und 2021 mit Block C der letzte nukleare Stromproduzent in Gundremmingen vom Netz gehen. Bild: hj

## Ein Konzert zum Abschied

Auf Initiative des ehemaligen Leiters des Gundremminger Kernkraftwerkes Dipl.-Ing. Reinhardt Ettmeyer schlossen sich vor 28 Jahren Mitarbeiter aus Technik, Betriebswirtschaft und anderer Berufszweige aus allen Bereichen der Energiewirtschaft zusammen. Heraus kam das Sinfonieorchester „Camerata Nucleare“.

Musik liebende und Musik ausübende Laien trafen sich dreimal pro Jahr für ein Wochenende zu intensiven Proben meist in einer „Baracke“ des Kernkraftwerkes in Gundremmingen oder an den jeweiligen Aufführungsorten.

Seit der Gründung wurde das Kammerorchester vom 1935 in Mährisch Ostrau geborenen Jaroslav Opela geleitet. 1958 wurde er bereits als jüngster Dirigent in der Tschechoslowakei Leiter der Staatlichen Philharmonie in Zlín. Zuletzt war Opela Direktor des Münchener Rundfunkorchesters, zuvor u.a. Assistent des Chefdirigenten des Münchner Sinfonieorchesters Lorin Maazel.

Nach zahlreichen Auftritten von Camerata Nucleare in Deutschland und Europa und

Einspielen vier CDs war nun der letzte Auftritt im Kaisersaal des Klosters Wettenhausen. Die Energiewende und schwindende Auftrittsmöglichkeiten sowie nicht nur altersbedingter Mitglieder-schwund führten nun zum schmerzlichen Ende. Die Orchestermitglieder freuten sich aber besonders, dass dieses Abschiedskonzert im Kloster Wettenhausen stattfand. Wurden dort nicht nur erfolgreiche Konzerte gestaltet, sondern auch CD-Aufnahmen eingespielt.

Schade, dass es vorbei ist, darüber waren sich alle Besucher einig. Die reichlich eingegangenen Spenden flossen dem Erhalt des prachtvollen Kaisersaales des Wettenhauser Klosters der dortigen Dominikanerinnen zu. Hj

## Die SWK als Arbeitgeber – heute und morgen

Innovation, Mitarbeiter und Kundenorientierung – auf diese Handlungsfelder legt die STADTWERKE KELHEIM GmbH & Co KG (SWK) ihren Fokus, um den Umbruch im Energiesektor erfolgreich bewältigen und mitgestalten zu können. Darüber informierte Geschäftsführer Christian Kutschker im Rahmen einer Pressekonferenz, in der auch langjährige Mitarbeiter geehrt wurden.

Deutschland kann sich bis 2050 fast komplett aus Erneuerbaren Energien versorgen. Der Weg zu diesem Ziel bedeutet jedoch, dass die Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Energie neu geordnet werden muss. Hauptakteure sind die kommunalen Energieversorger, die bereits heute an Geschäftsmodelle jenseits des Vertriebs von Strom und Wärme denken müssen und gefordert sind, Innovationen für die Energiewende zu entwickeln.

### Qualifizierung der Mitarbeiter

Ein Schwerpunkt bei der SWK ist deshalb die Qualifizierung und Kompetenzentwicklung der Mitarbeiter, wie Geschäftsführer Christian Kutschker erklärte. Denn sie müssen in die Lage versetzt werden, sich jederzeit auf die rasanten und oft unvorhersehbaren Entwicklungen im Energiesektor einstellen zu können. „Die Ausbildung unseres eigenen Nachwuchses ist die Grundlage unserer Personalstrategie. Damit sichern wir langfristig unseren Unternehmenserfolg. Gleichzeitig sehen wir es auch als unsere gesellschaftliche Pflicht an, jungen Menschen eine Zukunftschance zu geben“, erläuterte Kutschker.

### Hohe Identifikationskraft

Die SWK als kommunales Unternehmen ist bestrebt, vor allem für die Menschen aus der Region ein attraktiver und sozial verantwortungsvoller Arbeitgeber zu sein. „Unsere Mitarbeiter engagieren sich für die Bürger ihrer Heimat und bieten dabei Produkte und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Unsere Arbeitsplätze werden deshalb als sinnstiftend empfunden und bewirken so eine hohe Identifikationskraft mit dem Unternehmen“, betonte der Geschäftsführer. Bei der SWK werden derzeit vier junge Menschen in den Berufen Industriekaufmann, Anlagenmechaniker (Fachrichtung: Rohrsystemtechnik) und Elektroniker für Betriebstechnik (Fachrichtung Energieverteilungsanla-

gen/-netze) ausgebildet. Nach Einschätzung des Geschäftsführers stecken in der Energiewelt von Morgen - die geprägt sein wird von intelligenten Netzen, der Fusion von Energieflüssen und Informationstechnologien sowie von virtuellen Kraftwerken - weitere faszinierende Aufgabenfelder.

### Sechs Mitarbeiter feierten im Herbst Dienstjubiläum

Die SWK ist außerdem bestrebt, die Kundenorientierung kontinuierlich zu verbessern, führt Christian Kutschker aus. „Wir sehen unsere Kunden als Partner, mit denen wir eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.“ Für die verschiedenen Dienstleistungsbereiche der SWK gibt es jeweils speziell geschulte, persönliche Ansprechpartner; außerdem ist der Bereich Vertrieb ausgebaut und optimiert worden. Die neu geschaffene Stelle „Unternehmenskommunikation“ trägt zur transparenten Außendarstellung der SWK bei.

Der Erfolg des Personalmanagements der SWK zeigt sich aber auch durch eine geringe Fluktuation und die durchwegs lange Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter. So konnten Christian Kutschker und Martina Bretl, Leiterin des Personalmanagements, im Herbst sechs Mitarbeitern zum Dienstjubiläum gratulieren: Auf 15 Jahre bei der SWK blicken Sabine Melbig und Patrick Stadtherr zurück, 25 Jahre gehören Gerhard Hinz, Ludwig Dechant, Wilhelm Halbritter und Barbara Kreitzick bereits dem Unternehmen an.

### Junge Ingenieurin treibt Innovationsprojekte voran

Ein Schlüssel für den Unternehmenserfolg von Morgen ist laut Christian Kutschker der Bereich „Innovation“. „Dieser wiederum hängt maßgeblich mit den Mitarbeitern zusammen.“ Bei der SWK sind Innovationen gefragt, die der Energiewende den Weg bereiten. 2014 wurde deshalb in der Abteilung „Wasser & Erneuerba-

re“ die Stelle einer „Referentin Innovation“ geschaffen und mit Sina Paulus, Absolventin des Studiengangs „Regenerative Energien und Energieeffizienz“, besetzt. Unter Federführung der jungen Ingenieurin konnte 2014 das Forschungsprojekt „RONT“ erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel des Projekts war es, die Aufnahmefähigkeit des Stromnetzes zu erhöhen, um neue dezentrale Stromerzeugungsanlagen anschließen zu können. In Kooperation mit der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg entwickelte die SWK einen regelbaren Ortsnetztransformator (RONT), der bereits konkreten Einsatz fand: Im Netzbereich von Thaldorf konnte damit eine Photovoltaik-Anlage an das Stromnetz der SWK angeschlossen werden.

### Innovationen für das „Stromnetz 2.0“

Sina Paulus betreut ein weiteres Innovationsprojekt der SWK, das ebenso mit den neuen Anforderungen an das „Stromnetz 2.0“ zu tun hat. „Das Stromnetz muss gewissermaßen intelligent werden, um Informationen zwischen den Erzeugern und Verbrauchern austauschen zu können“, erklärte Kutschker. Im Projekt „Micro Smart Meter“ entwickelt deshalb ein Team aus Firmen, der OTH Regensburg und der SWK ein intelligentes Messgerät, einen so genannten Micro Smart Meter, der - ähnlich wie ein Adapter - an Haushaltsgeräte angeschlossen wird und im ständigen Datenaustausch mit dem Energieversorger steht. Dadurch wird es möglich, regulierend in das Netz einzugreifen, um die Laststeuerung managen zu können.

### Energiewende als Chance

„Die Energiewende wird zu recht als die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts betrachtet. Im Mikrokosmos der Stadtwerke lassen sich bereits jetzt wesentliche Veränderungen ablesen – nicht zuletzt an der Entwicklung unserer Personalstruktur und unserer Aufgabenprofile“, betonte Christian Kutschker und ergänzte: „Wir sehen die Herausforderungen der Energiewende als Chance, die Entwicklung unserer Region wesentlich mitgestalten zu können.“ □

## Energie Südbayern. Regionaler Partner der Kommunen.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

www.esb.de/kommunen

Gemeinsam stark.  
Kommunale  
Partnerschaften.

ENERGIE SÜDBAYERN

VERBUND-Stromakademie:

## Versorgungssicherheit, Leistung und Nachhaltigkeit

Erstmals führte die VERBUND AG eine Stromakademie für Journalistinnen und Journalisten durch. Eveline Fitzinger, Regionale Kommunikationsmanagerin für Oberösterreich und Bayern, informierte im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München einmündig über Österreichs größtes Stromunternehmen, das sich in Deutschland derzeit auf Platz zwei befindet und bayernweit sogar die Nummer eins ist. Der Geschäftsbereich des österreichischen Unternehmens umfasst die Felder Stromerzeugung, -übertragung, -handel und -vertrieb sowie Energiedienstleistungen, wobei der allgemeine Fokus auf Wasserkraft liegt, begleitet von Windkraft und dem Übertragungsnetz.

Die VERBUND AG deckt 40 Prozent des Strombedarfs in Österreich ab, davon 90 Prozent nur aus erneuerbarer Wasserkraft. Bei einer Jahreserzeugung von 5,8 Mrd. kWh bringt es das Unternehmen auf ca. 400 Mitarbeiter in Deutschland, sowie 25 bis 35 Mio. Euro, die jährlich für Betrieb und Instandhaltung investiert werden.

### Fokus auf Wasserkraft

Die VERBUND AG betreibt 14 Wasserkraftwerke am bayerischen Inn und acht weitere an Grenzstrecken von Inn und Donau. Des Weiteren unterhält sie einen Windpark in Rheinland-Pfalz, ebenso in Österreich, Bulgarien und Rumänien mit einer Gesamtleistung von 400 MW in allen vier Ländern zusammen. Außerdem gibt es in Österreich auch noch Gas- und Steinkohlekraftwerke, ein Ölfem-

heizkraftwerk bei Graz, das bereits geschlossen wurde, ein Gaskombikraftwerk Mellach, ebenfalls bei Graz, das vermutlich bald temporär geschlossen wird sowie das Steinkohlekraftwerk Dürnrohr bei Wien. Letzteres wird auch bald dauerhaft abgeschaltet, danach werden von der VERBUND AG nur noch Wasser- und Windkraftanlagen betrieben.

### Übertragungsnetzbetreiber APG

Zur Frage, wie sicher die Stromversorgung in einem zunehmend volatilen Stromsystem ist, nahm Gerhard Christner, Vorstand von Austrian Power Grid (APG) Stellung. Hier geht es um den Netzausbau, Erneuerbare Energien (EE) und Speichermöglichkeiten, das Zusammenspiel von Markt und Netzbetrieb, die gestiegenen Anforderungen an das Übertra-

gungsnetz als Rückgrat der sicheren Stromversorgung sowie um die Versorgungssicherheit bzw. die installierte Kraftwerkskapazität.

### Aufgaben

Die Austrian Power Grid AG (APG) ist Österreichs Übertragungsnetzbetreiber, eine 100 % VERBUND-Tochter, die aber vollkommen unabhängig handelt. Das Übertragungsnetz hat eine Leitungslänge von rund 3.500 km, beschäftigt 450 Mitarbeiter und benötigt ein Jahres-Investitionsvolumen von 200 Mio. Euro. Zu den Aufgaben der APG gehören ein sicherer und zuverlässiger Netzbetrieb, der Netzausbau und die Netzentwicklung, außerdem Markterweiterung, Prognose und Integration von „neuen“ Erneuerbaren.

Die Netzebenen des Übertragungsnetzes mit Spannungen von 220 kV und 380 kV sind durchverbunden in ganz Europa und dementsprechend überregional, während alle darunter liegenden Netzebenen bis 220 kV dem regionalen Verteilnetz zugeordnet werden. Ohne hier groß auf technische Details einzugehen, lässt sich allgemein sagen: Je höher die Spannungsebene, desto geringer der Verlust.

APG betreibt in Österreich die

Netzebenen 380 kV und 220 kV, sowie ca. 1000 km 110 kV. Das restliche Verteilnetz wird von kleineren Betreibern unterhalten. Zudem ist die APG Mitglied des ENTSO-E, European Network of Transmission System Operators for Electricity, zu deutsch: Vereinigung der europäischen Übertragungsnetzbetreiber. Hier geht es um die Organisation des internationalen Strombetriebs und die direkte synchrone Verbindung der europäischen Übertragungsnetze. Entwickelt wird hier beispielsweise ein 10-Jahres-Netzentwicklungsplan für Europa, der als Grundlage für den europäischen Strommarkt dienen soll.

Jan Cupal, Innovation Manager der VERBUND Solutions GmbH, behandelte in seinem Vortrag „New Business: Zukunftsweisende Lösungen: neue Anwendungen für Stromkonsumenten“ die Themen dezentrale Anlagen, sprich dezentrale Stromerzeugung und Speicherung sowie neue Speichertechnologien, Energieeffizienz und E-Mobilität, Stromveredelung und Power to heat.

### Strommarkt heute

Stephan Sharma, Bereichsleiter Energiewirtschaft und Geschäftssteuerung der VERBUND AG, informierte seinerseits über den „Strommarkt heute und leistbare Lösungen für morgen“. Laut Sharma befindet sich der europäische Strommarkt derzeit in einem tiefgreifenden Umbruch, die Energiewende sei ausgelöst worden durch die Atomkatastrophe von Fukushima, die unter anderem Deutschlands Kernausstieg und die Stilllegung diverser Kernkraftwerke zur Folge hatte. „Eine drastische Veränderung“, so Sharma, machte die Kernenergie 2011 doch noch 25 % der gesamten Erzeugung aus.

Seitdem wurden Erneuerbare Energien wie Wind und Solar durch Förderungen in den Markt gedrängt, während die Stromnachfrage aufgrund von Energieeffizienzmaßnahmen niedrig blieb. So werden durch das Zusammenwirken von Kohlekraftwerken, EE und der niedrigen Nachfrage die Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt.

Die zentrale Fragestellung lautet also: Kann man mit dem bestehenden Marktdesign unter diesen Rahmenbedingungen die Versorgungssicherheit in Zukunft noch aufrechterhalten? Zunächst einmal gibt es Sharma zufolge drei zentrale energiepolitische Ziele: die Versorgungssicherheit, die Leistung und die Nachhaltigkeit; hier müsse allerdings stets die Balance gehalten werden, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings leider nicht der Fall sei.

Bei der Versorgungssicherheit dürfe die Spitzennachfrage, die in

Deutschland aktuell bei 83 GW liegt, die gesicherte Leistung, derzeit 90 GW, zu keinem Zeitpunkt übersteigen. Dies wird nach Sharmas Angaben voraussichtlich bis 2020 nicht der Fall sein, danach fallen allerdings die gesicherten Kapazitäten aufgrund des Kernenergieausstiegs stark ab. Bis zum Jahr 2030 wird sich ein Defizit von ca. 32 GW gebildet haben.

### Angespannte Situation

Speziell in Bayern ist die Situation bereits angespannt, führte der Bereichsleiter weiter aus. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie sei es am stärksten betroffen, da der Anteil der Kernenergie in Bayern 50 % der Gesamterzeugung betrage.

Die gesamte im Freistaat installierte Kraftwerksleistung macht ca. 27 GW aus, davon sind allerdings nur 13 GW gesichert. Diese 13 GW entsprechen aktuell auch der Spitzennachfrage, wodurch kein Überschuss zwischen Höchstlast und gesicherter Kraftwerksleistung mehr besteht.

Die gesicherten Kapazitäten werden bedingt durch den Kernenergieausstieg weiter abnehmen, somit wird bis 2023 ein Defizit von 4 GW entstehen, d. h. „Bayern kann seine Spitzennachfrage bald nicht mehr alleine decken“, machte Sharma deutlich. Um dann Stromausfälle zu vermeiden, würden flexible Kraftwerke und Netze benötigt. Betrachte man allerdings die fehlenden 4 GW in Bayern zusammen mit dem österreichischen Überschuss von 6 GW, so bestünde gemeinsam betrachtet sogar eine leichte Überkapazität bei effizienter Nutzung und gemeinsamer Netzreserve. Hierin könnte auch eine mögliche Lösung des Problems bestehen, meinte der VERBUND-Repräsentant.

### Neue Erzeugungskapazitäten

Sharma verwies darauf, dass in Deutschland ab 2020 neue Erzeugungskapazitäten benötigt werden, in Bayern sogar noch früher, allerdings seien augenblicklich keine Investitionsanreize vorhanden. Die einzige, heutzutage noch wirtschaftliche Technologie sei Braunkohle, allerdings habe diese auch die höchsten Emissionen. Produktionskosten für andere Kraftwerke - siehe Gas - lägen deutlich über dem aktuellen Strompreis und seien somit nicht wirtschaftlich. Darüber hinaus liege die installierte Leistung von Wind und Photovoltaik bereits über der Nachfrage, wodurch ein weiterer Ausbau nicht zwangsläufig sinnvoll sei. Außerdem seien die EE nicht gesichert, da sie beispielsweise nur bei Sonnenschein verfügbar sind, aber nicht rund um die Uhr.

Was die Leistung betrifft, so sind in Deutschland die Stromgroßhandelspreise aufgrund der Steuern und Abgaben, die ca. 40 % der Gesamtkosten betragen, extrem hoch. In den USA sind es vergleichsweise höchstens 4 %. Außerdem entstehen durch massive Förderungen im Energiebereich hohe Stromkosten.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit erklärte Sharma, dass die Gaspreise konstant hoch blieben, während die Kohlepreise aufgrund verschiedener Faktoren frapperend gefallen seien, ebenso wie der Strompreis, der hauptsächlich vom Kohlepreis beeinflusst wird. Auch der CO<sub>2</sub>-Preis sei wegen des Überangebots, das sich durch die Förderung der EE ergab, massiv eingebrochen. Braun- und Steinkohle hätten zwar wesentlich geringere Produktionskosten als Gas, „allerdings verhält es sich im Hinblick auf die Emissionen genau umgekehrt“.

### Unkoordinierte Politik

Augenblicklich sei die europäische Energiepolitik unkoordiniert, es lägen verschiedene, jeweils nur auf nationaler Ebene umgesetzte Marktdesigns vor, ein EU-Strombinnenmarkt, der ein Einsparungspotential von ca. 65 Mrd. Euro hätte, sei bisher nicht existent.

Der von Sharma vorgeschlagene Lösungsansatz Energy Only Market 2.0 sieht als Sicherheit einen forcierten Netzausbau, die Integration der Verbraucher und eine gemeinsame Netzreserve vor. Um der Leistungsfähigkeit nachzukommen, seien ein integrierter EU-Energiebinnenmarkt sowie eine vollständige Marktorientierung nötig. Das Ziel der Nachhaltigkeit wäre mit einem CO<sub>2</sub>- und Substitutionspreis, einer Aufgabe weiterer EE-Ziele und der schrittweisen EE-Integration erfüllt.

### Woher kommt der Strom?

Im Anschluss erläuterte Dr. Karl Heinz Gruber, VERBUND Hydro Power GmbH, in seinem Vortrag „Woher kommt der Strom?“ technologische, ökonomische und ökologische Grundlagen der Stromerzeugung aus Wasser sowie Aspekte der zentralen und dezentralen Stromerzeugung. Im Folgenden stand Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender VERBUND, den Anwesenden im „Kamingespräch“ Frage und Antwort.

Fazit: Europas Status als Wirtschaftsstandort ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, eine koordinierte europäische Energiepolitik mit klarer Marktorientierung aufzubauen und das Gleichgewicht zwischen Versorgungssicherheit, Leistung und Nachhaltigkeit wiederherzustellen. NOS

### Stadtwerke und erdgas schwaben:

## Kooperation im Visier

Möglicherweise werden die Stadtwerke Augsburg und Erdgas Schwaben künftig eng zusammenarbeiten. Sogar eine Fusion steht im Raum. Wie diese Kooperation aussehen kann, wurde in einer Machbarkeitsstudie mit dem Arbeitstitel „Energierstandort 2015“ erarbeitet, die im Rahmen einer Pressekonferenz im Augsburger Rathaus vorgestellt wurde.

Personalpolitisch sind die Weichen für die Kooperation bereits gestellt: Neuer Geschäftsführer bei den Stadtwerken Augsburg (swa) ist Erdgas-Schwaben-Chef Klaus-Peter Dietmayer. Er hat sein Amt am 1. August angetreten. Zusammen mit Geschäftsführer Dr. Walter Casazza bildet er eine Doppelspitze.

Wie Dietmayer und Casazza übereinstimmend betonten, werden sich die Liberalisierung des Energiemarkts, die Komplexität der Regulierung und die Herausforderungen der Energiewende in Zukunft auf die Kosten und damit auf die Profitabilität von Energieunternehmen auswirken. Vor diesem Hintergrund sei es vorausschauend und verantwortungsvoll, heute aus einer Position der Stärke heraus zu überlegen, wie beide Unternehmen trotz des schwierigen Marktumfelds für die Zukunft noch sicher und nachhaltiger erhalten und ausgebaut werden können.

### Bündelung der Kräfte

Für Dietmayer passen beide Unternehmen perfekt zusammen: „Beides sind Versorgungsunternehmen, die ihren Sitz in Augsburg haben und beide sind komplett in kommunaler Hand.“ Die Stadtwerke Augsburg gehören zu 100 Prozent der Stadt, Erdgas Schwaben ist zu 35 Prozent in Besitz der Stadtwerke Augsburg, die restlichen 65 Prozent gehören der Thüga, einem Zusammenschluss von Stadtwerken. Durch die kommunale Trägerschaft könnten beide Unternehmen langfristig denken, argumentierte Dietmayer.

Dietmayer und Casazza ließen keinen Zweifel daran, dass mit einer Bündelung beider Kräfte der gemeinsame Energieweg gestärkt und die Unabhängigkeit von großen Energiekonzernen gesichert werden könnte – fachlich ebenso wie wirtschaftlich. So

ließen sich durch eine Reduzierung doppelter Kosten und Aufwendungen neue Kräfte freisetzen und bündeln. „Mit diesen könnten wir gemeinsam Zukunftsthemen wie zum Beispiel Smart X, Smart Meter, Power-to-Gas und Power-to-Heat viel aktiver fördern und weiterentwickeln. Und zwar in einer höheren Qualität als ein Unternehmen alleine dazu im Stande wäre. Auch für die Kunden soll durch die Zusammenarbeit ein Mehrwert entstehen.“

### Langfristige Chancen

„Gemeinsam im Team sind die Möglichkeiten, neue Ideen zu verfolgen und langfristige Ziele zu erreichen, einfach größer als im Alleingang“, zeigten sich Dietmayer und Casazza überzeugt. Die wachsende Marktkraft zweier in der Region beheimateter Unternehmen ermögliche viele Chancen:

- Langfristige Stärkung beider Unternehmen, um gemeinsam in einem immer schwieriger werdenden Markt besser bestehen zu können.
- Sicherung regionaler Arbeitsplätze im gesamten Energiebereich
- Mehr Entfaltung- und Entwicklungspotenziale für die Mitarbeiter der beteiligten Unternehmen
- Weiterhin sichere und faire Energieversorgung für die Bürger der Region
- Intelligente Verzahnung mit Standortprojekten wie Innovationspark und Kompetenzzentrum Umwelt
- Technologischer Fortschritt durch gemeinsames Handeln
- Wahrnehmung des Energierstandortes weit über die regionalen Grenzen hinaus.

Die Kooperation soll freilich nicht um jeden Preis entstehen. Die Stadt Augsburg hat im Vorfeld der Machbarkeitsstudie Vorgaben

festgesetzt, die es für die Unternehmen zu beachten gilt: Es sollte ergebnisoffen diskutiert und die Bereiche Wasser und Verkehr sollten von einer möglichen Kooperation ausgeschlossen werden. Gleichzeitig wurden betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Kein negativer Einfluss auf den steuerlichen Querverbund im swa-Konzern lautet eine weitere Prämisse.

Unter diesen Voraussetzungen kam die Studie zu dem Ergebnis, dass eine Fusion das größte Synergiepotenzial für die Energieunternehmen hätte. Auf 9,5 bis 11,3 Millionen Euro wird das Potenzial geschätzt. Ein Joint Venture wird momentan als die am wenigsten relevante Möglichkeit eingeschätzt, mit einem Synergiepotenzial von 2,6 Millionen Euro. Als dritte Möglichkeit steht eine strategische Partnerschaft im Raum, die monetär betrachtet mit 1,3 Millionen Euro das geringste Potenzial birgt.

Doch entschieden ist bislang noch nichts. Die Machbarkeitsstudie „Energierstandort 2015“ wird am 20. November Thema im Stadtrat sein. Die Räte entscheiden, ob und in welche Richtung weiter an der Kooperation gearbeitet wird. Bis März 2015 soll die favorisierte Form der Kooperation ausgearbeitet sein. Im April entscheidet der Stadtrat, ob das Konzept tatsächlich umgesetzt wird. Eine etwaige Fusion würde dann in mehreren Schritten bis 2019 verwirklicht werden.

Die Stadt wäre zu 70 bis 80 Prozent Anteilseigner. Die restlichen 20 bis 30 Prozent würden der Thüga gehören, einem Verbund von rund 100 deutschen Stadtwerken. Die Thüga ist heute zu 65 Prozent Anteilseigner an erdgas schwaben.

Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl äußerte sich „sehr interessiert daran, Verbesserungspotenziale aufzudecken.“ Er wünsche sich, dass Gestaltungsräume für Verbesserungen geschaffen werden – „aber nicht um jeden Preis“, stellte das Stadtoberhaupt klar. „Ob ich überzeugt von der Kooperation bin, weiß ich erst im April.“ DK

### BayWa Energie Dienstleistungs GmbH:

## Erwerb sämtlicher Contractingverträge der Biber Biomasse GmbH

Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH, eine 100%-Tochter der BayWa AG, München, hat jetzt sämtliche Contractingverträge der Biber Biomasse GmbH aus Geiselhöring (Landkreis Straubing-Bogen) übernommen. Mit dem Erwerb verbunden sind die Übernahme aller Heizwerke, die mit Holzhackschnitteln befeuert werden, die angeschlossenen Nahwärmenetze sowie die dazugehörige Brennstofflogistik. Über den Kaufpreis haben die Parteien Stillschweigen vereinbart.

Die Biber Biomasse GmbH hat sich in den vergangenen Jahren als konzernunabhängiger Anbieter auf die Wärmelieferung hauptsächlich aus Erneuerbaren Energien vor allem in Süddeutschland spezialisiert und versorgt im Rahmen von Contractingverträgen vorwiegend Kunden der öffentlichen Hand.

Unter anderem gehören der Freistaat Bayern - mit dem größten bayerischen Contractingauftrag zur Versorgung der Justizvollzugsanstalt Straubing - und diverse Landkreise und Städte zu den Kunden der Biber Biomasse GmbH. Diese wurden aktuell

ebenfalls von der BayWa übernommen.

Gerhard Stierstorfer, Geschäftsführer der Biber Biomasse GmbH, führt dazu aus: „Die Energiemärkte der Zukunft verändern sich nachhaltig. Da in diesem Umfeld für mittelständische Unternehmen eine Stärkung der Kernkompetenzen unerlässlich ist, haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen.“

Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH ist die auf Wärmelieferung und Contracting spezialisierte Tochterfirma im BayWa-Konzern. BayWa AG Vorstandsmitglied Roland Schuler erläutert

dazu: „Mit der Übertragung der Wärmelieferprojekte der Biber Biomasse GmbH auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH können wir das Engagement im Bereich der Wärmelieferung aus regenerativen Energien im kommunalen und gewerblichen Bereich weiter gewinnbringend ausbauen.“

Dass der Einsatz regenerativer Energien in der Wärmelieferung wirtschaftlich ist, hat die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH auch in früheren Projekten, z.B. im Gesundheitswesen, schon mehrfach gezeigt. Der Wärmelieferungsanteil aus regenerativen Energien konnte mit der Übernahme auf über 80 % gesteigert werden. Und Geschäftsführer Dr. Schaefer ist sich sicher: „Die Energiewende im Wärmemarkt ist eine große Herausforderung – hier können wir unsere Stärken gezielt für unsere Kunden einsetzen.“ □

Projekt „Smart Grid Solar“:

## ZAE Bayern stellte Testgelände in Arzberg der Öffentlichkeit vor

Das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) hat im oberfränkischen Arzberg ein Testgelände für das Projekt „Smart Grid Solar“ eröffnet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Das an das öffentliche Stromnetz angebundene Testgelände beherbergt neben verschiedenen Photovoltaik-Systemen auch einen Redox-Flow-Speicher und einen Elektrolyseur (Wasserstoffspeicher). Auf dem Testgelände soll das intelligente Zusammenspiel von Photovoltaik-Anlagen, Speichern und dem Verteilnetz untersucht werden – also ein sogenanntes Smart Grid. Partner des Projekts sind neben den Städten Hof und Arzberg auch Energieversorger sowie Unternehmen aus der Industrie.

Die Wissenschaftler des ZAE Bayern, das das Projekt „Smart Grid Solar“ federführend betreut, wollen mithilfe des Testgeländes die verschiedenen Einflussgrößen untersuchen, die sich im Zusammenspiel der verschiedenen Bausteine eines intelligenten Stromnetzes erge-

ben. Dazu gehören die Beeinflussung von Stromerzeugungsprofilen, die Steuerung und Regelung von Teilen des Verteilnetzes durch dezentrale und zentrale Zwischenspeicher, die Nutzung von intelligenten, gesteuerten Verbrauchern und Erzeugern im betrachteten System

und die Implementierung des Gesamtsystems im Marktumfeld.

### Idealer Stadtteil

Für das Testgelände ist der Arzberger Stadtteil Schlottenhof ideal geeignet, denn er besitzt bereits jetzt eine hohe Anzahl von Solarstrom-Dachanlagen. Kommen zukünftig noch weitere regenerative Energieerzeuger hinzu, müsste das öffentliche Stromverteilsystem verstärkt werden. Um Einspeisespitzen glätten zu können und zum Ausgleich der fluktuierenden Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien ist ein intelligentes Zusammenspiel von kurzfristig nutzbaren Speichern zur Netzstabilisierung, langfristig nutzbaren Speichern zur saisonalen Verschiebung von elektrischer Energie und zuverlässigen Systemen zur Wetterprognose sowie des zu erwartenden Stromverbrauchs der umliegenden Haushalte notwendig.

### Solarstrom als Basis

Das Testfeld beherbergt eine Reihe von Komponenten, anhand derer kontrolliert erneuerbare Energien im Stromnetzgebiet bereitgestellt werden können. Basis für die Steuerung bildet der auf dem Testfeld sowie im Ortsteil erzeugte Solarstrom. Zur Zwischenspeicherung der erzeugten Energie stehen zwei

Speichersysteme zur Verfügung. Eine kurzfristige Pufferung von Energie ist mit dem Redox-Flow-Speicher und mit Kleinspeichern auf Basis von Blei-Gel-Batterien, die im Stadtteil Schlottenhof verteilt sind, möglich.

Eine längerfristige saisonale Speicherung wird mit Wasserstoff als Trägerstoff in einer Wasserstoff-Baugruppe ermöglicht. Diese Baugruppe besteht aus einem Elektrolyseur und zukünftig auch aus einem LOHC Speicher in Verbindung mit einer Brennstoffzelle. Durch die messtechnische Anbindung des Testfeldes an das Verteilnetz Schlottenhof, ist eine bedarfsgerechte netzdienliche Einspeisung der erzeugten Energie möglich. Die dafür nötige Intelligenz für die Regelung der genannten Komponenten wird im Projekt Smart Grid Solar erforscht und im Testfeld erprobt.

### „Smart Grid Solar“

Die feierliche Eröffnung des Testgeländes mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft nutze das ZAE Bayern auch, um das Projekt „Smart Grid Solar“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Anwohnerinnen und Anwohner aus Arzberg konnten das Testgelände besichtigen und sich einen Eindruck davon verschaffen, wie die Energieversorgung in Deutschland mit den heutigen Möglichkeiten der Technik intelligent gesteuert werden kann.

### Kofinanzierung

Das Forschungsvorhaben „Smart Grid Solar“ wird von der Europäischen Union aus dem Fonds für regionale Entwick-



## S-Finanzgruppe zu Gast beim AKDB Kommunalforum

Unter dem Motto „Digitale Verwaltung – innovativ und bürgernah“ hatte die AKDB Kunden und Partner aus der kommunalen Landschaft zu einem neuen Veranstaltungsformat in die 5.000 Quadratmeter große Halle des Münchner MVG-Museums eingeladen. Umgeben von Werkstattatmosphäre, historischen Arbeitsfahrzeugen, Straßenbahnen und Bussen präsentierten die AKDB und ihre Ausstellungspartner genau die Themen, die Kommunen bewegen. Die S-Finanzgruppe als Zahlungsverkehrs-Partner der AKDB informierte beispielsweise über ihr Angebot im Bereich ePayment.

Unser Bild zeigt von links: Marion Scholtz, SVB, Klaus Geiger, Bayerischer Landkreistag, Andrea Bastian, SVB, Günther Titte, SVB und Hermann Stengele, GF GiroSolution. Ein ausführlicher Bericht über das AKDB Kommunalforum folgt in Ausgabe 24 der Bayerischen Gemeindezeitung. □

lung und vom Freistaat Bayern mit knapp 7 Millionen Euro kofinanziert. Neben Arzberg ist auch der Ortsteil Epllas in Hof ein weiterer Projektstandort. Weitere Infos zum Projekt „Smart Grid Solar“ unter [www.smart-grid-solar.de](http://www.smart-grid-solar.de) □

## Internationale Klimaschutzauszeichnung für VERBUND

Top-Ergebnis bei den diesjährigen CDP Climate Leadership Awards in München

VERBUND wurde jüngst im Rahmen der CDP Climate Leadership Awards in München für seine Erfolge bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen und für seinen aktiven Umgang mit den wirtschaftlichen Risiken des Klimawandels ausgezeichnet und erstmals in den CDP Climate Performance Leadership Index aufgenommen. Darüber hinaus überholt VERBUND mit 99/100 Punkten im Bereich der transparenten Berichterstattung zu Emissionsdaten und Klimaschutzleistungen einmal mehr als bestes Unternehmen seiner Branche in der D-A-CH-Region namhafte deutsche und Schweizer Energieunternehmen.

„Als eines der klimafreundlichsten Stromunternehmen Europas sind wir Vorreiter bei der Decarbonisierung der Stromerzeugung. VERBUND selbst investiert nicht mehr in CO<sub>2</sub>-emittierende Technologien. In diesem Sinne bestätigt uns diese ausgezeichnete Beurteilung und die Aufnahme in den CDP Climate Performance Leadership Index“, freut sich VERBUND-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Anzengruber.

### Ausgezeichnete Beurteilung

Klimawandel und Rendite schließen sich nicht aus. Ganz im Gegenteil, die ökonomische Relevanz des Klimawandels nimmt zu und hat auch immer stärkeren Einfluss auf die Performance von Unternehmen am Kapitalmarkt. CDP bewertet im Auftrag von mittlerweile 767 internationalen Investoren, die ein Drittel des weltweit investierten Kapitals repräsentieren, weltweit börsennotierte Konzerne. Von fast 2.000 beurteilten Unternehmen wurden heuer lediglich 178 in den CDP Climate Performance Leadership Index aufgenommen. VERBUND ist einer von weltweit 12 Energieversorgern und eines der beiden einzigen österreichischen Unternehmen im Index.

### Professionelle Behandlung der Risiken

Climate Performance Leaders werden für ihre Erfolge bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie für ihre professionelle Behandlung der Risiken des Klimawandels ausgezeichnet. Die Unternehmen investieren in neue Technologien und haben im Jahr 2013 gemeinsam eine Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen in der Höhe von 33 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> erreicht – bei gleichzeitig beeindruckenden wirtschaftlichen Ergebnissen.

Die Ergebnisse der Bewertungen durch CDP in Form von erreichten Punkten in verschiedenen Kategorien stehen weltweit Investoren und Entscheidungsträgern zur Ver-

fügung, unter anderem über Bloomberg Terminals.

VERBUND ist auch in der Kategorie der Transparenz und Nutzbarkeit der veröffentlichten Emissionsdaten und Unternehmensstrategie führend. Mit 99 von maximal 100 Punkten ist VERBUND gemeinsam mit OMV das beste österreichische Unternehmen (Country Leader) und liegt damit 27 Punkte über dem österreichischen Durchschnitt.

VERBUND ist ebenso in D-A-CH als Sector Leader bester Energieversorger sowie Index Leader im ATX (gemeinsam mit OMV). Damit hat das führende österreichische Stromunternehmen, das auch in Bayern größter Erzeuger von Strom aus Wasserkraft und wichtigster Lieferant von Grünstrom in Deutschland ist, auch namhafte deutsche Energieunternehmen wie E.ON oder RWE hinter sich gelassen.

### Klimaschutzstrategien

Im Zuge der Award-Verleihung in der BMW Welt in München diskutierten Unternehmensvertreter von DAX, MDAC, SMI und ATX über ihre Klimaschutzstrategien. Auch die mehrfache Schwimm-Olympiasiegerin Britta Steffen – die auch Wirtschaftsingenieurin für Umwelt und Nachhaltigkeit ist – sprach über ihre Erfahrungen im Hochleistungssport beim Verfolgen und Erreichen langfristiger ambitionierter Ziele.

### Führende Klimadatenbank

Das Carbon Disclosure Project bewertet weltweit die Berichterstattung börsennotierter Unternehmen zu Treibhausgasemissionen und Klimaschutz. CDP stellt die weltweit führende Klimadatenbank, die auf Initiative von 767 internationalen Investoren beruht, dar. CDP kooperiert mit Investoren, um Investitionsmöglichkeiten transparenter und Risiken der globalen Erderwärmung vergleichbar zu machen und zu reduzieren. □



## Tausendsassa.

Auf allen Geräten zuhause: Generation SYNERGO.

Fachamtsleiter Gerald S. ist oft auf Außentermin und auch privat viel unterwegs. Dass er je nach Situation auf Arbeitsplatz-PC, Tablet oder Smartphone zurückgreift, ist für ihn längst gelebte Realität.

Die Zeiten ändern sich. Unsere Technologien auch: Internetfähige Endgeräte wie Tablets und Smartphones revolutionieren Gewohnheiten und Nutzerverhalten. Dienste und Informationen werden zunehmend online, mobil und rund um die Uhr abgerufen. Diese Erwartungshaltung macht weder vor Rathäusern, noch vor Landratsämtern und Bezirksverwaltungen halt. Ob mobiler Zugriff auf kommunale Kennzahlen und Dokumente während der Gemeinderatssitzung, medienbruchfreie Inventarisierung per Tablet oder nahtlos integrierte eGovernment-Dienste über das Bürgerservice-Portal – die neu entwickelte SYNERGO-Produktgeneration bringt Fachverfahren und Online-Dienste immer besonders einfach und anwenderfreundlich auf alle Geräte: vom stationären Arbeitsplatz für den professionellen kommunalen Anwender bis zur Bürgerservice-App.

Neugierig? Dann überzeugen Sie sich, wie lebensnah und zukunftssicher die Fachverfahren der SYNERGO-Generation sind.

[www.akdb.de/synergo](http://www.akdb.de/synergo)

**NEU**  
Entdecken Sie jetzt die neuen Fachverfahren OK.GEWERBE, OK.JUS, OK.VERKEHR und viele weitere zukunftssichere Lösungen auf Basis SYNERGO.

**AKDB**  
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

## Green Factory Allgäu: Ein Leuchtturmprojekt

Experten loben energieautarke Produktions- und Ausbildungshalle von Müller in Ungerhausen

Die weltweit erste energieautarke Produktions- und Ausbildungshalle der Müller Produktions GmbH in Ungerhausen, die so genannte Green Factory Allgäu, ist in den Augen von Wissenschaftlern ein leuchtendes Beispiel für die gelebte Energiewende. Bei einer Fachveranstaltung zur Technischen Gebäude-Ausrüstung (TGA) lobten sämtliche Referenten den 2.800 m<sup>2</sup> großen Neubau als einzigartiges Modellprojekt mit Vorbildcharakter für ganz Europa.

„Mit Ihrer Halle verwirklichen Sie bereits Forderungen, die wir unter dem Gesichtspunkt der Energieflexibilität an moderne Produktionsstätten stellen. Sie können sich mit ihrem innovativen Konzept schnell und flexibel an kurzfristige Änderungen des Energiemarktes anpassen“, lobte Diplom-Wirtschaftsingenieur Emin Genc, Gruppenleiter Adaptive Produktionsorganisation beim Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik (IWU) mit Sitz in Augsburg.

**Kosten: 2,5 Mio. Euro**

Zur TGA-Fachveranstaltung der Müller Produktions GmbH waren über 100 Fachplaner und

**WFG-Ziel:**

## Gemeinsamer Geothermie-Verband

Bei der Mitgliederversammlung des Wirtschaftsforum Geothermie e.V. (WFG) in Essen haben sich die Unternehmen erneut für eine engere Zusammenarbeit mit dem GtV-Bundesverband Geothermie e.V. (GtV-BV) ausgesprochen. Ziel ist ein gemeinsamer Verband.

Ein möglicher Zusammenschluss mit dem GtV-BV ist von den Mitgliedern des Wirtschaftsforum Geothermie e.V. positiv aufgenommen worden. Der neue Verband wird mit seinen Niederlassungen in Augsburg und Berlin den Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen Erfolg der Erdwärmenutzung legen. Schlank, schlagkräftig und bestens vernetzt soll die zukünftige Organisation sein. Eine endgültige Entscheidung über eine Fusion wird nächstes Jahr erfolgen.

**Vereinte Stärken**

„Ich bin hochofregiert über die positive Stimmung der WFG-Mitglieder zu einem Zusammengehen zwischen WFG und GtV-BV. Die WFG-Mitglieder sehen die Stärken beider Verbände vereint. Die Geschäftsstellen arbeiten immer enger zusammen und informieren Politik und Öffentlichkeit über die Interessen der Geothermie-Branche. Ich möchte allen WFG-Mitgliedern ausdrücklich für den intensiven Austausch über die Struktur und Prämissen des zukünftigen Verbandes danken und für ihre Offenheit, gemeinsam neue Wege zu gehen. Die Unternehmen haben noch viele Detailfragen – etwa zu Satzung, Vereinslogo und Finanzen – die sich in den nächsten Monaten bei weiteren Sondersitzungen und dem intensiven Austausch mit unseren Mitgliedern sicher klären werden“, betont der WFG-Vorstandsvorsitzende Dr. Erwin Knapke. In einem nächsten Schritt werden die künftigen Aufgabengebiete der beiden Geschäftsstellen endgültig festgelegt. Gleichzeitig werden die konkreten juristischen Fragen des Zusammenschlusses erörtert.

Der WFG-Vorsitzende und Präsident des GtV-BV Dr. Erwin Knapke war bei der GEO-T Expo und dem Geothermiekongress „DGK“ in Essen ein gefragter Ansprechpartner zur Zukunft der Geothermie-Branche in Deutschland. Knapke betont auch die Bedeu-

tuung des fachlichen Austauschs in Essen: „Ich danke den Veranstaltern und Organisatoren dieses wichtigen internationalen Branchentreffs: Denn mit dem umfangreichen Programm von GEO-T Expo und DGK wird Wirtschaft wie Wissenschaft erreicht, sowohl aus der Tiefen- wie der oberflächennahen Geothermie. Ausländische Delegationsbesuche sowie Messe-Foren wie jene für Architekten und Ingenieure, für Investoren und Versicherungen oder auch für kommunale Entscheider setzen wichtige thematische Schwerpunkte für die Fachbesucher. Hier wird über wirtschaftliche Strategien und Forschungsziele diskutiert – all das ist wichtig für das erfolgreiche Vorankommen der jungen Geothermie-Branche. Zumal das Ruhrgebiet mit seinen vielen ehemaligen Bergwerken umfangreiches tiefegeothermisches Potenzial bietet.“

Die Energiekosten und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sinken damit auf Null, außerhalb der Produktionszeiten wird die gewonnene Energie über ein 8.000 Meter langes Rohrsystem in einen

**Innovative Systeme**

Die Müller Produktions GmbH produziert in Ungerhausen in erster Linie versorgungstechnische Komponenten, wie zum Beispiel PE-Bauteile für Geothermie wie Erdsondenanlagen oder Erdkolektoren, Rohrleitungssysteme aus Stahl und Edelstahl oder Gehäusekomponenten für Windkraftanlagen und Wärmepumpen. Im Bereich der Lüftungstechnik stellt Alois Müller unter anderem Lüftungskanäle, Luftaustausssysteme und Sonderkomponenten für Lüftungsanlagen her. Auch für die Kühlung von Werkzeugmaschinen bietet das Unternehmen aus Memmingen innovative Systeme an. Außerdem dient die Green Factory in Ungerhausen als Ausbildungshalle für den Nachwuchs der Unternehmen der Müller-Gruppe.

**Energiewende pur**

„Was bei Ihnen in Ungerhausen stattfindet, das ist Energiewende pur. Wir sind stolz, dass wir bei diesem Projekt dabei sein dürfen“, erklärte Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied des Energieversorgers Lech-Elektrizitäts-Werk (LEW) aus Augsburg. Wie Schürmann erklärte, lag im Jahr 2013 in Bay-

**Basis und Schnittstelle**

Die in der Tiefengeothermie führenden rund 40 deutschen und Schweizer Unternehmen finden sich seit dem Jahr 2006 unter dem Dach des Wirtschaftsforums Geothermie (WFG) zusammen. Der Verband ist Basis und Schnittstelle für den interdisziplinären Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder. Ingenieure, Finanziers, Planer und Geologen bündeln hier ihr Expertenwissen. Zudem sind alle aktiven deutschen Strom- und die meisten Wärmeprojekte im WFG vertreten. Das WFG hat sich daher über die gesamte Bandbreite der Branche hinweg als kompetenter Ansprechpartner gegenüber der Politik positioniert.

Vorsitzender des WFG ist Dr. Erwin Knapke (Vizepräsident Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.), seine Stellvertreter sind Dr. Peter Seibt (Geothermie Neuland Brandenburg GmbH) und Dr. Thomas Kölbel (EnBW Energie Baden-Württemberg AG). □

großen Pufferspeicher im Betonkern der Halle gespeichert oder ins allgemeine Stromnetz eingespeist und vergütet.

„Wir mussten schon viel Durchsetzungsvermögen beweisen, zum Beispiel, als es um die Kühlung unseres Laserroboters ging. Der Hersteller wollte partout eine zusätzliche Kühlmachine installieren, aber wir haben darauf bestanden, die dafür nötige Energie aus unserem Heiz- und Kühlkreislauf der Halle zu verwenden, also unser Wasser aus dem Tiefenbrunnen. Allein durch diese Maßnahme sparen wir beim Betrieb des Roboters auf einen Schlag 80 % der üblichen Energiekosten ein“, sagte Andreas Müller, Geschäftsführer der Müller Produktions GmbH, der den Gästen das Hallenkonzept vorstellte.

**Innovative Systeme**

Die Müller Produktions GmbH produziert in Ungerhausen in erster Linie versorgungstechnische Komponenten, wie zum Beispiel PE-Bauteile für Geothermie wie Erdsondenanlagen oder Erdkolektoren, Rohrleitungssysteme aus Stahl und Edelstahl oder Gehäusekomponenten für Windkraftanlagen und Wärmepumpen. Im Bereich der Lüftungstechnik stellt Alois Müller unter anderem Lüftungskanäle, Luftaustausssysteme und Sonderkomponenten für Lüftungsanlagen her. Auch für die Kühlung von Werkzeugmaschinen bietet das Unternehmen aus Memmingen innovative Systeme an. Außerdem dient die Green Factory in Ungerhausen als Ausbildungshalle für den Nachwuchs der Unternehmen der Müller-Gruppe.

**Energiewende pur**

„Was bei Ihnen in Ungerhausen stattfindet, das ist Energiewende pur. Wir sind stolz, dass wir bei diesem Projekt dabei sein dürfen“, erklärte Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied des Energieversorgers Lech-Elektrizitäts-Werk (LEW) aus Augsburg. Wie Schürmann erklärte, lag im Jahr 2013 in Bay-

**Basis und Schnittstelle**

Die in der Tiefengeothermie führenden rund 40 deutschen und Schweizer Unternehmen finden sich seit dem Jahr 2006 unter dem Dach des Wirtschaftsforums Geothermie (WFG) zusammen. Der Verband ist Basis und Schnittstelle für den interdisziplinären Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder. Ingenieure, Finanziers, Planer und Geologen bündeln hier ihr Expertenwissen. Zudem sind alle aktiven deutschen Strom- und die meisten Wärmeprojekte im WFG vertreten. Das WFG hat sich daher über die gesamte Bandbreite der Branche hinweg als kompetenter Ansprechpartner gegenüber der Politik positioniert.

Vorsitzender des WFG ist Dr. Erwin Knapke (Vizepräsident Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.), seine Stellvertreter sind Dr. Peter Seibt (Geothermie Neuland Brandenburg GmbH) und Dr. Thomas Kölbel (EnBW Energie Baden-Württemberg AG). □

ern der Beitrag regenerativer Stromerzeugung bereits bei 34 %, bis zum Jahr 2021 ist ein Anstieg auf 50 % geplant. Die Region Bayerisch-Schwaben zähle mit zu den Vorreitern, denn die LEW liege bundesweit auf Platz 10, was die installierte Leistung aus erneuerbaren Energiequellen anbelangt.

Wie wichtig die exakte Erfassung und Auswertung der Leistungsdaten beim Betrieb der Green Factory sind, das erklärte Günther Huber als Vertreter der Siemens AG. „Durch das Monitoring können die Produktionsabläufe in der Halle so optimiert werden, dass energieintensive Arbeiten eben dann erledigt werden, wenn ein Energieüberschuss ansteht, also beispielsweise an sonnenreichen Tagen. Über ein abgestimmtes Lastenmanagement lässt sich das problemlos steuern. Durch unsere Auswertung sieht man auch, dass die Halle in Ungerhausen im Jahr für Gebäude und Produktion ca. 200 MWh an Energie benötigt, im Gegenzug aber übers Jahr eine Energiemenge von 350 MWh produziert wird“, so der Experte.

Andreas Müller freut sich indes über möglichst viele Nachahmer und appelliert an das Bewusstsein der Unternehmer: „Wer in neue Betriebs- und Produktionsstätten investiert, der kann mit einem sehr überschaubaren Aufwand diese Gebäude energetisch optimieren. Sobald Gebäude aus Beton gebaut werden, sollte man sich sofort fragen, ob man dieses Betonbauwerk nicht gleich als Beton-Energiespeicher verwenden will“.

**Alois Müller GmbH und Müller Produktions GmbH: Energie im Fokus**

Die Alois-Müller-Firmengruppe ist innerhalb der vergangenen 40 Jahre vom traditionellen Familienbetrieb zum mittelständischen Unternehmen mit über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewachsen. Das Unternehmen gilt als Spezialist für Anlagenbau, Energie- und Gebäudetechnik (Heizung, Lüftung, Sanitär und Klimatechnik) und durfte sein Know-how bei vielen interessanten Projekten unter Beweis stellen. So waren die Spezialisten der Alois Müller GmbH unter anderem am Neubau der Allianz Arena in München sowie der SGL-Arena in Augsburg beteiligt.

<http://www.alois-mueller.com> □

**bbiv-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid:**

## Bayern muss die Chancen der Wasserkraft voll nutzen!

„Bayern muss die großen Potenziale der bayerischen Wasserkraft zur Energieerzeugung umfassend nutzen! Auf keinen Fall dürfen die Ausbauziele halbiert werden“, so Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, zur Absicht der Bayerischen Staatsregierung, die Stromerzeugung durch Wasserkraft in Bayern bis 2011 nur noch um acht statt vorher 16 Prozent zu steigern.

Dabei weise die Wasserkraft gerade für Bayern ein enormes Potenzial zur Stromerzeugung auf. Thomas Schmid: „Die Wasserkraft ist grundlastfähig und eine bayernweit verfügbare Energiequelle.“ Nur mit dem massiven Ausbau der Wasserkraft erscheint es überhaupt realistisch, dass Bayern auch künftig seinen Energieverbrauch aus bayerischen Energiequellen decken kann, so Schmid: „Es ist daher im bayerischen Interesse, die Wasserkraft vollumfänglich zu nutzen. Konkret bedeutet das, bestehende Anlagen zu modernisieren und zu erweitern sowie neue Anlagen zu bauen und dabei neueste Technologien zur Stromerzeugung einzusetzen.“

Schmid erinnerte an die Bedeutung des bayerischen Bauingenieurs Oskar von Miller, der als Wasserkraftpionier die Grundlage für die Elektrifizierung des Freistaats gelegt habe. Die Tradition dieses Erfindergeistes gelte es fortzusetzen – nicht zuletzt im Sinne der ökologischen Belange. „Hier können bayerische Bauingenieure moderne Lösungen z. B. By-Pässe für die Fischaufstiege anbieten. Gleichzeitig lässt sich der Ausbau der Wasserkraft mit Maßnahmen des Hochwasserschutzes verknüpfen. Solche Synergieeffekte darf man nicht verschenken“, unterstrich Schmid. □

## Messetour „Energie für Bayern: sicher, bezahlbar, sauber“

Staatssekretär Franz Josef Pschierer würdigt das Engagement von Bürgern für die Energiewende in Bayern

Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, hat in Nürnberg symbolisch zwei Projekte mit Bürgerbeteiligung als „Gestalter der Energiewende“ ausgezeichnet. Anlass war der Start der bis Herbst 2015 andauernden Messetour „Energie für Bayern: sicher, bezahlbar, sauber“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums auf der Consumenta.

„Für eine erfolgreiche Energiewende holen wir die Bürger an Bord. Das kennzeichnet unseren Messeauftritt in doppelter Weise: Zum einen haben wir ein umfassendes Informationsangebot gestaltet, das sich an alle Bürger in Bayern richtet – dazu tourt unser Messestand unter dem Motto „Energie für Bayern: sicher, bezahlbar, sauber“ durch den gesamten Freistaat. Und zum anderen stellen wir auf dem Messestand erfolgreiche Projekte vor, die zeigen, wie engagierte Bürger als „Gestalter der Energiewende“ in Bayern aktiv sind“, sagte Staatssekretär Pschierer am Messestand.

**„Gestalter der Energiewende“ zeigen die Energiewende in der Praxis**

Die erste Auszeichnung nahm Dr. Gerhard Brunner von der Agenda 21 Gruppe Schwabach entgegen, die Bürger dazu bringt, sich an Photovoltaikprojekten zu beteiligen. „Wir gestalten Anlagen auf Dachflächen oder auch auf Konversionsflächen wie ehemaligen Mülldeponien. Damit zeigen wir: Der Ausbau erneuerbarer Energien geht auch ohne erhöhten Flächenverbrauch“, erklärte Brunner. Die zweite Plakette mit der

Aufschrift „Gestalter der Energiewende“ übergab der Staatssekretär an Erwin Keller, den Vorstand der Ökoenergie AG, die größere Windparkprojekte gemeinsam mit Bürgern plant und diese auch finanziell beteiligt.

**Bürgerwindpark**

„Für unseren Bürgerwindpark Gollhofen-Rodheim gründeten wir eine eigene GmbH & Co KG in der sich 275 Bürger und Familien zusammengeschlossen haben. Das Projekt ist somit komplett im Besitz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort“, sagte Keller. Die Plakette erhalten im Rahmen der Messetour Projekte aus ganz Bayern, die in den Kernbereichen Energie erzeugen, Energie verteilen, Energie sichern und Energie nutzen die Energiewende voranbringen.

Erneuerbare Energien decken in Bayern aktuell bereits rund ein Drittel des Energiebedarfs. Damit erzielt Bayern einen Spitzenwert im bundesdeutschen Vergleich. Zum erfolgreichen Ausbau von Wind- und Solarkraft, aber auch zur vermehrten energetischen Nutzung von Biomasse tragen in Bayern vielfach auch engagierte Bürger vor Ort bei. □

## N-ERGIE unterstützt Forschungsprojekt zum Thema Energiespeicher

Der diesjährige Förderpreis der N-ERGIE Aktiengesellschaft an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm geht an ein Forschungsprojekt zum Thema Energiespeicher. Mit dem Preis, der mit 4.000 Euro dotiert ist, unterstützt die N-ERGIE das Projekt „Auswertung der Messergebnisse des ersten 100 m<sup>3</sup> vakuum-gedämmten Wärmespeichers“ unter der Leitung von Prof. Klaus Hofbeck von der Fakultät Angewandte Mathematik, Physik und Allgemeinwissenschaften (AMP).

Neben dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung, dem Netzausbau und der Energieeffizienz ist die Speicherung von Energie ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen der Energiewende. Auch die N-ERGIE investiert in einen Wärmespeicher, den das Unternehmen derzeit auf seinem Kraftwerksgelände in Nürnberg-Sandreuth baut und der 33.000 Kubikmeter (m<sup>3</sup>) Wasser fasst.

Seit dem Jahr 2005 zeichnet die N-ERGIE mit ihrem Förderpreis jährlich wegweisende Studien- und Forschungsprojekte der Technischen Hochschule Nürnberg aus und unterstreicht damit ihre intensive und über viele Jahre gewachsene Verbundenheit mit der Hochschule.

**Neuartiger Speicher**

Mit dem diesjährigen Förderpreis unterstützt die N-ERGIE Prof. Hofbeck und seine Arbeitsgruppe bei den weiteren Forschungen an dem Versuchsspeicher in Sengenthal bei Neumarkt in der Oberpfalz. Bei diesem neuartigen Langzeitspeicher in einer kleinen Baugröße von 100 m<sup>3</sup> handelt es sich um einen Heißwasserspeicher mit einer innovativen Speicherhülle, die aus so genannten Vakuum-Isolationspaneelen (VIP) besteht.

Mit Hilfe dieser hochdämmenden Vakuumisolation ist es möglich, die externen thermi-

schon Verluste von Wärmespeichern zu reduzieren. Das spezielle Material hat im Vergleich zu konventionellen Dämmstoffen wie Styropor oder Mineralwolle eine bis zu zehnfach geringere Wärmeleitfähigkeit.

Die Wärmeverluste an dem Versuchsspeicher sind im Vergleich zu bisherigen Speichern vergleichbarer Größe daher deutlich geringer. Bei gleicher Dämmstärke geht dadurch wesentlich weniger Energie verloren und das Nutzvolumen vergrößert sich.

**Langzeitvalidierung**

Ziel des Forschungsprojekts der Technischen Hochschule ist es, für die Überführung der VIP-Heißwasserspeichertechnologie in ein praxistaugliches Industrieprodukt eine Langzeitvalidierung am Versuchsspeicher durchzuführen. Dabei wollen die Forscher Langzeitmessdaten über mehrere Monate aufzeichnen und auswerten, um damit die Standfestigkeit der Speicherhülle genauer bewerten zu können. Hierzu wird der Speicher beispielsweise auf eine Temperatur von über 80 Grad Celsius aufgeheizt. Anhand der Temperaturabnahme des Speichers über die Zeit können die Forscher auf die Wärmeleitfähigkeit der Speicherhülle schließen.

[www.th-nuernberg.de](http://www.th-nuernberg.de) □

# Ruf nach optimaler Ausstattung

Landesverbandsversammlung des LfV Bayern e.V. in Bad Kissingen

Die 21. Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. fand heuer im unterfränkischen Bad Kissingen statt. Neben den über 320 Delegierten der Kreis-, Stadt- und Bezirksfeuerwehrverbände sowie der Jugendfeuerwehr nahmen auch zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Hilfsorganisationen an der Veranstaltung teil.

Ehregast war Innenminister Joachim Herrmann. Er eröffnete die Feuerwehraktionswoche, die unter dem Motto der Kampagne 2014/15 „Mach Dein Kind stolz. Komm zur Freiwilligen Feuerwehr!“ mehr Aufmerksamkeit auf das Thema Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr lenken und das Bewusstsein in der Bevölkerung schärfen soll, dass allein in Bayern fast 320.000 ehrenamtliche Feuerwehrfrauen und -männer in ihrer Freizeit allen Bürgern in Bayern helfen.

Mehr denn je sei die Tagesalarmverfügbarkeit bei den über 7.700 Feuerwehren von größter Wichtigkeit, so der Verband. Sie garantiere auch weiterhin, „dass die Freiwilligen Feuerwehren in Bayern die einzige Hilfsorganisation sein wird, welche innerhalb nur weniger Minuten effizient und kompetent Hilfe leisten kann“.

Um dies auch in Zukunft garantieren zu können, zielt die neue Kampagne auf Quereinsteiger ab, die idealerweise zwischen 20 und 40 Jahre alt, beruflich gefestigt und Eltern von einem oder mehreren Kindern sind. Diese für den LfV optimale Zielgruppe wurde im Vorfeld der Kampagnenentwicklung bayernweit befragt und analysiert, um dadurch deren Beweggründe zu erfahren, die dazu führen könnten, Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr zu werden. Daraus entstand der strategische Ansatz, die Zielgruppe über deren Kinder anzusprechen und zum Nachdenken zu bringen.

Der LfV Bayern unterstützt mit der bayernweiten Kampagne zur Mitgliederwerbung bereits seit 2011 die Feuerwehren im Freistaat Bayern. Die Kampagnen werden dabei maßgeblich durch das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr finanziert.

## Steigende Einsatzzahlen

Im öffentlichen Teil der Verbandsversammlung informierte LfV-Vorsitzender Alfons Weinzierl über die umfangreiche Verbandsarbeit und sprach gegenüber Staatsminister Herrmann aktuelle Probleme im Feuerwehrwesen an. Weinzierl verwies zunächst darauf, dass bayerische Feuerwehren steigende Einsatzzahlen verzeichnen: Waren es vor zehn Jahren jährlich noch rund 190.000 Einsätze, so leisteten die bayerischen Feuerwehren im vergangenen Jahr insgesamt über 285.000 Einsätze. „Allein beim Hochwasser 2013 wurde in 21 Landkreisen Katastrophalarm ausgelöst. Dabei leisteten über drei Wochen hinweg rund 78.000 ehrenamtliche Feuerwehrmänner und -frauen an 24.900 Einsatzstellen über 930.000 ehrenamtliche Einsatzstunden. Das war der flächenmäßig größte Einsatz in der Geschichte der Bayerischen Feuerwehren!“, berichtete Weinzierl. Bei den 285.000 Alarmierungen 2013 seien die täglich fast 800 Einsätze zwischen Aschaffenburg und Passau und zwischen Hof und Lindau gewesen.

Weinzierl zufolge sind in Bayern 97 Prozent der Feuerwehren Freiwillige Feuerwehren, d. h. mehr als 320.000 ehrenamtliche Feuerwehrleute bei rund 7.700 Freiwilligen Feuerwehren rücken in ihrer Freizeit zu einem Alarm aus. Zur großen Zahl der Freiwilligen Feuerwehren kommen in Bayern noch die sieben Berufsfeuerwehren in den Großstädten Augsburg, Fürth, Ingolstadt, Mün-

chen, Nürnberg, Regensburg und Würzburg. Zu den Aufgaben der Feuerwehren zählt nicht nur das Löschen von Bränden, sondern auch eine immer weiter steigende Anzahl von technischen Hilfeleistungen. Die technische Hilfeleistung umfasst eine große Bandbreite von Aufgaben, wie beispielsweise die Tierrettung, die Bergung von Personen aus Unfallfahrzeugen, der Einsatz mit Gefahrstoffen oder bei Naturkatastrophen.

Zu folgenden Einsätzen wurden die bayerischen Feuerwehren in 2013 insgesamt alarmiert: ca. 20.100 Brandeinsätze; ca. 141.000 Technische Hilfeleistung, davon ca. 16.300 First Responder-Einsätze; ca. 55.000 Rettungsdiensteinsätze; ca. 5.100 Freiwillige und sonstige Hilfeleistung; ca. 22.000 Fehllarme sowie ca. 42.500 Sicherheitswachen. Allein bei den über 20.000 Brandeinsätzen konnten im vergangenen Jahr durch die Feuerwehren 2.300 Menschen gerettet werden.

„Es waren über 20.000 Menschen im letzten Jahr, die ohne den Einsatz der bayerischen Feuerwehren vielleicht nicht mehr leben würden. Diese Zahlen sprechen für sich und die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung durch den Freistaat und die Kommunen. Denn nur mit einer optimalen Ausstattung können die Freiwilligen Feuerwehren diese große Zahl an Einsätzen absolvieren. Und eines darf man nicht außer Acht lassen: Sie sichern mit ihrer unentgeltlichen Leistung ein ehrenamtliches System, das Leben rettet!“, erklärte Weinzierl.

## Feuerschutzsteuer

Ein weiteres Hauptaugenmerk richtete der Vorsitzende auf die Feuerschutzsteuer, die auf Versicherungsprämien erhoben werden, die vollständig oder teilweise die Gefahren durch Feuer abdecken. Die Steuereinnahmen dürfen nur zweckgebunden für die Förderung des Brandschutzes und des Technischen Hilfsdienstes eingesetzt werden. Der LfV Bayern forderte hier bereits seit längerer Zeit, dass die Freiwilligen Feuerwehren in Bayern eine höhere Förderung für den Kauf von Fahrzeugen und den Bau von Gerätehäusern erhalten.

Besonders finanzschwache Kommunen benötigten mehr Geld vom Staat, um die gestiegenen Kosten für eine moderne Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren bezahlen zu können und nicht an anderen Stellen wie Kindergärten sparen zu müssen. Das Geld dafür sei vorhanden. „Die Rücklagen sind in den letzten Jahren bereits auf 79 Millionen Euro angewachsen“, machte Weinzierl deutlich. Der LfV Bayern konnte mit Innenminister Herrmann eine einmalige Anpassung der Förderung erreichen. Der Freistaat Bayern wird zukünftig 6,5 Millionen Euro mehr für die bayerischen Feuerwehren bereitstellen.

Ein Teil der Rücklagen aus der Feuerschutzsteuer ist für Maßnahmen an den drei bayerischen Feuerwehrschulen in Regensburg, Geretsried und Würzburg gebunden. Die Mittel sind notwendig, damit der Unterricht den Anforderungen an eine moderne und effiziente Ausbildung gerecht werden kann. Die Feuerwehrschule in Geretsried benötigt nach Weinzierls Worten dringend eine Übungshalle, deren Bau aber erst nach 2022 ge-

plant ist. Um die optimalen Ausbildung bereits früher zur Verfügung zu stellen, schlägt der LfV Bayern eine „Vorfinanzierung“ aus dem allgemeinen Staatshaushalt vor, die dann aus der Feuerschutzsteuer zurückgezahlt werden würde. Eine Lösung, die der Ausbildung aber auch dem Freistaat Bayern selbst zu Gute komme. Rechne man in die zu erwartenden Kosten von ca. 30 Millionen Euro die jährliche Preissteigerung ein, so könnte der Freistaat Bayern durch einen früheren Baubeginn 5 bis 6 Millionen Euro einsparen.

Positiv zu bewerten sei, so Weinzierl, dass den bayerischen Feuerwehren ab 2015 ein mobiler Brandübungscontainer zur Verfügung gestellt wird, der für die einsatznahe und praktische Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern unerlässlich ist. Der Freistaat Bayern finanziere dieses Projekt mit insgesamt 1,2 Millionen Euro und stelle damit vorerst für die nächsten vier Jahre die Ausbildung von über 7.000 Atemschutzgeräteträgern sicher. Auch die Fortführung der Kampagnen zur Mitgliederwerbung, finanziert durch Mittel des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr sei sichergestellt. Für die Kampagne 2015/16 werde der LfV Bayern gezielt um Mädchen und Frauen für die Feuerwehr werben.

## Hochwasserkatastrophe

Innenminister Joachim Herrmann ging in seinem Vortrag auf die Themen Katastrophenschutz, Feuerwehrförderung, Feuerwehrschulen, Digitalfunk, Integrierte Leitstellen und Verbesserung der Rahmenbedingungen ein. Er betonte, dass die Hochwasserkatastrophe im Juni letzten Jahres die Einsatzkräfte vor große Herausforderungen gestellt habe. Deshalb habe der Freistaat unverzüglich begonnen, den berechtigten Forderungen des LfV Rechnung zu tragen und verstärkte in die Ausstattung des Katastrophenschutzes investiert: „So haben wir bereits Mitte 2013 ein Förderprogramm für Flachwasserschubboote bei Überschwemmungen auf die Beine gestellt. Mit fast zwei Millionen Euro können bayernweit insgesamt 275 Flachwasserschubboote gefördert werden. Außerdem haben wir rund 2,5 Millionen Euro für die Beschaffung von Löschwasserförderern für die Katastrophenschutztausstattung unserer Feuerwehren bereitgestellt. Bereits sechs Feuerwehren in Augsburg, Nürnberg, Rosenheim, Speichersdorf, Schweinfurt und Passau konnten mit diesen Hochleistungspumpensystemen, die auf Wechselladerfahrzeugen der Feuerwehren transportiert werden, ausgestattet werden.“

Mitte dieses Jahres wurden den drei Staatlichen Feuerwehrschulen laut Herrmann auch noch die ersten 36 Messgerätesätze aus dem ABC-Konzept Bayern im Wert von insgesamt 900.000 Euro an die ABC-Einheiten der Städte und Landkreise verteilt. Sie wurden ebenfalls aus den Mitteln des Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes beschafft. Die Fortführung dieses Programms ist geplant. Außerdem wurden aus dem Katastrophenschutzfonds zur Jahresmitte neun Dekontaminations-Anhänger für fast 300.000 Euro beschafft. „Das sind aber erst die ersten wichtigen Schritte zur Verbesserung der Ausstattung speziell für Hochwasserlagen“, ergänzte der Minister.

Eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums mit Vertretern des Landesfeuerwehrverbandes und der Hilfsorganisationen hat ein



Über 320 Delegierte sowie zahlreiche Gäste folgten der Einladung des LfV Bayern nach Bad Kissingen. Unser Bild zeigt rechts Innenminister Herrmann bei seinem Vortrag.

umfassendes Programm erstellt. Es umfasst eine optimale Ausrüstung für die Bekämpfung von Hochwasser. Herrmanns erklärtes Ziel ist, dass dies in den nächsten Jahren Schritt für Schritt umgesetzt wird.

Da Bund und Länder gemeinsam für den Schutz der Bürger verantwortlich sind, besteht seit 2007 zwischen Bund und Ländern die Vereinbarung, dass der Bund jährlich 57 Millionen Euro zur Finanzierung von Fahrzeugen bereitstellt, die die Länder gerade bei Großschadensereignissen einsetzen. In den vergangenen beiden Jahren hat er den Ländern aber nur 48 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und im Entwurf des Bundeshaushalts für 2015 sind sogar nur noch 46 Millionen Euro vorgesehen. „Das ist unzureichend“, kritisierte der Minister, bestünden doch bereits jetzt Lücken bei der Ersatzbeschaffung der ausgedienten Löschgruppenfahrzeuge

des Bundes. Aktuell fehlten in Bayern 49 Fahrzeuge. Hier werde dringend eine Lösung benötigt.

## Integrierte Leitstellen

Mit Blick auf das Thema Integrierte Leitstellen verwies Herrmann darauf, dass - nachdem im Februar dieses Jahres die letzte Integrierte Leitstelle (ILS) in Bayern eingeweiht werden konnte - zwischenzeitlich ein weiterer Meilenstein bei der kontinuierlichen Verbesserung der Alarmierungsstrukturen erreicht worden sei. Nachdem Vertretungskonzept der Integrierten Leitstellen sei vorgesehen, dass jeder bayerischen ILS eine andere ILS als „Vertretungsleitstelle“ zugeordnet ist. Diese soll, wenn bei einem zeitweiligen Ausfall einer ILS keine 112-Notrufe mehr angenommen und bearbeitet werden können, den Betrieb für die Zeit des Ausfalls vollständig übernehmen, d. h. sie ist neben der Annahme der

eingehenden Anrufe und der Alarmierung der erforderlichen Einsatzmittel auch für die weitere Einsatzbegleitung zuständig.

## Pilotprojekt

Im Juli wurde diese Vertretungsfunktion in einem Pilotprojekt erfolgreich getestet. Dafür wurden sämtliche Anrufe, die an die ILS Hof gerichtet waren, für einige Stunden automatisch an die ILS Coburg weitergeleitet und dort abgearbeitet. Nun werden die technischen Maßnahmen zur Umsetzung der Vertretungsfunktion nach und nach in allen bayerischen ILS vorgenommen. Herrmann: „Uns allen ist klar: Die 112 hilft - europaweit, gebührenfrei, ohne Vorwahl, aus allen Netzen. Dies müssen wir aber auch in den Köpfen aller Bürgerinnen und Bürger fest verankern. Damit kann wertvolle Einsatzzeit gewonnen werden.“ **DK**



## Retten – Löschen – Schützen

Investieren Sie in die öffentliche Sicherheit

Nutzen Sie die günstigen Förderkonditionen des Investkredits Kommunal Bayern für Investitionen in die Sicherheit Ihrer Kommune, von Feuerwehr bis Hochwasserschutz, mit z. B. 0,30 % für 10 Jahre fest. Näheres erfahren Sie unter ► [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004. (Stand: 12.11.2014)

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

# Moderne Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung

Die demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft beschränken sich nicht nur auf rückläufige Geburtenraten und ein Schrumpfen der Gesamtbevölkerung. Vielmehr sind bereits heute die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in verschiedensten Branchen zu bemerken. Diese Auswirkungen werden sich in den nächsten Jahren verschärfen und auch auf die öffentliche Verwaltung einwirken. Der Kampf um Fachkräfte in der öffentlichen Verwaltung hat somit bereits begonnen.

Diese Verknappung von Fachkräften in der öffentlichen Verwaltung hat das Weiterbildungszentrum der Technischen Hochschule Deggendorf zum Anlass genommen, mit einem Symposium auf dieses Thema aufmerksam zu machen.

## Denkanstöße

„Moderne Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung“ - unter diesem Thema stand das erstmals durchgeführte Symposium des Weiterbildungszentrums der Technischen Hochschule Deggendorf speziell für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung.

Mehr als 60 Teilnehmer aus allen bayerischen Regierungsbezirken sowie Teilnehmer aus den Nachbarbundesländern Baden-Württemberg sowie Thüringen konnte Josef Pritzl, Weiterbildungsreferent der Technischen Hochschule Deggendorf am Deggendorfer Campus begrüßen. „Es

freut mich besonders, dass das Interesse an einer modernen Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung auf so viel Zustimmung stößt und das wir mit unserem erstmals durchgeführten Symposium zu diesem Thema einen Denkstoß ermöglichen können.“

## Namhafte Redner

Das Weiterbildungszentrum der Technischen Hochschule Deggendorf konnte zu diesem Symposium namhafte Redner gewinnen. Neben Christian Bernreiter, Präsidenten des Bayerischen Landkreistages referierte unter anderem auch Stefan Scholer, Leiter der Aus- und Fortbildungsabteilung der Landeshauptstadt München zu spannenden Themen rund um das Thema Personalarbeit.

Besonders emotional wurde es zu Beginn des Symposiums. Nach der Begrüßungsrede durch Prof. Dr. Peter Sperber, Präsident der Technischen Hochschule Deggendorf

ließ Christian Bernreiter noch einmal die Hochwasserkatastrophe aus dem Jahr 2013 Revue passieren. Bei seinem Vortrag zum Thema „Effektives Katastrophenmanagement – Kompetenzen einer Führungskraft in der öffentlichen Verwaltung am Beispiel der Hochwasserkatastrophe 2013 in Deggendorf“ zeigte er beeindruckende Bilder der Jahrhundertflut in Deggendorf. Mehr als 6000 Personen aus 21 Ortschaften mussten aus Ihren Häusern evakuiert werden, da eine Fläche von ca. 9000 km<sup>2</sup> überflutet war.

## Ziele festlegen

Stefan Scholer, Leiter der Aus- und Fortbildungsabteilung der Landeshauptstadt München, referierte anschließend zum Thema: „Wirksam weiterbilden – Anforderungen an die Fortbildung von morgen im öffentlichen Dienst“. Dabei betonte er vor allem, dass ohne festgelegte Ziele eine Fortbildung nicht bewertet werden kann.

Prof. Dr. Konrad Schindlbeck hob in seinem Vortrag besonders hervor, dass sich in den nächsten Jahren die Altersstruktur der Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung deutlich nach hinten ver-



Die Absolventen des Masterstudienganges Public Management sind für die Aufgaben einer modernen Personalarbeit gerüstet. Bild: Weiterbildungszentrum der THD

schieben wird. „Der Kampf um Fachkräfte wird sich in den nächsten Jahren in der öffentlichen Verwaltung verstärken“, akzentuierte Prof. Schindlbeck.

## Weiterbildungsangebote ermöglichen

Bei seinem Vortrag zum Thema „Notwendigkeit der Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung“ richtete er sich vor allem an die Personalentwicklungen in den Kommunen, um frühzeitig ihren Mitarbeiter Weiterbildungsangebote zu ermöglichen.

Speziell für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung wurde ein berufsbegleitender Masterstudiengang an der Technischen Hochschule Deggendorf entwickelt, der den Studierenden auf die vielfältigen Aufgabentätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung vorbereiten soll. Dieser Studiengang ist auf vier Semester konzipiert. In den ersten drei Semestern finden Präsenzveranstaltungen an der Technischen Hochschule Deggendorf und an der FHVR in Hof statt. Das vierte Semester ist komplett für die Bearbeitung der Masterarbeit reserviert.

Der Masterstudiengang Public Management beginnt im März 2015. Interessierte können sich gerne an Josef Pritzl (josef.pritzl@th-deg.de) wenden.

Am Ende des Symposiums präsentierte Daniela Kraus, Masterandin des Studienganges Public Management ihre Erfahrungen aus der vor kurzem mit 1,0 bewerteten Masterarbeit zum Thema: „Das jährliche Mitarbeitergespräch als wichtiges Instrument der Personalführung am Beispiel der Stadt Langenau.“

Nach Beendigung des Symposiums waren sich die Redner und Organisatoren des Weiterbildungszentrums der Technischen Hochschule Deggendorf einig, dass diese Vortragsreihe für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung in den nächsten Jahren ausgebaut werden soll. □

oder dem Verfall der Bausubstanz ausgedrückt. Auf der Angebotsseite unterschied sie das direkte, „armutsbezogene“ Engagement – etwa Tafeln, Jugendarbeit, Selbsthilfeeinheiten – von einer armutssensiblen Praxis, bei der Angebote von Haus aus so gestaltet werden, dass sie wenig Zugangsbarrieren beinhalten.

Anhand des Forschungsprojekts „Befähigende Gemeinde in der Uckermark“ zeigte die Referentin auf, wie kirchengemeindliches Engagement gestärkt werden kann. Rebenstorf zufolge kennen Kirchengemeinden die Bedingungen „vor Ort“, nehmen Armut in unterschiedlichen Formen wahr und wissen um Bedarf wie Bedürfnisse materieller und nichtmaterieller Art von Individuen und Gemeinschaften. Dies sollte gestärkt werden – auch durch die Diakonie über Beratung bzw. Schulung von Personen. **DK**

## KGSt-Innovationszirkel:

# „Junge Verwaltungs-kräfte“

Ganz im Zeichen des Personalmanagements stand die jüngste Sitzung des Innovationszirkels „Junge Verwaltungskräfte“ der KGSt in München, geleitet von den Referenten Norbert Zucht, Programmbereiche Lösungen und Informationsmanagement und Matthias Wieliki, Programmbereich Personalmanagement.

Im Innovationszirkel geht es vorrangig darum, die Situation junger Verwaltungskräfte in ihren Kommunen zu reflektieren und in die Zukunft gewandte Themenschwerpunkte zu identifizieren, die unter Umständen später in Projekten weiter ausgearbeitet werden können. Im Wesentlichen orientieren sich die Inhalte der Sitzungen an den Bedürfnissen der Teilnehmenden, die auf diese Weise die Agenda selber gestalten können. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement steuert relevante Arbeitsergebnisse und Erkenntnisse bei und gewinnt Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung kommunaler Managementthemen.

## Gebündelte Maßnahmen

Julia Wilson, Personal- und Organisationsreferat der Stadt München, informierte darüber, dass die Landeshauptstadt unter dem Motto „Arbeiten für das, was man schätzt“ verschiedene Maßnahmen bündelt, um als attraktive Arbeitgeberin besser wahrgenommen zu werden, mit den Zielen Personal zu gewinnen und zu binden. Besonders innovativ sei die Ausbildungskampagne „Du arbeitest nicht für alle!“ und die Überarbeitung der Arbeitgebermarke.

Um echte Einblicke in die Unternehmenskultur der LHM zu ermöglichen, präsentierten sich Mitarbeiter auf WHAT-CHADO, erzählten hier in Vier-Augengesprächen über ihre Karriere, ihr Leben und ihren Werdegang und beantworteten hierzu Fragen. Zudem beteiligte sich die LHM an verschiedenen Personalmessen, werbe aktiv in Online-Medien und könne messbare Erfolge in Bezug auf Bewerbungen und Einstellungen nachweisen.

## Attraktiver Arbeitgeber

Die anschließende Arbeit in Kleingruppen zu verschiedenen Fragestellungen des Personalmarketings aus der Perspektive junger Verwaltungskräfte brachte folgende Ergebnisse: Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit durch flexible Arbeitszeitmodelle wird als Attraktivitätsfaktor Nummer Eins angesehen. Vielfalt und Vielsei-

tigkeit, die Kommunalverwaltungen im Hinblick auf Aufgabenbereiche und damit verbundene Entwicklungsmöglichkeiten bieten, machen diese zu attraktiven Arbeitgebern. Starre und möglicherweise nicht immer leistungsgerechte Bezahlung wird als größte Schwachstelle von Kommunalverwaltungen im Hinblick auf ihre Attraktivität als Arbeitgeber angesehen. Personalentwicklung wird in der Praxis nur eingeschränkt betrieben oder fehlt gänzlich - dies stellt eine große Schwachstelle im Hinblick auf die Attraktivität dar.

## Faktor Führung

Weitere Resultate: „Kooperative Führung und Zusammenarbeit“ ist der bestimmende Faktor, wenn es um die Zufriedenheit junger Verwaltungskräfte geht. Der Faktor Führung unter dem Aspekt „Unterstützung durch Führung und Personalentwicklung“ wird als sehr wichtig empfunden. Ein Herausstechen aus der Masse durch neue Wege, die Vermeidung von Fehlern und die Ausrichtung an einer Strategie stehen im Zentrum, um die Personalgewinnung erfolgreich zu gestalten. Eine „Ganzheitliche Marke“, die auch in den Fachabteilungen präsent ist, kann das Image in der Bevölkerung insgesamt verbessern und zur Personalgewinnung beitragen.

Projekte zum Arbeitgebermarketing und zur Interkulturellen Personalgewinnung präsentierte Roman Quenter, Personalamt der Stadt Hamm. Veröffentlicht werden u. a. Imagefotos; außerdem erstellt die Stadt Ausbildungsflyer in mehreren Fremdsprachen.

## Mitarbeiterbefragung

Auf einer breit angelegten Mitarbeiterbefragung basiert das Personalentwicklungskonzept der Stadt Siegen, vorgestellt von Denise Brandenburger, Fachbereich Personal & Organisation. In Siegen steht die Beteiligung der Belegschaft in Form einer Befragung und verschiedener Workshops im Vordergrund. Entwickelt wurden Grundsätze der Zusammenarbeit und darauf aufbauend verschiedene Personalentwicklungsinstrumente konzipiert. **DK**

## Armut im ländlichen Raum:

# Für eine kluge Politik der Inklusion

Expertenworkshop der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

Bei dem Stichwort „Armut“ denken viele zunächst an Entwicklungsländer, an Obdachlose oder Hartz-IV-Empfänger. Doch es gibt viele Facetten einer „relativen Armut“, selbst in einer Region, die so gut aufgestellt ist wie Bayern. Welche Erkenntnisse speziell für die ländlichen Räume vorliegen, darüber gab ein Expertenworkshop der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in München Aufschluss.

Prof. Dr. Manfred Miosga (Bayerische Akademie Ländlicher Raum) gab eingangs die Lösung aus, den Armutsbegriff weit zu fassen. Dem wissenschaftlichen Mitglied der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“ des Bayerischen Landtags geht es um Aspekte wie „gesellschaftliche und strukturräumliche Asymmetrien“, die Gewährung von Zugangschancen oder die Nachhaltigkeit von Vermögenswerten.

Zunächst jedoch war das Augenmerk auf die Diskussion um die Verfügbarkeit und Aussagekraft statistischer Daten gerichtet. Dr. Steffen Maretzke vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erläuterte eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Daten zu Einkommen und Kaufkraft kombiniert hat.

## Einkommensarmut

Wie die Studie ausweist, sind in Ostdeutschland die Einkommen zwar niedriger, doch man kann sich dort für sein Geld mehr leisten als in Westdeutschland. Entsprechend verringern sich die Unterschiede bei der Einkommensarmut zwischen Ost und West deutlich, wenn die unterschiedlichen Preise berücksichtigt werden.

In Deutschland gelten Personen oder Haushalte als einkommensarm, wenn ihr Einkommen maximal 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) erreicht. Die unterschiedlichen Preise in den einzelnen Regionen werden nicht berücksichtigt. Dabei braucht ein Münchner Single

1.030 Euro, um sich genauso viel leisten zu können wie ein durchschnittlicher deutscher Bürger mit 870 Euro monatlich. Der letztgenannte Wert markiert die Schwelche für die relative Einkommensarmut.

Das IW hat zur Analyse der relativen Einkommensarmut nun erstmals die regionalen Preisniveaus mit einbezogen und so die Einkommens- in die Kaufkraftarmut überführt. Ergebnis: Ost und West liegen real weniger weit auseinander als nominal. So weist Thüringen die dritt niedrigste Quote aller Bundesländer auf. Dagegen ist das Stadt-Land-Gefälle stärker als vermutet. In ländlichen Regionen sind im Schnitt nur knapp 14 Prozent der Bevölkerung kaufkraftarm, in den Städten aber 22 Prozent.

## Fokus auf Großstädte

Aus diesem regionalen Armutvergleich fordern die IW-Forscher unter anderem, die regionalpolitische Förderung mehr auf die Großstädte zu fokussieren. Dazu müssten Investitionen, Innovations- und Gründungsförderung sowie Bildung und Integration stärker verknüpft werden. Mit dieser Schlussfolgerung waren die Gäste des Expertenworkshops so nicht einverstanden. Sie verwiesen auf das Problem von Durchschnittszahlen und regten an, neben dem Bundesmedian auch den jeweiligen Landesmedian zu berücksichtigen.

Wirklich treffende Aussagen könnten erst dann getroffen werden, wenn die Kostentreiber „Wohnen“ und „Mobilität“ entsprechend gewichtet würden. Vor allem sollte sich ihrer Ansicht

nach die Debatte nicht um „Stadt oder Land“ drehen. Die Frage, wie Menschen den gesellschaftlichen Anschluss nicht verlieren, sollte auf kleinräumiger Ebene und differenzierter angegangen werden.

Ein Beispiel hierfür ist der Armutbericht für den Landkreis Dachau. Wie Autorin Lena Wirthmüller vom Caritas-Zentrum Dachau betonte, sei die offensive Auseinandersetzung mit dem Thema empfehlenswert. Im Rahmen von Veranstaltungen seien die Berichtsergebnisse präsentiert worden. Das Interesse daran sei überraschend groß gewesen.

Für das Thema Armut vor Ort sensibilisiert das Sozialforum Kelheim als Bindeglied zwischen sozialen Einrichtungen und den Landkreisorganen. Hier werden anstehende Entscheidungen zu sozialen Themen vorbereitet. Im Forum sind u. a. die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Wirtschafts- und Sozialpartner sowie Fraktionen vertreten. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich explizit mit dem Thema Armut.

## Armutskonferenz Landshut

Ein weiteres Beispiel ist die „Armutskonferenz Landshut“, die Johanna Behrens (Diakonisches Werk Landshut) vorstellte. Das Projekt betreibt Lobbyarbeit für sozial Benachteiligte. Hierzu wurde ein Runder Tisch gegründet, der durch einen neutralen Sprecher nach außen vertreten wird.

Armut wird in sehr unterschiedlichen Formen wahrgenommen. Die Betroffenheit zeigt viele Gesichter, wie Dr. Hilke Rebenstorf vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche Deutschland darstellte. Sie unterschied die „finanzielle und materielle Armut“, den „Mangel an Teilhabe und Alltagsfähigkeit“ sowie die „kollektive Armut“ von ganzen Dörfern oder Regionen, was sich etwa in der Überalterung der Bevölkerung

# Nachts Brotzeit mit der Schwester

Fachtagung: 170 Pflegefachleute diskutieren über gewaltfreien Umgang mit Heimbewohnern

Marktheidenfeld. Apathisch, mürrisch, aggressiv? Madeleine Viol von der Evangelischen Hochschule Freiburg wundert das nicht. So, wie Heimbewohner oft gepflegt werden, müssen sie ja schlecht drauf kommen. Bei der 5. Fachtagung der Regierung von Unterfranken und des Klinikums Main-Spessart in Marktheidenfeld prangerte die Pflegeexpertin am Dienstag vor 170 Teilnehmern jede Art von Freiheitsberaubung alter Menschen an. Sei es durch Gurte oder Psychopharmaka.

So banal das klingt: 100 Prozent Sicherheit wird es im Heim nicht geben. Doch dieser banale Satz kann Viol zufolge am Beginn eines Befreiungsprozesses stehen. Denn allein aus Angst, Sicherheitsanforderungen zu vernachlässigen, würde täglich fixiert, gefesselt, eingesperrt. „Es kann in einem Pflegeheim aber nicht darum gehen, dass nur ja nichts passiert“, betonte die Forscherin, für die Fixierungen eine pflegerische Bankrotterklärung darstellen.

Statt sich zu fragen, was einem aggressiven Menschen jetzt gut

tun könnte, würde er fixiert oder ruhig gestellt. Dadurch wird aber lediglich das akute, den Stationsablauf störende Probleme bekämpft. Den Ursachen von Aggressivität oder Unruhe wird hingegen nicht nachgegangen.

Dissonanzen können entstehen, wenn geistig fitte Bewohner auf demente Pflegebedürftige treffen, erzählte Teilnehmerin Rosi Schirm aus Karlstadt von ihren Erfahrungen. Gut ausgestattete geschlossene Stationen, in denen nur demente Menschen leben, könnten Streit verhindern und die Lebensqualität der an-

Demenz Erkrankten erheblich steigern. Zwar seien die Türen versperrt: „Doch bei uns in Karlstadt können die Bewohner jederzeit in den Garten gehen. Auch sonst haben sie viele Freiräume.“

So werde auf Unruhezustände in der Nacht, kennzeichnend für Demenz, in Karlstadt ganz gelassen reagiert. Wer nachts nicht schlafen kann, wird nicht ins Zimmer eingesperrt. Er darf auf der Station herumwandern und mit der Nachtschwester Brotzeit machen: „Und wenn sich jemand in ein anderes, freies Bett legt, wird auch das akzeptiert.“

Stößt ein Demenzpatient die Pflegerin, die ihm den Suppenlöffel reichen will, aggressiv zurück, ist er nicht einfach böse oder „typisch“ dement. „Aggressive Verhaltensweisen haben einen Grund“, betonte Christine

Kuhn von der Organisation Demenz Support Stuttgart. Entweder fühlen sich die Betroffenen in ihrer Freiheit beeinträchtigt. Oder sie haben Schmerzen: „Was oft übersehen wird.“ Bis zu 80 Prozent aller Heimbewohner seien schmerzgeplagt. Ein häufiger Grund sind laut Zahnärztin Carmen Behr Zahnschmerzen. Unbekannt sei vielen Pflegenden, dass Zahnärzte heute mit mobilen Praxen fast alle Zahnprobleme vor Ort beheben können.

## Kritikfähigkeit

Madeleine Viol und Christine Kuhn appellierten an die Pflegekräfte, kritikfähig zu bleiben. Denn sehr oft sitze man in der Pflege Mythen auf. Kuhn: „So existiert noch immer der Mythos, dass Schmerzen im Alter unvermeidbar sind. Außerdem heißt es, dass die Schmerzempfindung im Alter reduziert sei.“

Beides hat sich als falsch erwiesen. Neue Mythen werden durch die Hilfsmittelindustrie verbreitet, so Viol: „Das ist ein Milliardenmarkt. Gehen Sie ihm bloß nicht auf den Leim!“ Zum Beispiel würde damit geworben, dass neue Fixierungsmethoden „menschwürdiger“ wären: „Sitzhosen sehen auch tatsächlich kuscheliger aus.“ Doch auch sie nehmen Pflegebedürftige gefangen.

Unter der Altenpflege, wie sie heute in Heimen abläuft, leiden aber nicht nur viele Pflegebedürftige. Auch die Pflegenden selbst sind unzufrieden, überfordert oder stehen kurz vor dem Burn-out. Warum das so ist?

Pflegerinnen wissen viele Gründe für den Dauerstress vorzubringen. Oft drehen sie sich um das Thema „Geld“: Aus Finanznot gebe es zu wenig Perso-



Mit mobilen Praxen können Zahnärzte direkt im Heim die meisten, oft heftige Schmerzen verursachenden Zahnprobleme von Bewohnern beheben.

nal, was permanent Überforderungssituationen erzeugt. Der Schweizer Pflegeexperte und „Begegnungscdown“ Marcel Briand allerdings sieht einen Hauptgrund in der hohen Unzufriedenheit darin, dass Pflegenden in den letzten Jahren zu „Mitläufern“ im Pflegeprozess degradiert wurden.

## Standardisierung

Menschen, die mit- und nachdenken, seien in der Pflege hingegen unerwünscht. Aus diesem Grund gebe es auch so viele standardisierte Abläufe. Briand: „So stellen wir sicher, dass Pflegekräfte nicht selbst zu denken beginnen.“

Dass eine angehende Altenpflegerin in ihrer Ausbildung zu hören bekommt, professionell

sei sie nur dann, wenn sie versteht, sich „abzugrenzen“, steht für Marcel Briand in krassm Widerspruch zur gleichzeitigen Forderung nach Qualität in der Pflege. „Nur mit echten Gefühlen können wir echte Qualität liefern“, so der gelernte Psychiatriepfleger. Statt sich abzugrenzen, sollten Pflegekräfte den Mut haben, sich einzulassen: „Und zuzulassen, dass es auch einmal weh tut.“

Die Pflegedokumentation so zu führen, dass man aus der nächsten Kontrolle makellos hervorgeht, erfordert kein Gefühl. Dahinter steckt Briand zufolge jedoch die Vorstellung, dass Qualität in der Pflege messbar sei. Auch dies ein Mythos. Denn Intuition, Zuwendung und Mitgefühl ließen sich nun einmal nicht messen. Pat Christ

# Was macht eine Kommune für junge Menschen attraktiv?

Babenhausen. Beim Jugendempfang des Bezirks Schwaben und des Bezirksjugendrings Schwaben im vergangenen Jahr präsentierten sich jugendfreundliche Kommunen aus ganz Schwaben erfolgreich mit ihren Konzepten und Ideen. Heuer luden Bezirkspräsident Jürgen Reichert und Manfred Gahler, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Schwaben, Mitarbeiter der kommunalen Jugendarbeit und kommunale Jugendbeauftragte aus Gemeinden aller schwäbischen Landkreise im Rahmen eines Jugendforums auf Bezirksebene dazu ein, sich mit der Frage „Was macht eine Kommune für junge Menschen attraktiv?“ zu beschäftigen.

Was brauchen junge Menschen, um sich in ihrer Gemeinde wohlfühlen? Was können kommunale Jugendbeauftragte dazu beitragen, dass vor allem gut ausgebildete junge Menschen in ihrer Heimat bleiben und ihre Zukunft dort gestalten? Beim Jugendforum in der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Babenhausen (Landkreis Unterallgäu) kamen Mitarbeiter und Beauftragte aus jedem schwäbischen Landkreis zusammen und beleuchteten diese Fragen aus verschiedenen Perspektiven.

Ein Filmbeitrag einer Jugend-

gruppe aus Wertingen (Landkreis Dillingen) zeigte, was junge Leute zum Wohlfühlen in ihrer Gemeinde brauchen. Der Film feierte beim Jugendforum Premiere und war einige Tage später auch auf der Landestagung „Kommunale Jugendpolitik 2014“ der Kommunalen Spitzenverbände und des Bayerischen Jugendrings in Beilngries zu sehen.

Die Improvisationstheatergruppe allgäuEnsemble aus Kempton - einst selbst betroffen von der Frage, zum Leben und Arbeiten in die Großstadt Mün-

chen zu gehen oder im Allgäu zu bleiben - setzte sich mit dem Thema mittels Improvisationstheater auseinander.

Schließlich bezog Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, mit einem Impulsreferat unter dem Motto „Was brauchen Gemeinden, um zukunftsfähig zu sein?“ kommunalpolitisch Position.

Anschließend waren die Jugendbeauftragten der Gemeinden sowie die Mitarbeiter der kommunalen Jugendarbeit zum Austausch darüber eingeladen, welche Aktivitäten vor Ort notwendig sind, was Jugendbeauftragte dazu leisten können und welche Unterstützung sie brauchen, um die dargelegten Perspektiven auf ihre Arbeit vor Ort zu transferieren.

Die Veranstaltung wurde moderiert von Regina Renner, ehemalige Bezirkschülersprecherin in Schwaben und Referentin für Jugendpolitik beim Bayerischen Jugendring. □

## NürnbergMesse:

# Energiemanagement erhält Ritterschlag nach DIN ISO

Umfassende Strategie ausgezeichnet

Die NürnbergMesse erhält als erste Messgesellschaft die DIN ISO-Zertifizierung 50001. Für Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, CEOs der NürnbergMesse, ist dies ein weiterer wichtiger Schritt, um die gesteckten Energieziele des Unternehmens zu erreichen: „Wir haben mit der Energieoffensive die eigene Messlatte wirklich hochgelegt. Dass nach DGNB-Zertifizierung und dem Einstieg in Elektromobilität nun auch unser Energiemanagement als erstes einer Messgesellschaft überhaupt nach DIN ISO 50001 ausgezeichnet wurde, ist ein veritabler Ritterschlag!“ Basis für die Zertifizierung ist ein unternehmensinternes Energiemanagementsystem, das zuvor durch ein eigenes „Energieteam“ implementiert und umgesetzt wurde.

Das Bündel an Maßnahmen ist dick geschnürt und umfasst Punkte wie systematisches Erfassen und Verarbeiten von Energiedaten, Beleuchtungsanlagen optimieren, Wärmeverbrauch verringern oder den Anteil regenerativer Energien signifikant erhöhen. Anspruchsvolle logistische, technische und rechtliche Qualitätsstandards sind in einem umfangreichen Auditierungsprozess gefordert, will man am Ende die begehrte DIN ISO-Zertifizierung erreichen.

„Als Peter Ottmann und ich

2011 als Geschäftsführer der NürnbergMesse anfangen, wollten wir auch im Energiebereich eine eigene Handschrift hinterlassen. Nun können erfreulicherweise die ersten Früchte geerntet werden, die vor drei Jahren gesät wurden“, so Dr. Roland Fleck.

## Starkes Portfolio bei Energiethemen

Für Geschäftsführer-Kollege Peter Ottmann passt die Energieoffensive des Unternehmens 1:1 zur inhaltlichen Ausrichtung der NürnbergMesse: „Wir haben ein

starkes Veranstaltungsportfolio bei Energiethemen. Außerdem ist die NürnbergMesse auch traditionell stark bei Nachhaltigkeitsfragen. Die Brücke zwischen beiden Bereichen schlägt hervorragend unsere Energieoffensive – die heutige DIN ISO Zertifizierung ist dabei das Tüpfelchen auf dem i.“

## Kostenoptimierung

„Energieeffizienz ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Dadurch können Unternehmen ihren Energieverbrauch senken und darüber hinaus Kosten optimieren und die Wettbewerbsfähigkeit steigern“, sagt Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft. „Auf dem Weg zur Zertifizierung haben die Spezialisten der NürnbergMesse und unseres Tochterunternehmens N-ERGIE Effizienz GmbH als Team hervorragend zusammengearbeitet.“ □



Hanns  
Seidel  
Stiftung

JETZT  
anmelden!

## Das Seminarprogramm 2015 ist erschienen!

Bestellung unter: Tel. (0 89) 12 58-237 | E-Mail: ipb@hss.de

### POLITISCHE BILDUNG

WISSEN VERMITTELN | WERTEORIENTIERUNG GEBEN | DIALOG FÖRDERN



»Politische Bildung soll das Verständnis für Staat, Gesellschaft und Demokratie fördern und die Bereitschaft zur Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung stärken.«



Schwerpunkt 2015:  
**25 JAHRE  
DEUTSCHE EINHEIT**

Prof. Ursula Männle  
Staatsministerin a. D.  
Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung

► Alle Seminare sind auch in unserer Datenbank:  
[www.hss.de/veranstaltungen.html](http://www.hss.de/veranstaltungen.html)

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Institut für Politische Bildung | Lazarettstr. 33 | 80636 München

www.hss.de

## „Ein besonderer Tag für den Landkreis“

Erste Berufliche Oberschule im Landkreis München offiziell eingeweiht

Es war eine der schönsten Aufgaben, die sich dem Landkreis in den vergangenen Jahren gestellt habe, merkte Landrat Christoph Göbel in seiner Ansprache anlässlich der Einweihung der ersten Beruflichen Oberschule im Landkreis München stolz an. Die Entstehungsgeschichte reiche bis in das Jahr 2006 zurück. Damals hatte der Kreistag beschlossen, die Voraussetzungen für die Realisierung einer Fach- und Berufsoberschule zu prüfen.

Konkrete Fahrt nahm das Projekt, das der Landrat als Flaggschiff in der Schullandschaft bezeichnete, im Jahr 2008 auf, als man sich auf den Standort Unterschleißheim festlegte und die Schule beim Kultusministerium offiziell beantragte. Die heutige Einweihung dieser ersten Beruflichen Oberschule sei ein besonderer Tag für den Landkreis, so der Behördenchef.

Die neue FOS/BOS komplettiert das Bildungsangebot des Landkreises in einem zukunftsweisenden Bereich. Denn im prosperierenden Landkreis München besteht ein hoher Bedarf an Fachkräften, den man zukünftig kaum mehr aus eigener Kraft decken kann. Die Schule ist aber gleich in mehrerlei Hinsicht etwas Besonderes. Sie bietet neben den Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Sozialwesen und Technik auch den Ausbildungszweig Gestaltung (FOS) an. Damit ist sie nur eine von sieben weiteren Fachoberschulen mit dieser Ausrichtung, im Regierungsbezirk Oberbayern sogar die einzige.

Doch auch auf anderen Feldern ist die FOS/BOS eine wahre „Musterschülerin“. Das Gebäude zeichnet sich durch eine besonders nachhaltige Bauweise aus und erweist sich als extrem energieeffizient. Mit den unterschiedlichsten Mitteln wie Verglasung oder Sonnenschutz wird erreicht, dass die Energieeinsparverordnung von 2009 um ganze 60% unterschreitet.

Synergieeffekte werden auch im Bereich des Sports erzielt. Dank des fachlichen wie finanziellen Engagements der Stadt Unterschleißheim konnte die Dreifachturnhalle als für die Sportart Volleyball bundesligatauglich errichtet werden. Dies stelle eine ganz besondere Form der Sportförderung dar, so der Landrat.

### Inklusionsgedanke verwirklicht

Das vielleicht wichtigste Merkmal dieser Schule ist jedoch das auf die besonderen Bedürfnisse von sehbehinderten und blinden Schülerinnen und Schülern barrierefrei ausgestaltete Schulhaus.

Mittels eines taktilen Leitsystems, besonders kontrastreicher Farbgebung und vielen Gestaltungselementen mehr, bietet es als erste Schule in Bayern Sehbehinderten und Blinden die Möglichkeit, an einer eigens für sie ausgestatteten Einrichtung das Abitur zu erlangen. Dies ist der Nähe und dem besonderen Engagement des benachbarten Sehbehinderten- und Blinden-Zentrums Südbayern zu verdanken.

### Letztes Puzzleteil

Auch Erster Bürgermeister Christoph Böck sprach davon, dass die neue Schule das Bildungsangebot in Unterschleißheim als letztes Puzzleteil komplettiere und dankte dem Kreistag der vergangenen Amtsperiode sowie Altlandrätin Johanna Rumschöttel für die Wahl Unterschleißheims als Standort der neuen kreiseigenen Schule.

Der höchste Ehrengast des Abends, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, kam direkt von den Haushaltsberatungen im Landtag nach Unterschleißheim und stellte launig fest, dass er in letzter Zeit nur noch zum Feiern in den Landkreis München käme. Mit einem augenzwinkernden Verweis auf seine Reden anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten in

den Gymnasien Grünwald und Garching in den vergangenen Wochen, hielt er sich vergleichsweise kurz. Neben einem großen Lob für das Engagement des Landkreises auf dem Bildungssektor, merkte er an, dass sowohl Landrat Christoph Göbel als auch seine Vorgängerin Johanna Rumschöttel dem Minister Schulprojekte mit Charme und zugleich großer Hartnäckigkeit nahebringen würden.

Dass sich die Schulfamilie in dem modernen neuen Gebäude wirklich wohl fühlt, war aus den Worten der stellvertretenden Schulleiterin Gabriele Menzel deutlich herauszuhören. Sie bedankte sich insbesondere beim Landkreis München für den Vertrauensvorsprung, den die Schulleitung genießen durfte. □

### Ostbayernrunde:

## Bayerischen Bauern den Rücken stärken

CSU-Bundestagsabgeordnete der Ostbayernrunde haben sich im Rahmen ihrer regelmäßigen Zusammenkunft in Berlin beim Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl, über die Belange der bayerischen Bauern informiert. In einem offen geführten Gespräch gab Präsident Heidl einen umfassenden Überblick über die Sorgen und Nöte der bayerischen Bauern.

Präsident Heidl brachte gleich zu Beginn des Gesprächs auf den Punkt, dass die aktuelle Stimmung bei den bayerischen Bauern angesichts des Vier-Jahres-Tiefs bei den Preisen der Kern-Agrarprodukte sehr eingetrübt sei und zugleich zahlreiche Reglementierungsvorhaben von Politik und Verwaltungen vorwärtsgetrieben würden. „Wir schieben hier eine wahre Bugwelle an brennenden Themen vor uns her“, so Heidl an die Abgeordneten gewandt. Dies habe ihn auch zu seinem Brandbrief an den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer veranlasst.

Der Vorsitzende der Ostbayernrunde, Karl Holmeier, sicherte dem Bauernpräsidenten im Namen der Ostbayernrunde zu, den Interessen der bayerischen Bauern auch in Berlin den Rücken zu stärken: „Es kann nicht sein, dass Milchpreisdumping großer Konzerne und der Einbruch bei den Erzeugerpreisen die Existenz der bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern gefährden. Hier bieten wir als Mitglieder der Ostbayernrunde dem Bayerischen Bauernverband gerne eine intensive Zusammenarbeit an.“

### Düngeverordnung

Neben der allgemeinen Preisentwicklung bei Agrarprodukten wurde auch über die in der Landwirtschaft sehr sensibel wahrgenommene Düngeverordnung und Anlagenverordnung sowie das Arzneimittelgesetz gesprochen. Hier warnte Walter Heidl: „Es droht eine massive Überreglementierung für bäuerliche Familienbetriebe. Dadurch wird ein Strukturwandel durch die Hinterzuckerbetriebe.“ Alle Anwesenden waren sich einig, dass bäuerliche Familienbetriebe für den Freistaat unverzichtbar seien und auch die Stärke der „Landwirtschafts-Marke Bayern“ ausmachen.

Das generationsübergreifende Thema der Hofabgabeklausel wurde besonders intensiv erörtert. Nach den Worten des Bauernpräsidenten seien „bei der SPD Tendenzen zu erkennen, das System der landwirtschaftlichen Sozialversicherung insgesamt damit kaputt machen zu wollen“. Hier gelte es, klare Kante zu zeigen. Die CSU-Politiker untertrichen unisono, wie wichtig das System der Hofabgabeklausel sei und dass es unbedingt fortgeführt werden müsse.

Der derzeit im Rahmen der Energiewende diskutierten stär-

## Engagement für Asylbewerber

Bürgermeister-Dienstversammlung im Landkreis Bamberg

Die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden ist auch im Landkreis Bamberg ein brandaktuelles Thema. Aus diesem Grund lud Landrat Johann Kalb die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der 36 Landkreis-Gemeinden zu einer Dienstversammlung. Dabei standen Informationen zur aktuellen Situation im Landkreis, zur Mitwirkung der Gemeinden und zur Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden im Vordergrund. „Unser Ziel ist, die Flüchtlinge im Landkreis Bamberg willkommen zu heißen!“, betonte Landrat Johann Kalb.

Mitarbeiter des Landratsamtes Bamberg informierten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über den Ablauf des

Asylverfahrens und die Sozialleistungen, welche die Asylbewerberinnen und -bewerber beziehen. „Diese Informationen müssen transparent und für jedermann nachvollziehbar sein“, ist Kalb ein großes Anliegen. Da die Zahl der ankommenden Asylbewerber stetig steigt, müssen auch im Landkreis geeignete Immobilien zur Verfügung stehen. Die Gemeindeoberhäupter wurden darüber unterrichtet, welche Immobilien als Unterkünfte in Frage kommen.

Besonderes Augenmerk lag im Rahmen der Dienstversammlung auch auf dem Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, bevor die Wohlfahrtsverbände, die eng mit dem Landratsamt Bamberg kooperieren, sich den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vorstellten. Landrat Kalb lobte die funktionierende Zusammenarbeit: „Ob es um kurzfristige Übersetzungen oder um die Rechtsberatung der Asylbewerber geht – die Wohlfahrtsverbände leisten wertvolle Arbeit!“

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bekamen auch Antworten auf alle brennenden Fragen. Sprachliche Barrieren waren hier ebenso Thema wie die Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie die Vorbereitung der Einwohnerinnen und Einwohner auf die Ankunft der Asylsuchenden. □

### Transparenz bei TTIP

Auf die Auswirkungen des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf die bayerische Landwirtschaft angesprochen sagte Walter Heidl, dass für die Vertrauensbildung Transparenz nötig sei. Die Bauernschaft sehe zu einem großen Anteil mehr Vorteile im TTIP als Nachteile. Walter Heidl: „Es ist töricht, die weltweit geschätzte ‚Landwirtschafts-Marke Bayern‘ nicht international etablieren zu wollen.“ Insgesamt würden sich durch das TTIP große Möglichkeiten bieten, den eigenen Absatzmarkt auszuweiten. Schon heute komme jeder vierte Euro, den die Landwirtschaft umsetze, aus dem Export. „Wichtig ist aber, dass unsere hohen Standards bei der Produktion und in den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ganz klar festgeschrieben und Bedingung sind. Hier darf sich die Politik auf keine Kompromisse einlassen“, so Walter Heidl am Ende seiner Ausführungen.

Mit seinen abschließenden Dankworten an Präsident Heidl lud Karl Holmeier den Bayeri-

schen Bauernverband herzlich dazu ein, fortan einen stetigen Informationsaustausch mit den Abgeordneten der Ostbayernrunde zu pflegen und die Zusammenarbeit angesichts der Fülle an brennenden Themen zu intensivieren.

### Hintergrund Ostbayernrunde

Die Ostbayernrunde ist ein Zusammenschluss von derzeit 17 CSU-Bundestagsabgeordneten aus Niederbayern, Oberbayern und der Oberpfalz. Sie besteht ungeachtet der Bundestagswahlen und in veränderter Besetzung seit den achtziger Jahren. Die Ostbayernrunde wurde mit dem Ziel gegründet, der Region Ostbayern eine starke Stimme im Deutschen Bundestag zu geben. □

## Maroldsweisach testet Bayernwerk-Elektroauto

Der Markt Maroldsweisach ist nunmehr um eine Attraktion reicher: Rathaus-Mitarbeiter können nun mit einem Elektroauto zu ihren Terminen fahren. Circa zwei Wochen lang können Bürgermeister Wolfram Thein und sein Team erste Erfahrungen mit einem Kleinwagen vom Typ „smart fortwo coupé“ sammeln, den das Bayernwerk Städten und Gemeinden zu diesem Zweck zur Verfügung stellt. Mit einer Reichweite von bis zu 145 Kilometern bietet sich diese zukunftsweisende Technologie der Elektromobilität gerade für Dienstfahrten an. Nach gut sieben Stunden Ladezeit an einer herkömmlichen 230-Volt-Steckdose ist das Auto auch wieder vollgeladen.

Christian Ziegler, der zuständige Kommunalbetreuer von der Bayernwerk AG, übergab die Autoschlüssel jüngst an Bürgermeister Thein. „Der Elektromotor für PKWs kann sich zu einem wichtigen Antrieb der Zukunft entwickeln, denn er bringt viele Vorteile mit sich. Elektroautos liegen im Trend“, zeigte sich Ziegler überzeugt. Zukunftsforscher würden dies bestätigen. Zudem zeigten aktuelle Verkehrsstudien, dass sich rund 90 Prozent aller PKW-Fahrstrecken in Deutschland in einem Radius von 50 Kilometern bewegen. „Für ein Elektroauto ideal“, so Ziegler. □

## „Das Alter fängt in der Jugend an“

Netzwerk „Altenhilfe und seelische Gesundheit Memmingen/Unterallgäu“ gegründet

Mit einem Festakt wurde jetzt das Netzwerk „Altenhilfe und seelische Gesundheit Memmingen/Unterallgäu“ gegründet. Kooperationspartner sind neben der Stadt Memmingen und dem Landkreis Unterallgäu der Bezirk Schwaben und der Arbeitskreis Gerontopsychiatrie des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) Memmingen/Unterallgäu.

„Es geht darum die Strukturen und Maßnahmen der Altenhilfe mit den beteiligten Akteuren abzustimmen und den künftigen Anforderungen von psychisch kranken alten Menschen gerecht zu werden“, formulierte Raimund Steber als Sprecher des Arbeitskreises Gerontopsychiatrie des GPV Memmingen/Unterallgäu die Ziele des neuen Netzwerkes.

Steber, der gleichzeitig stellvertretender Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhauses (BKH) Memmingen ist, zeigte den zur Gründung des Netzwerkes geladenen Ehrengästen und Netzwerkpartnern die Entstehungsgeschichte auf. Der aus dem Gemeindepsychiatrischen Verbund Memmingen-Unterallgäu hervorgegangene Arbeitskreis Gerontopsychiatrie arbeitet bereits seit zwölf Jahren und unterstützt ältere psychisch kranke Menschen in einer „selbstbestimmenden Lebensführung“.

Aufbauend auf die beiden seniorenpolitischen Gesamtkonzepte der Stadt und des Landkreises habe sich jetzt das Netzwerk konstituiert. „Es geht auch darum, die Inklusion und die Gleichstellung psychisch kranker Menschen zu gewährleisten und dabei Doppelstrukturen zu vermeiden“, erläuterte Steber weiter. Steber betonte die gesamtgesellschaftliche Aufgabe und brachte es auf den Punkt: „Das Alter fängt in der Jugend an“.

Sabine Wennig von der Bayerischen Koordinationsstelle „Wohnen im Alter“ bezeichnete die Seniorenarbeit in Stadt und Landkreis als „Speerspitzen“ in Bayern. „Hier werden seit der Erarbeitung der Konzepte kontinuierlich seniorenpolitische Maßnahmen umgesetzt“, so Wennig. Zunehmend stelle sich die Frage, wie die unterschiedlichen Ansätze wie beispielsweise

Quartierskonzepte, Mobilitätsangebote, Seniorenwegweiser oder Wohnraumberatung miteinander vernetzt werden können.

Wennig hob die Arbeit des Bündnisses gegen Depression Memmingen-Unterallgäu hervor. Auch gebe es Zahlen zu diagnostizierten Demenz-Erkrankungen. Jeder Fünfte in der Altersgruppe zwischen 80 und 90 Jahren leide heute unter dieser Krankheit. „Ich halte das Netzwerk für innovativ und notwendig. Dieser Zusammenschluss ist in Bayern einmalig“, sagte Wennig.

Zuvor hatte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert in seinem Grußwort von einem „großartigen Schulterschluss“ gesprochen. „Die multidisziplinären Aufgaben können nur durch ganzheitliche Denkstrukturen angegangen werden“, sagte Reichert und stellte den Bezirk Schwaben als einen der Netzwerkpartner vor.

„Die seelische Gesundheit ist

im Alter weitaus gefährdeter als in jungen Jahren“, sagte Landrat Hans-Joachim Weirather. Die altersbedingte Einschränkung der Mobilität könne genauso wie der Verlust eines lieb gewonnenen Menschen das Leben und damit auch die Psyche ins Wanken bringen. „Es geht darum, den Menschen zu helfen damit sie mit einer Reichhaltigkeit und Lebensqualität alt werden dürfen“, so der Landrat bei seinem Grußwort.

Beppo Haller sprach als Vorstand des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Memmingen-Unterallgäu von einer beachtlichen Netzwerkbildung in den letzten Jahren. „Die Zusammenarbeit mit Stadt, Landkreis und Bezirk ist grundlegend und unerlässlich“, so Haller. Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger sprach von einem „praxisbezogenen Papier“ das jetzt umgesetzt werden müsse. Eine der Grundlagen war seinerzeit die dezentrale psychiatrische Versorgung im Regierungsbezirk Schwaben und die erfolgreiche Zusammenarbeit der Städte und Landkreise mit dem Bezirk gewesen.

Infos: [www.memmingen.de/senioren.html](http://www.memmingen.de/senioren.html) □



Bei der Vertragsunterzeichnung (v. l.): Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, GPV-Vorstand Beppo Haller, Landrat Hans-Joachim Weirather und Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger.

Bild: Birk/Pressestelle Stadt Memmingen

Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg:

## Medizin hautnah

Unter dem Motto „Medizin hautnah – Sprechen Sie mit den Experten“ standen die diesjährigen Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg, veranstaltet vom Landkreis und seinem Landshuter Kommunalunternehmen für medizinische Versorgung (LAKUMED).

Präsentationen von Produkten und Dienstleistungen, zahlreiche Informationen über modernste Diagnose- und Therapieverfahren, Diskussionsrunden mit renommierten Experten und dem Stargast, Weltklasse-Fußballer Paul Breitner, aber auch Unterhaltung und Live-Übertragungen des Bayerischen Rundfunks mit Dr. Marianne Koch und Moderator Werner Buchberger waren zentraler Bestandteil der 7. Landkreis-Gesundheitstage mit der Rekordzahl von 55 Fachausstellern und insgesamt rund 20 Fachvorträgen.

### Alterstraumazentren

Im Rahmen des Gesundheitsgesprächs mit Dr. Marianne Koch und Dr. Klaus Timmer, Chefarzt Geriatrische Klinik Rottenburg, wurde am Beispiel des Landkreises Landshut aufgezeigt, wie Einrichtungen wie die sogenannten Alterstraumazentren arbeiten. Dort soll der alte Patient von der

akuten Versorgung bis zur geriatrischen Rehabilitation optimal begleitet werden.

Die Schirmherrschaft übernahm heuer Karin Seehofer, die Gattin des bayerischen Ministerpräsidenten. In ihrer Eröffnungsrede wies sie darauf hin, dass es um die Gesundheit der Deutschen eigentlich sehr gut stehe. Vorsorge, ärztliche Betreuung und gegebenenfalls die Versorgung in Krankenhäusern griffen ineinander und entsprächen dem Stand der Wissenschaft. Viele Menschen trieben Sport, achteten auf ihre Ernährung und auf einen vernünftigen Umgang mit Genussmitteln: All das finde seinen Ausdruck in einer Lebenserwartung, die heute höher sei als zu jeder anderen Zeit und in fast jedem anderen Land.

Der Landkreis präsentierte auch seine medizinischen Einrichtungen und Kooperationen, die darauf ausgerichtet sind, für die Menschen in der ländlichen

Region eine wohnortnahe hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten. Nach den Worten von Landrat Peter Dreier nimmt der Landkreis Landshut seine Verpflichtung seit jeher mit großem Ernst und hohem Engagement wahr: „Unsere drei Krankenhäuser bilden das Rückgrat einer rundum hervorragenden, heimatnahen medizinischen Versorgung der Menschen unserer Region.“

### Hochspezialisiert

Hochspezialisierte Ärzte und bestens ausgebildete Pflegekräfte, zusammen über 1.500 Mitarbeiter, stehen in den LAKUMED Kliniken in Landshut-Achdorf, Vilsbiburg und Rottenburg sowie in der SCHLOSS-REHA Rottenburg und dem HOSPIZ Vilsbiburg für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung. Die drei Landkreis-Krankenhäuser sowie das Hospiz und die Schloss-Reha bilden zusammen die LAKUMED-Kliniken. LAKUMED (Landshuter Kommunalunternehmen für medizinische Versorgung) ist der größte Anbieter für medizinische Versorgung in der Region. Mehr als 80.000 Patienten kommen jährlich ambulant und stationär in die Krankenhäuser von LAKUMED, um sich versorgen zu lassen. DK



Höhepunkt des Festjahres zur 750-Jahr-Feier der Stadterhebung Dillingens war der Pontifikalgottesdienst mit Weihbischof Anton Losinger in der Basilika St. Peter. Nach der Festmesse waren vereint (v. l.): Oberstudiendirektor Kurt Ritter, stellvertretender Landrat Alfred Schneid, Diakon Christian Wolf, Weihbischof Anton Losinger, Oberbürgermeister Frank Kunz, Landtagsabgeordneter Georg Winter, Stadtpfarrer Wolfgang Schneck, der Vorsitzende des Historischen Vereins Dillingen, Dieter Schinhammer und Bezirksrat Johann Popp.

## Starkes Bündnis: Stadt und Kirche

Höhepunkt des Festjahres „750 Jahre Stadterhebung“ in Dillingen

Dillingen. Als herausragende und vielseitig verantwortungsvolle Aufgabe von Kirche, Politik und Zivilgesellschaft forderte Weihbischof Anton Losinger beim großen festlichen Abschluss des 750. Stadtjubiläums von Dillingen dem „modernen Menschen geistige Heimat zu geben“.

Im Pontifikalgottesdienst in der Basilika St. Peter betonte der Festprediger den hohen Rang der Geborgenheit in einem wurzelstarken Glauben. Im Blick auf den Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren und die Wiedervereinigung ging Losinger auf ein sehr ungewöhnliches viel bewundertes Ereignis in Heuersdorf in Sachsen ein. Dort hätten die Bürger nach der „Wende“ ihre 750 Jahre alte Emmauskirche, die dem Braunkohletagebau zum Opfer fallen sollte, ausgegraben und gerettet. Das historische Gotteshaus wurde auf einen Tiefmeter gesetzt und über 30 Kilometer an den neuen Standort verbracht. Gemeistert wurden dabei zwei Bahnhöfe und die Überquerung eines Flusslaufes. Diese Kirche stehe heute, so Weihbischof Losinger, für eine „geistige Heimat und Vorstellungen, an die sich Menschen halten können“.

Ein starkes Echo fand er mit dem Albertus-Magnus-Preis der Diözese Augsburg für herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Theolo-

gie ausgezeichnete Weihbischof, als er warnte vor einer Kirche, „die die Orientierungslosigkeit der Gesellschaft nur noch einmal verdoppelt“. Gerade in einer Schulstadt wie Dillingen gehe es um neue Herausforderungen im Religionsunterricht, Defizite in den Familien und Lebenshilfe („Wir haben größere Häuser, aber kleinere Familien. Unsere Werte werden reduziert. Wir haben den Weltraum erobert, aber nicht den Raum in uns“).

### Große Wegweiser

Der gebürtige Friedberger Anton Losinger erinnert sich dankbar an seine gute Ausrichtung als Schüler des Johann-Michael-Sailer-Gymnasiums Dillingen (1968 bis 1977).

Unvergessen blieben die Stärkung der Glaubenswurzeln, aber auch von Staat, Wirtschaft und Gemeinwohl durch Jesuiten-Universität, soziale Einrichtungen, vorbildlicher Einsatz der Dillinger Franziskanerinnen, der Akademie für Lehrer-

fortbildung, in Schulen, für Behinderte, aber auch Petrus Canisius, Johann Michael Sailer, Johann Evangelist Wagner und Sebastian Kneipp als sehr große Wegweiser.

### Glanzvolle Geschichte

Oberbürgermeister Frank Kunz würdigte beim Festakt im Goldenen Saal der Akademie mit vielseitigem Dank die zahlreichen Festveranstaltungen zum 750. Stadtjubiläum. Zehntausende Besucher aus nah und fern hätten erlebt, wie weit über Bayern hinaus ausstrahlend, die glanzvolle Geschichte des „Schwäbischen Rom“ eindrucksvoll erlebbar gemacht worden sei. Kunz rühmte das seit Jahrhunderten „gute Miteinander“ zwischen Stadt und Kirche fast einzigartig. Die Bewahrung des kostbaren gemeinsamen Erbes habe in Dillingen den höchsten Stellenwert.

### Für Dauereinrichtung des Stadtfestes

Der Vorsitzende des Historischen Vereins Dillingen, Dieter Schinhammer, regte an, das so großartige historische Stadtfest zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen und alle zwei Jahre zu wiederholen.

Starke Beachtung fand der Festvortrag von Professor em. Rolf Kießling von der Universität Augsburg über das Thema „Bischöfliche Residenz – Universitätsstadt – Regionales Zentrum“. Über Europa hinaus habe Dillingen als erfolgreiches Zentrum der Gegenreformation Aufsehen erregt. Nicht weniger als allein 40 deutsche Bischöfe hätten an der berühmten Jesuiten-Universität studiert. Die musikalische Gestaltung des Festaktes hatte der Gesangsverein Dillingen unter Leitung von Xaver Käser übernommen.

Beachtlichen Sammlerwert hat inzwischen die wertvolle Jahreskarte 2014 der Großen Kreisstadt Dillingen bekommen. Sie zeigt den ersten Teil des Dillinger Triptychons, ein Werk des Dillinger Künstlers Lothar Schätzl (1914 – 2006) mit dem mittelalterlichen Teil der Stadtgeschichte. Dokumentiert wird die Stadterhebung Dillingens durch Bischof Hartmann mit einer Urkunde von 1264, aber auch die erste Erwerbung der Burg Dillingen aus dem Jahre 973 mit dem Hl. Ulrich. Bild und Text: jdt

## Pfiat di Kaiser

Die Bayerische Landesausstellung endet mit Besucherrekord

„Wir sind Kaiser!“ – das ist jetzt auch in Regensburg Geschichte: Die Bayerische Landesausstellung schloss unter diesem Titel ihre Pforten in der UNESCO-Welterbestadt. Nach fünfeinhalb Monaten haben 140.296 Besucher die Schau über den ersten Wittelsbacher auf dem Kaiserthron gesehen. In der „Champions League“ der großen kulturhistorischen Ausstellungen des Jahres belegt „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ damit einen Spitzenplatz. Für Ostbayern ist dieses Ergebnis sogar ein Rekord.

Joachim Wolbergs, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Prälat Dr. Wilhelm Gegenfurtner, Domprobst des Bistums Regensburg und Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, zogen daher auch auf der Abschlusspressekonferenz eine positive Bilanz. Der große Erfolg der Mittelalterschau habe das Potenzial Regensburgs als Museumsstandort aufgezeigt, so Loibl: „Wer Ludwig den Bayern gesehen hat, kann sich jetzt vorstellen, wie attraktiv das neue Museum am Donaumarkt werden wird, das 2018 eröffnet.“

### Interaktive Mitmachstationen

Kostbare Exponate, interaktive Mitmachstationen und die spektakuläre Ausstellungsarchitektur haben die spannende Geschichte von Ludwig IV. anschaulich in Szene gesetzt. „Super-duper cool, yeah“, schrieb ein Mädchen aus Memmingen ins Besucherbuch. Der bayerische Herrscher hat Menschen aus Nah und Fern begeistert, das zeigen Einträge in Französisch, Spanisch und Schwedisch. Ein Besucher aus

Rom, der Krönungsstadt Ludwigs, lobte: „Bellissimo, molto interessante.“ Ein Österreicher schrieb „Wir sind nicht umsonst aus Wien angereist“, und auch aus Ostdeutschland kam Anerkennung: „Die Fahrt aus Leipzig hat sich gelohnt!“. Besonders anrührend trug sich jedoch ein Landsmann Ludwigs ins Gästebuch ein: „Ich bin sowas von überwältigt und glücklich, auch ein Bayer zu sein!“

### Unermüdliche Helfer

Der große Erfolg der Landesausstellung beruht auch auf dem Einsatz vieler unermüdlicher Helfer. Als „Dankeschön“ für ihr großes Engagement werden sie zum Abschlussfest eingeladen. Dank gebührt natürlich auch den Sponsoren und Partnern, ohne deren Unterstützung eine solch beeindruckende Schau nicht möglich gewesen wäre, allen voran der Stadt Regensburg und der Diözese für das Privileg, die Bayerische Landesausstellung in den herausragenden Denkmälern der Welterbestadt zeigen zu dürfen. Die Minoritenkirche, die ehemalige Pfalzkapelle St. Ulrich und der Domkreuzgang sind originale Schau-

plätze aus der Zeit Ludwigs und haben der Ausstellung eine authentische Atmosphäre verliehen.

Die Bayerwerk AG, die Sparkassen der Oberpfalz und die Bayerische Sparkassenstiftung haben die Ausstellung finanziell gefördert. Als Mobilitätspartner konnten die Deutsche Bahn, erstmals im Rahmen einer Premiumkooperation, die Verkehrsgesellschaft Agilis und die Donauschiffahrt Wurm+Köck gewonnen werden. Die Medienpartner Bayern2, TVA und die Mittelbayerische Zeitung haben mit umfangreicher und qualitativer Berichterstattung „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ in Radio, Fernsehen und Zeitung medial begleitet. Auch wenn es Abschied nehmen heißt für Ludwig IV.: Mit der erfolgreichen Schau in Regensburg hat er erneut seinen Titel „Bavarus“, einst als Spottname von der Kurie erfunden, in einen Ehrentitel verwandelt. □

## Entscheidung über Windrad in Puch

Gericht hebt Genehmigungsbescheid des Landratsamtes auf

Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts München hat nach der Inaugenscheinnahme und anschließender mündlicher Verhandlung den Genehmigungsbescheid des Landratsamtes Fürstenfeldbruck aufgehoben. Dies teilte die Geschäftsstelle des VG auf Anfrage mit. Entscheidungsgründe liegen noch nicht vor.

Strittig war nach Auffassung der Richter vor allem die Frage, ob die Beeinträchtigung der Kirche St. Sebastian in Puch durch das geplante Windrad die Schwelle der „Erheblichkeit“ überschreitet. Um sich davon ein eigenes Bild machen zu können, fand vor der mündlichen Verhandlung in Puch eine umfassende Inaugenscheinnahme durch alle Beteiligten vor Ort statt, bei der die Kirche St. Sebastian in Puch von verschiedenen Blickwinkeln aus betrachtet wurde.

### Gründliche Untersuchung

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck betont, dass die Frage der Erheblichkeit der Beeinträchtigung bereits im Rahmen des Genehmigungsverfahrens gründlich untersucht und dazu auch eine Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege eingeholt wurde.

Landrat Thomas Karmasin: „Das Landesamt für Denkmalpflege als zuständige Behörde wurde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ordnungsgemäß beteiligt und hat uns in seiner damaligen, für die Erteilung der Genehmigung ausschlaggebenden Stellungnahme dargelegt, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Kirche in Puch durch das Windrad gegeben ist. Darauf haben und dürfen wir uns verlassen. Umso überraschender ist es nun, dass das Landesamt im Laufe des Gerichtsverfahrens seine Meinung grundlegend geändert hat. Wir werden die fachliche Belastbarkeit der Stellungnahmen des Landesamtes bei unseren künftigen Entscheidungen entsprechend gewichten.“

Der Landrat will über die Frage, ob Rechtsmittel eingelegt werden sollen, erst nach Vorliegen der schriftlichen Urteilsbegündung entscheiden. □



## Dorfwirtschaft Altenau erhält Staatspreis

Das genossenschaftliche Dorfwirtshaus in Altenau hat vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium einen Staatspreis erhalten. Im Wettbewerb Land- und Dorfwirtschaft gewann das Gemeinschaftsprojekt einen Sonderpreis in der Kategorie „Herausragende Einzelleistungen zur Stärkung des ländlichen Raums“.

Mit dieser Auszeichnung werden Einzelprojekte prämiert, die eine aktive Bürgergesellschaft und Verantwortung zwischen Bürgern und Staat fördern. Der Altenauer Dorfwirt im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wurde unter dem Projekt „Ein Dorf wird Wirt“ bayernweit bekannt. Dahinter stehen zwei Genossenschaften: Die Dorfsaal Altenau eG und die Objektgenossenschaft Altenau eG.

Zahlreiche Helfer haben aus dem lange leerstehenden Gasthof „Zur Post“ einen neuen Ortsmittelpunkt geschaffen. Dazu leisteten sie rund 22.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden. Der Bayerische Rundfunk begleitete das Projekt während der Umsetzung. Die Eröffnung fand im Spätsommer 2014 statt.

Im Bild: Die Vertreter der Dorfwirtschaft Altenau bei der Preisübergabe. □



Mehr als 140.000 Besucher sahen die Bayerische Landesausstellung „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ Über diesen ostbayerischen Rekord freuten sich (v. l.): Prälat Dr. Wilhelm Gegenfurtner, Domprobst des Bistums Regensburg, Joachim Wolbergs, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Klemens Unger, Kulturreferent der Stadt Regensburg und Dr. Peter Wolf, Projektleiter der Bayerischen Landesausstellung, Haus der Bayerischen Geschichte. Bild: www.altrofoto.de

Fachkonferenz in Amberg:

## Zukunftsperspektiven für Europaregion Donau-Moldau

Das Amberger Congress Centrum ACC war Schauplatz der ersten Fachkonferenz der Wissensplattformen der Europaregion Donau-Moldau. 150 Teilnehmer tauschten sich dabei über aktuelle Projekte, Ergebnisse und die Zukunftsperspektiven für die EDM aus. Der Schwerpunkt lag auf den sieben Zukunftsfeldern, den sogenannten Wissensplattformen: Forschungs- und Innovationsraum, Hochschulraum, Unternehmenskooperation und Clusterbildung, Qualifizierte Arbeitskräfte- und flexibler Arbeitsmarkt, Natur- und Gesundheitstourismus, Städte- und Kulturtourismus, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Mobilität, Erreichbarkeit und Verkehr.

Wie Finanzstaatssekretär Albert Füracker feststellte, seien grenzüberschreitende Kooperationen ein großes Anliegen der Landesentwicklung: „In größeren Dimensionen denken und sich dadurch neue Chancen eröffnen. Die Lage Bayerns mit den Außengrenzen zur Tschechischen Republik und zu Österreich wollen wir gezielt nutzen. Die Europaregion ist ein starker Partner zur Umsetzung der bayerischen Heimatstrategie.“

Die Zukunftssicherung des

ländlichen Raumes habe hohe Priorität für die Staatsregierung. Leitziel sei die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse. „Bayern verdankt seinen wirtschaftlichen Erfolg allen Regionen“, betonte Füracker. Die Landesentwicklung unterstütze die Europaregion Donau-Moldau. Bereits im Herbst 2012 wurden die beiden bayerischen EDM-Kontaktstellen in Freyung und Regensburg mit Unterstützung der Landesentwicklung eingerichtet. Zudem werde derzeit

ein Entwicklungsgutachten für den bayerisch-tschechischen Grenzraum beauftragt, um die Grenzregion noch enger zu verzahnen. Die Weiterentwicklung zu einem gemeinsamen Zukunftsraum soll neue Dynamik bringen und den ländlichen Raum stärken. Erste Ergebnisse werden ab Mitte 2015 erwartet.

### Auf Augenhöhe

„Wir haben beachtliche Stärken und Potenziale, und wir wollen den Metropolen auf Augenhöhe begegnen“, hob Franz Löffler, Oberpfälzer Bezirkstagspräsident und amtierender Vorsitzender der Europaregion Donau-Moldau, hervor. Deshalb müsse man die Zukunft auch selbst gestalten. Ziel sei es, den Menschen eine überzeugende Antwort auf die Frage zu geben, wie die Zukunft in der gemeinsamen Region aussieht und welche Zukunftschancen sich daraus ergeben. In der Arbeitsgemeinschaft Europaregion Donau-Moldau ist der Bezirk Oberpfalz Projektpartner der insgesamt sieben Partnerregionen Oberösterreich, niederösterreichsches Most- und Waldviertel, Niederbayern mit dem Landkreis Altötting, Oberpfalz, Pilsen, Südböhmen und Vysocina.

Nach Löfflers Darstellung wurde bereits ein grenzüberschreitender Hochschulführer herausgegeben, der den Studenten nicht nur den Weg an deutsche Universitäten, sondern beispielsweise an Hochschulen in Pilsen, Bratislava oder Linz weist. In einer weiteren Wissensplattformen wurden die grenzüberschreitenden Verkehrsprojek-

### SPD Garching:

## Praxisnahe Beispiele

Veranstaltung mit MdL Peter Paul Gantzer zu Trickdiebstahl und Wohnungseinbrüchen gut besucht

Ca. 40 interessierte Garchinger waren der Einladung des Ortsvereins gefolgt und erlebten, wie Peter Paul Gantzer an Hand von praxisnahen Beispielen die oft sehr phantasievolle Masche von Trickbetrügnern an der Wohnungstür, am Telefon oder im Internet erläuterte.

Keinem Fremden Zutritt zur eigenen Wohnung gewähren“ und „nicht vertrauensselig Geld an Menschen überweisen, die man nicht kennt - das ist laut Gantzer der beste Schutz vor Trickbetrügnern. Auch scheinbare Schnäppchen wie supergünstige Kaffee-

te gelistet und bewertet, so dass sie mit entsprechender Priorisierung an den Gesetzgeber in Berlin weitergeleitet werden konnten. Auch die Energiewende soll grenzüberschreitend bewältigt werden. So existiert bereits ein Katalog über das Potenzial an erneuerbaren Energien in der Partnerregion.

Laut Zukunftsforscher Dr. Ulrich Eberl von der Siemens AG in München werden die Themen Umwelttechnologie und Medizintechnik die Megatrends bis zum Jahr 2050 beherrschen. Dazu kämen die zunehmende Verstärkung, der Klimawandel, die Globalisierung und die explosionsartige Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie - und dies alles vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Die Europaregion Donau-Moldau dürfe hier den Anschluss nicht verlieren. Dafür würden die Weichen jetzt bereits gestellt.

Bei einem Podiumsgespräch der Plattform „Forschung, Innovation und Hochschulkooperation“ mit Prof. Wolfgang Dörner vom Technologie Campus Freyung und Josef Beimler von der IHK Regensburg berichtete Marian Mure von der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden über aktuelle Kooperationsprojekte mit Partnern in der EDM wie dem Cross-Cultural Seminar von Prof. Dr. Berni Mayer und PaedDr. Ladislava Holubová oder dem von Prof. Dr. Andreas P. Weiß geplanten bayerisch-tschechischen Workshop zur Kraft-Wärme-Kopplung. An einem Stand konnten sich die Konferenzteilnehmer zu den Angeboten und bisherigen EDM-relevanten Kooperationen der OTH Amberg-Weiden informieren.

Die nächste Fachkonferenz ist für 2015 angesetzt, Mitglieder der verschiedenen Wissensplattformen treffen sich zusätzlich in separaten Arbeitsgruppen. **DK**

fahrten oder Preisausschreiben, an deren Teilnahme sich vermeintliche Gewinner nicht erinnern können, sollten immer kritisch gesehen werden, vor allen Dingen dann, wenn unter faden-scheinigen Begründungen eine finanzielle Vorleistung verlangt wird. Da statistisch gesehen mehrheitlich alleinstehende, ältere Frauen Opfer von Trickbetrügnern werden, können Verwandte und Freunde durch eine gesteigerte Kommunikation und Aufmerksamkeit einen Beitrag zur Vorbeugung leisten.

### Schutzmaßnahmen

Die Verhinderung von Wohnungseinbrüchen gelingt am besten, wenn durch geeignete Schutzmaßnahmen wie Türriegel, Sicherheitsrollen, Fenster mit Riegel und Griffschlösser Einbrechern der „Spaß“ richtig verdorben wird, da sie in der Regel in kurzer Zeit ohne viel Aufwand und Aufsehen in die Wohnung gelangen wollen. Gelegenheit macht Diebe, dieses Sprichwort bewahrheitet sich leider immer wieder.

Einbrechern und Trickbetrügnern die Gelegenheit durch Inanspruchnahme von Beratung und einfache Vorsichtsmaßnahmen zu vermissen, ist daher der beste Schutz Opfer von üblen Tricks und Einbruch zu werden. **Gerlinde Schmolke**



Von links: erdgas schwaben-Maskottchen eisi, Dr. Stefan Rauzeiser, Leiter Schwäbisches Tagungs- und Bildungszentrum Kloster Irsee, erdgas schwaben-Maskottchen erni, Andreas Lieb, 1. Bürgermeister Markt Irsee, Josef Unterreiner, Rohrnetzmeister schwaben netz, Oliver Ottow, Leiter Vertrieb Süd erdgas schwaben und Christian Bergmann, technischer Leiter Süd schwaben netz. Vorne: erdgas schwaben-Maskottchen effi. Bild: erdgas schwaben/Ruth Plösse

## Erdgas für den Markt Irsee

Mit der Kernbohrung genau um 10:30 Uhr morgens beim Klosterbräu beginnt für Irsee in Sachen Energieversorgung eine neue Zeitrechnung - und wie immer, wenn aus einem lang gehegten Wunsch endlich Wirklichkeit wird, ist es ein besonderer Moment.

Andreas Lieb, 1. Bürgermeister Markt Irsee, Dr. Stefan Rauzeiser, Leiter Tagungszentrum und Bildungswerk, Schwäbisches Tagungs- und Bildungszentrum Kloster Irsee, Christian Bergmann, technischer Leiter Süd schwaben netz, Josef Unterreiner, Rohrnetzmeister schwaben netz, und Oliver Ottow, Leiter Vertrieb Süd erdgas schwaben ließen es sich nicht nehmen, persönlich dabei zu sein.

„Es ist ein historischer Tag, auf den wir so lange gewartet haben“ so Bürgermeister Andreas Lieb, sichtlich erfreut. „Ein Gewinn für alle Bürgerinnen und Bürger von Irsee“, so der Bürgermeister weiter.

Nur einige Meter entfernt liegt das zweite Bohrloch. Hierhin führt die Erdgas-Leitung direkt zum Kloster durch 1,5 Meter dicke historische Mauern. Wenige Handgriffe sind nötig, um den Erdgas-Hausanschluss zu montieren. Ab jetzt sind sowohl der Markt Irsee, die Klosterbrauerei und Brauereimuseum als auch das Bildungszentrum Kloster Irsee an das Erdgas-Netz angeschlossen. Ein besonderer Moment.

### Veraltete Ölheizung wird abgeschaltet

Dr. Stefan Rauzeiser ist erleichtert: „Jetzt können wir endlich unsere veraltete Ölheizung abschalten. Immerhin haben wir zwei Tanks mit insgesamt 200.000 Liter Heizöl hier direkt auf dem Gelände. Das ist eine große Gefahr für die Umwelt. Durch das neue Blockheizkraftwerk können wir jetzt Wärme und Strom erzeugen. Hier erwarten wir für unser gesamtes Unternehmen eine große finanzielle Entlastung. Ich bin sehr glücklich, dass wir diesen Entschluss gefasst und in die Tat umgesetzt haben.“

Überaus zufrieden mit dem Tag zeigt sich auch Christian Bergmann: „Kernbohrungen durch historische Mauern sind immer speziell“, so Christian Bergmann. „Das barocke Kloster stellte natürlich eine besondere Herausforderung dar. Bei einer Wanddicke von bis zu eineinhalb Metern und unterschiedlichen Baumaterialien muss man besonders Acht geben, dass keine Risse entstehen.“

### Arbeit in den Ferien

Und wie zufrieden ist der Bürgermeister mit den Bauarbeiten? „Eine super Arbeit hat erdgas schwaben da gemacht“, sagt er und blickt zu Dr. Stefan Rauzeiser, der hinzufügt: „erdgas schwaben hat es geschafft, in unseren Betriebsferien alle

Bauarbeiten durchzuführen. Das war für uns sehr angenehm.“ Weitere Informationen unter: [www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de) □

### GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## Sonnenenergie für die Straßenbeleuchtung

Geh- und Radweg zwischen Gersthofen und Rettenbergen wird mit batteriegestützten Solarleuchten ausgerüstet

Der Geh- und Radweg von Gersthofen über Hirblingen und Batzenhofen bis nach Rettenbergen wird künftig auch am Abend und in der Nacht für Fußgänger und Radfahrer beleuchtet. Das Besondere: An dem drei Kilometer langen Weg werden insgesamt 64 Straßenleuchten aufgestellt, die sich über Solarmodule und Batteriespeicher selbst mit Energie versorgen. Es ist das bisher umfangreichste Solarleuchtenprojekt in der Region.

Die neuen Straßenleuchten verfügen über je acht Fotovoltaikmodule, die tagsüber eine integrierte Batterie mit einer Kapazität von 27Ah laden. So ist die Energieversorgung der Leuchten auch bei schlechten Wetterbedingungen, etwa bei Nebel oder bewölktem Himmel, über mehrere Nächte gewährleistet. Da die Module senkrecht angebracht sind, können keine Schnee- oder Laubablagerungen die Stromerzeugung beeinträchtigen. Die Leuchten verfügen über eine Dimmautomatik: Zwischen Mitternacht und 5 Uhr früh, wenn der Weg kaum genutzt wird, werden die Leuchten auf 50 Prozent ihrer maximalen Leistung gedimmt. So wird der Energieverbrauch weiter gesenkt.

LED-Leuchten sind grundsätzlich bereits sehr energieeffizient und erzielen dabei eine hohe Lichtausbeute. Sie bringen das Licht viel gezielter auf die Straße als herkömmliche Leuchtmittel. Dies reduziert auch Beeinträchtigungen durch Streulicht für Anwohner und Umwelt. Nicht zuletzt lassen sich LED-Leuchten gut dimmen und eignen sich deshalb besonders für die Einbindung in intelligente Konzepte, wie nun in Gersthofen.

Michael Wörle, Erster Bürgermeister der Stadt Gersthofen, ist von dem Nutzen der Investition überzeugt: „Unsere Bürger haben eine Beleuchtung des Weges gewünscht. Wir freuen uns sehr, dass wir dieses Anliegen jetzt mit effizienter und umweltschonender Technologie realisieren konnten.“

Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement bei LEW, unterstreicht die Vorbildwirkung des Projekts: „In unserer Region ist es das erste Mal, dass in diesem Umfang Solarleuchten mit Batteriespeicher eingesetzt werden. Wir sind von den Vorteilen der Lösung überzeugt: Die Technik ist optimal für Flächen und Wege, an denen keine Stromversorgung vorhanden ist und eine Erschließung sehr teuer wäre.“

Auch in weiteren Bereichen

der Stadt Gersthofen ist die moderne LED-Technik auf dem Vormarsch: Neue Baugebiete und die Ortsdurchfahrt Batzenhofen sind bereits mit der effizienten Technik ausgestattet. Seit kurzem werden nun weitere Straßenleuchten im übrigen Stadtgebiet umgerüstet. In der Paul-Klee-Straße, in der Ganghofer Straße, in der Mörikestraße, in der Umlandstraße, in der Adelbertstraße und im Paul-Keller-Weg werden insgesamt 37 Straßenleuchten modernisiert. Bei allen Leuchten wird der gesamte obere Leuchtenkörper getauscht, die Masten bleiben erhalten. Die dort bisher eingesetzten Quecksilberdampfleuchten waren am Ende ihrer technischen Laufzeit angelangt und mussten ersetzt werden. Die neuen LED-Leuchten benötigen jetzt etwa 70 Prozent weniger Energie als die ausgetauschten Lampen. □



Michael Romberg, Leiter Projektierung Straßenbeleuchtung bei LEW, Stefan von Rechenberg, Leiter des Tiefbauamts der Stadt Gersthofen, Gersthofens Erster Bürgermeister Michael Wörle und Josef Wagner, Leiter des LEW-Kommunalmanagements, (v. l.) stellen die neuen batteriebetriebenen Solarleuchten vor. Bild: LEW/Bleier

Energiewende Oberland:

## Neue Imagebroschüre

Im Rahmen ihrer Stifterversammlung im Landratsamt Bad Tölz hat die Energiewende Oberland ihre neugestaltete Imagebroschüre präsentiert. Ziel der Publikation ist es, die Bürger zum Mitmachen bei der Energiewende vor Ort und in der Region zu motivieren. Die Handreichung enthält neben einer Darstellung bisher geleisteter Erfolge und künftigen Herausforderungen ebenfalls einige nützliche Tipps zum Thema Energiesparen, Energiewende-Beispiele vor Ort und Bildungsangebote für Schulen.

Klaus Koch, stellvertretender Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, begrüßte die Stifter im Landratsamt. Er erinnerte in seinem Grußwort an die Dringlichkeit der Energiewende in der Region und darüber hinaus. Das Ziel der EWO lautet: „Im Jahr 2035 versorgt sich das Oberland nahezu vollständig mit erneuerbaren Energien. Die eigenständige Versorgung aus erneuerbaren Energien macht uns unabhängig von Versorgungsrisiken und stärkt die regionale Wertschöpfung. Das schaffen wir, indem wir den jetzigen Energieverbrauch halbieren und den Rest durch erneuerbare Energien bereitstellen.“

### Gelungene Energiewende

Bereits jetzt gibt es zahlreiche Beispiele für eine gelungene Energiewende vor Ort in der Region. Aktuellstes Beispiel: Mitte Oktober wurde die Heizzentrale zur

Nahwärmeversorgung Valley in Betrieb genommen. Die ehemalige Remise des Schloss Arco auf Valley wurde mit einem Biomassekessel sowie einem großen Hackschnitzelbunker ausgestattet. Die Energiewende Oberland unterstützte das Vorhaben der Gemeinde durch Erfahrungen bei der Initiierung von Dorfheizungen.

### Einheimischenmodell

Ausgangspunkt für dieses Projekt war das Einheimischenmodell, das die Gemeinde Valley im Jahr 2012 auf den Weg gebracht hat. Dieses Neubaugebiet sollte mit einer gemeinsamen Hackschnitzelheizung komplett mit Wärme versorgt werden. Technisch kein Problem, wirtschaftlich jedoch kaum durchzuführen, weil neue Häuser wenig Wärme benötigen. Mit Unterstützung des Kompetenzzentrums der Energiewende Oberland wurden die umliegenden Liegenschaften unter-

sucht und potenzielle Wärmekunden ausfindig gemacht.

Für Bürgermeister Andreas Hallmannsecker war schnell klar, dass sowohl die Grundschule als auch der Kindergarten der Gemeinde sich für den Anschluss ans Wärmenetz eignen. Als sich die Verwaltung des Schloss Arco ebenfalls für das Projekt interessierte, schien das Projekt auch wirtschaftlich in trockenen Tüchern. Bei genauerer Prüfung stellte sich jedoch heraus, dass doch zu wenig Wärme verkauft werden kann. Trotz sinkenden Gaspreisen konnte Bürgermeister Hallmannsecker jedoch weitere Anlieger von dem Vorhaben begeistern. Zudem wurden Pläne bekannt, dass am Schloss selbst nicht nur die bestehenden Wohnungen mit Wärme versorgt werden sollen, sondern das ehemalige Brauhaus als Schaubrauerei wieder aktiviert werden soll.

Unter diesen Bedingungen plante die Gemeinde selbst nun den künftigen Betrieb der Wärmeversorgung Valley - mit dem Ergebnis, dass das Projekt in sehr kurzer Bauzeit termingerecht erstellt wurde. Jährlich werden nunmehr ca. 120.000 Liter Heizöl eingespart: Ein wertvoller Beitrag für die Energiewende im Oberland. **DK**

## Bayerns Kommunen zu Gast in Oberösterreich

Ortstermin im Windpark Munderfing

Unter dem Titel „Oberösterreich wird bayerisch“ lud der Munderfing Bürgermeister Martin Voggenberger zum Tag der offenen Tür für bayerische Gemeinden ein. Zeitnah veranstaltete der Oberösterreichische (OÖ) Energiesparverband Energy Academy eine Fachkursion für Gemeinden zum kommunalen Windpark in Munderfing, der von Bayern aus gut sichtbar ist. Beide Ereignisse stießen auf großes Interesse. Kontakte wurden geknüpft und Pläne für neue Windparks geschmiedet.

Der OÖ Energiesparverband richtete seine Einladung vor allem an kommunale Entscheider, die in den Gemeinden mit Energiefragen befasst sind. Über 40 Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Energie- bzw. Umweltbeauftragte machten sich ein Bild davon, wie es eine Gemeinde schafft, ein Projekt mit Investitionskosten in Höhe von 25 Mio. Euro auf die Beine zu stellen und zu realisieren.

### Vorteile für die Gemeinde

Unter dem Motto: „Wir in den Gemeinden wissen am Besten, was für uns gut ist. Deshalb müssen wir Taten setzen!“ präsentierte Rathauschef Voggenberger seine Kommune und seinen Windpark.

Über die Entstehungsgeschichte informierten der Amtsleiter und Geschäftsführer der Windpark Munderfing GmbH, Erwin Moser sowie Joachim Payr, Geschäftsführer der Energiewerkstatt Consulting GmbH.

Die Gastgeber zeigten sich überzeugt und begeistert von den vielfältigen Vorteilen für die Kommune, die einher gehen mit der eigenen Stromproduktion aus Windkraft. Dass Klima und Umwelt geschont werden, wurde als weiterer Vorzug präsentiert. „Mir war es wichtig, den Gästen zu vermitteln, dass die Gemeindeglieder von Anfang an in einen derart komplizierten Entscheidungsprozess einbezogen werden müssen. Bei uns sind alle gleichermaßen begeistert“, unterstrich der Bürgermeister.

Als Beweis für seine These wertete er, dass mehr als 2.500 Gäste im Oktober 2014 zum Eröffnungsfest strömten. Voggenberger wies darauf hin, dass man von der ersten Idee bis zur Um-

setzung eines so anspruchsvollen Projekts einen langen Atem benötigt.

Detaillierte Informationen über Technik und Betrieb der Anlage erhielten die bayerischen Gäste bei kräftigem Wind an Ort und Stelle im Windparkgelände.

### Öffentliche Infrastruktur

Vor einigen Jahren erstellte die Gemeinde Munderfing ihr Energiekonzept. Der Gemeinderat fasste frei nach dem Motto: „Öffentliche Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand“ einstimmig

### Eckert Schulen:

## Als „Universität“ für Praktiker die Nummer 1 in Deutschland

Regenstauf (obx) - Hier steht der Weg nach oben jedem offen: Der kleine Marktflecken Regenstauf bei Regensburg ist jedes Jahr die Hoffnung für Tausende, die mehr aus ihrem Leben machen, in zukunftssichere Berufe wechseln oder durch eine Weiterbildung zum Staatlich geprüften Techniker oder Industriemeister in ihrem Unternehmen aufsteigen wollen. Regenstauf ist das Herz der Eckert Schulen, einem privaten Weiterbildungszentrum mit großen Plänen. Gesteuert vom Campus in der Oberpfalz aus will die Unternehmensgruppe 2020 zum größten privaten Bildungsträger in der Bundesrepublik expandieren und ihre Weiterbildungsangebote bundesweit flächendeckend anbieten.

Die Weichen sind gestellt: Der Campus der Eckert Schulen in Regenstauf hat bereits heute mit jährlich 6000 Schülern, Teilnehmern und Studierenden eine Dimension erreicht, die größer ist als die meisten Hochschulen in Bayern. Das Lehr- und Lernangebot ist vielfältiger als an jeder staatlichen Berufsbildungseinrichtung: Von der beruflichen Rehabilitation reicht das Spektrum der Weiterbildung bis hin zu firmenspezifischen Trainingsprogrammen. In über 90 verschiedenen Lehrgängen haben

den Beschluss, den gemeindlichen Energiebedarf komplett durch Erneuerbare Energien zu decken - primär mithilfe des neuen Windparks (5 Anlagen mit insgesamt 15 MW).

Der Gemeinde gehören drei Viertel des Windparks. Das sichert die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Das restliche Viertel hält die für die Planung verantwortliche lokale ansässige EWS. Der Windpark erzeugt ca. 32 Millionen kWh Strom im Jahr, das entspricht dem Strombedarf von nahezu 10.000 Haushalten.

### Lokale Wirtschaft profitiert

In der Zeit, in der ein Windrad aufgebaut wird, entstehen 20 Arbeitsplätze. Davon bleiben im Dauerbetrieb pro Windrad zwei Arbeitsplätze erhalten. Die Wert-

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Dass Spam-Mails ein Netzwerk lahmlegen können, das wusste ich bereits. Aber dass man mit Briefeschreiben eine ganze Kommunalverwaltung zum Kollabieren bringt, das ist schon ein starkes Stück.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hielt uns einen Zeitungsartikel über die Fehde eines Mannes in den Niederlanden gegen seine Stadtverwaltung unter die Augen.

Dieser Zeitgenosse versteht es, aus simplen Anfragen an die Stadt so etwas wie einen „offline-spam“ zu machen. So hat er in zwei Jahren 3.500 Briefe an die Verwaltung geschrieben, in denen er irgend einen Blödsinn fragt, wegen einer Lappalie um Auskunft ansucht oder bittet, irgend ein Kinkleritzchen zu überprüfen. Dabei geht er zuweilen sehr ökonomisch vor, indem er eine sinnlose Anfrage leicht verändert und so daraus flugs zwei sinnlose Anfragen macht. Also folgt zum Beispiel auf die



stäblich im Müll - denn der fleißige Briefenkolleg hat die Fleißarbeiten nach eigenen Angaben teilweise ungeöffnet im Papiermüll entsorgt.

Jetzt könnte man natürlich über diese Mischung aus Michael Kohlhaas und Till Eulenspiegel schmunzeln, die Bürokratie mit ihren eigenen Waffen - Papier und Tinte - zu drangsaliieren. Aber das Lachen bleibt im Halse stecken.

In Wahrheit ist es ein Lehrstück, dass Augenmaß und Vertrauen in professionelles Handeln für das Funktionieren von Systemen unabdingbar sind.

Auch wir in Deutschland sind ja manchmal geneigt, in der Verwaltung weniger einen Teil der Problemlösung, als des Problems zu sehen. Ob Normenbremse, Sunset-Legislation, Genehmigungsfiktionen, wenn ein Antrag nach einer bestimmten Zeit nicht verbeschieden wird, Informationsfreiheitsgesetze, Transparenzoffensiven - all das soll den Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit der Bürokratie erleichtern. In Wahrheit sind sie oft - genau wie die starre Bearbeitungsfrist in den Niederlanden - als Misstrauenserklärung an die bei uns doch im Großen und Ganzen sehr gut funktionierende Verwaltung ausgestaltet. Sicher ist es ein legitimes Anliegen, den Bürger gegenüber der Verwaltung zu stärken. Grenzwertig wird es aber dann, wenn vor lauter Misstrauen, Kontrolle und Rechenschaftspflichten die Verwaltung nicht mehr dazu kommt, ihre Kernaufgaben zu erledigen.

## Blockierende Zeitdiebe

Frage, wie viele Pflastersteine in der A-Straße verlegt wurden, die Frage, wie viele es in der B-Straße seien. Natürlich gut nordisch bürokratisch je mit einem gesonderten Aktenzeichen, einer gesonderten Eingangsbestätigung und einer gesonderten Antwort. Mit dieser Methode hat er es hingekriegt, zu seinen besten Zeiten pro Tag 70 Briefe zu verschicken - alle ordentlich einzeln frankiert, wie es sich für einen gesetzestreuen Staatsbürger gehört.

Die Verwaltungsroutiniers bei uns haben anfangs nur milde gelächelt. Schließlich ist einem Amtsrat mit 20 Dienstjahren keine Querulantenmethode fremd, einschließlich der Mehrfachnutzung von Anträgen durch winzige Textänderungen, die auch gerne von Einzelkämpferstädträten zur zeitsparenden Profilierung genutzt wird. Gelesen, gelacht, gelocht, so wäre die Reaktion bei uns - der Kerl erhalte nie eine Antwort, da die Anfragen offensichtlich unsachlich sind. Nicht so in den Niederlanden, weil dort die Behörden gesetzlich verpflichtet sind, Anliegen von Bürgern binnen vierer Wochen zu beantworten. Jeder Tag Überschreitung führt zu einer Art Konventionalstrafe, die beträchtlich sein kann. Zu den Höhepunkten des Brieferrrors saßen fünf Sachbearbeiter nur an diesem Käse und das Geld der Steuerzahler landete buch-

Mein Chef, der Bürgermeister, ist Verwaltungschef und Politiker und somit hin- und hergerissen zwischen den Erfordernissen einer effektiven Verwaltung und den populären Forderungen, der Bürokratie immer mehr Zügel anzulegen. Dabei kann er sich sehr gut erinnern, wie wichtig der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung bei der Wiedervereinigung war, um Rechtssicherheit in den neuen Ländern herzustellen. Denn es gibt kein größeres Investitionshemmnis als eine gelähmte Verwaltung. Deshalb maile ich ihm eine Einsicht Bismarcks, die immer noch aktuell ist: „Die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nötigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: Ist sie auch wirklich vernünftig?“

the Sabrina

schöpfung beläuft sich auf 4,7 Mio. Euro. Zahlreiche lokale Firmen werden mit dem Wegebau, der Verkabelung, der Fundamentierung und weiteren Arbeiten beauftragt. Mit anderen Worten: Während der gesamten Errichtungsdauer wurden im Munderfing Windpark für insgesamt 100 Menschen Arbeitsplätze geschaffen. In Österreich arbeiten heute schon 4.600 Menschen in der Windkraftbranche; in Bayern sind es 12.000. □



Berufsbildungszentrum in Universitätsdimension: Am Campus der Eckert Schulen in Regenstauf bei Regensburg werden rund 5.000 Studenten für ihre berufliche Zukunft ausgebildet.

Bild: obx-news/Eckert Schulen

geprüfte Techniker in Deutschland“, sagt der Vorstandsvorsitzende von Waldenfels.

Mehr als 70.000 Menschen nutzen in den letzten Jahrzehnten die Angebote der Eckert Schulen für ihr berufliches Weiterkommen. Als Innovationsmotor in der beruflichen Fort- und Weiterbildung haben die Vordenker im Schulmanagement in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen Maßstäbe gesetzt und die Weichen für Lern- und Lehrstrategien des 21. Jahrhunderts gestellt: mit flexiblen Bildungskonzepten, der Kombination von Campus- und Heimstudium-Phasen und auch dualen Fortbildungsmodellen in Kooperation mit Unternehmen. „Unser Prinzip ist, dass Bildung grundsätzlich möglichst ideal zu jeder Lebenssituation passen muss“, sagt Unternehmenschef von Waldenfels. Deshalb gibt es in und um den Campus in Regenstauf nicht nur 11 Wohnheime mit

### Techniker-Schule

Immer mehr Weltkonzerne, etwa die Kronos AG oder die BMW AG, nutzen das professionelle Fortbildungspotenzial des Eckert-Lehrkörpers zur Qualifizierung ihrer Mitarbeiter. „Renner“ bei Eckert ist die Techniker-Schule, in der zurzeit über 2200 Studierende in Vollzeit oder auch als Fernstudienten die „Schulbank drücken“. „Wir sind damit schon jetzt der größte Bildungsträger für Staatlich

1.500 Apartments, sondern auch einen Kindergarten für Studierende mit Kindern sowie ein breites Freizeitangebot. Der Sportpark „Workout“ wurde im Sommer 2014 komplett saniert und modernisiert. Diese Innovation und Flexibilität zählt sich, wie die Statistik zeigt, für alle Beteiligten aus. Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse liegt bei der Mehrzahl der Studien- und Fortbildungsrichtungen bei bis zu 98 Prozent.

Der Ausbau des Unternehmens geht deshalb zügig weiter. Mittlerweile gibt es Eckert Schulen in Deutschland bereits an über 35 Standorten mit steigender Tendenz: in Regenstauf und Dresden ebenso wie in Duisburg, Nürnberg, Stuttgart oder München. Vor allem der Bereich des Fernstudiums boomt. Größtes privates Bildungszentrum Deutschlands zu werden, ist das Ziel des Managements, entsprechend innovativ sind die Expansionspläne. □

Mittelfränkische Integrationspreise 2014:

# Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement

Im Rahmen des von der Regierung von Mittelfranken veranstalteten Integrationsforums wurden der „Interkulturelle NeustadtGarten“ in Neustadt/Aisch, die „Bildungspaten Fürth“ der VHS Fürth gGmbH und R.A.D.I.O. e.V./Radio Z in Nürnberg für die „Z-International-Redaktionen“ von Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer mit dem Mittelfränkischen Integrationspreis 2014 ausgezeichnet. Die Preise in Höhe von insgesamt 5.000 Euro stellte das Bayerische Sozialministerium als Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement im Interesse einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern bereit.

Der Startschuss für den „Interkulturellen NeustadtGarten“ fiel im April dieses Jahres. Geplant war, einen Treffpunkt im Grünen für Menschen verschiedenen Alters und verschiedener Herkunft zu schaffen. Im Vordergrund sollte die Liebe zur Natur, die Freude am Gärtnern und Begegnung stehen.

Kleine und größere Kostproben fanden zum Beispiel bei den Themenmarktplätzen in Neustadt/Aisch, auf dem Marktfest zur fairen Woche in Uffenheim und bei der Grünen Meile in Adelsdorf dankbare Abnehmer und Genießer.

### Kultureller Austausch

Mit dem 1. Preis des Mittelfränkischen Integrationspreises 2014, der mit einem Preisgeld von insgesamt 2.500 Euro dotiert ist, wurde neben dem „Interkulturellen StadtGarten“ in Neustadt auch jener in Nürnberg-Langwasser ausgezeichnet. Wie Regierungspräsident Bauer ausführte, „verbindet beiwie ein Kräuterworkshop, verschiedene Feste, Lesungen, Besprechungen und Besucherführungen auf die Beine gestellt.“

### Interkultureller StadtGarten

Das Angebot fand großen Anklang und wurde unter anderem von jungen Familien, Schülern, Senioren, Asylbewerbern sowie Migranten und Behinderten angenommen. Gemeinsam wurde im Garten experimentiert und gut besuchte Veranstaltungen wie ein Kräuterworkshop, verschiedene Feste, Lesungen, Besprechungen und Besucherführungen auf die Beine gestellt.

Seit mehr als sieben Jahren engagieren sich Ehrenamtliche bei den „Bildungspaten Fürth“, die den zweiten Preis errangen. Aktuell sind mehr als 30 Ehrenamtliche im Alter zwischen 25 und 70 Jahren als Paten aktiv, der Großteil hiervon steht noch mitten im Erwerbsleben. Die Gruppe besteht zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern. Häufig waren oder sind sie in den Berufsfeldern Wirtschaft und Technik tätig, zumeist mit Hochschulabschluss.

Das Angebot der freiwilligen Bildungspatenschaft richtet sich an die im Projekt „StartKLar Reloaded“ teilnehmenden Schülerinnen und Schüler der 7. bis 10. Klassen der Fürther Mittelschulen. Patenschaften stehen auch Real- und Wirtschaftschülern der Abgangsklassen, schulentlassenen jungen Menschen am Übergang Schule-Beruf und jungen Menschen in beruflicher Erstausbildung offen.

### StartKLar Reloaded

Ehrenamtliche Bildungspaten bieten eine intensive Einzel-, aber auch Gruppenbetreuung. Sie begleiten junge Menschen als ‚Ratgeber‘ und ‚Coach‘ mit ihrer ganzen Erfahrung, die sie in ihrem Berufsleben erworben haben. So können zu den Aufgaben beispielsweise die Unterstützung bei der beruflichen Orientierung, bei Praktika-, Ausbildungs- und Arbeitsstellensuche, beim Verfassen von Bewerbungen, beim Trainieren von Vorstellungsgesprächen und Ein-

stellungstests, die Begleitung zum Kleidungskauf für Vorstellungsgespräche sowie die Unterstützung bei Ämtergängen (z.B. zur Berufsberatung) oder auch Lernhilfen gehören.

Seit 27 Jahren bietet Radio Z aus Nürnberg (3. Preis) Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung eine Plattform, um deren Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Der nicht-kommerzielle Hörfunkanbieter aus Nürnberg ist ein fester Bestandteil der unabhängigen Medienszene im deutschsprachigen Raum. Radio Z sendet täglich von 14 bis 2 Uhr auf der 95,8 MHz sowie im Internet und versteht sich als selbstverwertetes basisdemokratisches Projekt.

### Radio Z

Der Sendeinhalt von Radio Z setzt kritische und ungewohnte Akzente. Das gilt für das Musikprogramm sowie für die Themensendungen. Radio Z steht für Musikgeschmack fernab des Mainstreams und fördert die lokale Popmusik durch die Vorstellung regionaler Musiker und Bands. Offen für neue Hörgewohnheiten sendet der Hörfunkanbieter kommentierte Musik unterschiedlichster Sparten, von Jazz über elektronische Klänge und Hip-Hop bis hin zu Punk und Heavy Metal.

Ein hoher Wortanteil im Tagesprogramm gibt Raum für Diskussionen über Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur sowohl lokal als auch international. Radio Z sucht den direkten Kontakt zu den Betroffenen. Das weit reichende Netzwerk an Informationsquellen zeigt Probleme aus konkreten Blickwinkeln und versucht, Sachverhalte möglichst unverfälscht wiederzugeben. **DK**



Eintrag ins Goldene Buch des Landkreises nach der Preisverleihung mit Festredner und Kulturpreisträger Prof. Dr. Hans-Joachim Schellnhuber (sitzend) und (v. l.) Altlandrat Hanns Dorfner, Theo Scherling, Laudator Dr. Herbert Wurster, Kulturreferent Dr. Wilfried Hartleb, Monika Holler, Heidemarie Lang („Zirkus O'Zelloni“), Landrat Franz Meyer und Natalie Stahl.

# Kulturpreise des Landkreises Passau 2014

Der Landkreis Passau hat zum 23. Mal seinen Kulturpreis vergeben. Die diesjährigen Preisträger stehen für die Vielfalt des kulturellen Lebens im Landkreis Passau. Ebenso vielfältig und abwechslungsreich war das Programm im Atrium des Gymnasiums Vilshofen an der Donau, das rund 500 Gäste erleben konnten.

Unter der Moderation von Kulturreferent Dr. Wilfried Hartleb erhielten in diesem Jahr den Kulturpreis des Landkreises Passau: Der Klimaforscher Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Schellnhuber, der Künstler Theo Scherling, die Handweberin Monika Holler und die Opernsängerin Natalie Stahl. Der Nachwuchsförderpreis ging an den Kinderzirkus O'Zelloni. Laudator Dr. Herbert Wurster würdigte die Leistungen der Preisträger und betonte die große Bandbreite der Kulturschaffenden im Landkreis Passau.

Zuvor hatte bereits Landrat Franz Meyer hervorgehoben, wie wichtig Kulturarbeit und kulturelles Wirken für eine Region ist.

„Kulturförderung ist ein Stück Zukunftssicherung für eine Region, die auch morgen und übermorgen Heimat sein will“, so Meyer.

Als Höhepunkt der Veranstaltung ging Professor Schellnhuber in seiner Festrede auf die Herausforderungen des Klimawandels ein. Nach Jahrtausenden der Klimastabilität habe der Mensch innerhalb weniger Jahrzehnte das „Kohlenstoff-Zeitalter“ eingeläutet, in dem durch massenhafte Verbrennung fossiler Energieträger der Einfluss auf das Weltklima in eine bislang nicht gekannte Dimension stieg. Einziger Ausweg: Der Umstieg des globalen Energiesystems auf erneuerbare Energien.

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgestattet

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300  
www.stadtmoebel.de

### Absperrpfosten

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Friedenstraße 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**Constanze von Hassel**

Telefon 081 71.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**Theresa von Hassel**

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Fahrradabstellanlagen

**LANGER** s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Friedhofsausstattung

**Friedhofssysteme**

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3  
www.paul-wolff.com  
**PAUL WOLFF**

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

### Gewerbepbau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Kommunale Energieberatung

**Green City Energy**  
Der alternative Energiemultiplikator

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • [www.greencity-energy.de/keb](http://www.greencity-energy.de/keb)  
peter.keller@greencity-energy.de

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

**GSWT®-Technologie**

Multifunktionale Wärme-/Kälterückgewinnung für alle Lüftungsanlagen

hocheffizient + auf Jahrzehnte rentabel

geeignet für:

- Neubauten
- Nachrüstungen
- Sanierungen im Bestand
- Direktbezug möglich

Fordern Sie unsere Werksberatung an:  
Tel.: 02152/9156-0  
[www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de)

### Präsente

[www.bayern-laden.de](http://www.bayern-laden.de)

Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.

Tel.: 09766 - 93 98 66  
Email: [upenner@t-online.de](mailto:upenner@t-online.de)

### Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

**6. Nov. 2014**

**2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM**

Loisachhalle  
Wolfratshausen

**der Bayerischen Gemeindezeitung**  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschnlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshandl. für **deko-stur**

**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)